

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

147 · Januar 2003

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	3
Essay	
ULRICH BUSCH Vermögensbesteuerung und Neidperversion	5
Programmdiskussion der PDS	
DIETER KLEIN Demokratischer Sozialismus – ein transformatorisches Projekt	17
KLAUS HÖPCKE Die moralische Lücke	30
Geschichte: Erinnerung & Mahnung	
MARTIN SCHIRDEWAN 2003 ist nicht 1933 – Zeit für eine neue »Einheitsfront«-Debatte?	39
Finanzen & Politik	
LUTZ BRANGSCH Wie aus Politik Haushalt wird. Zu Legitimität und Notwendigkeit einer demokratisierten Haushaltspolitik	44
Kunst & Politik	
JÜRGEN MEIER Durch jedes Kunstwerk schimmert Weltanschauung	51
ROGER BEHRENS Der Surrealismus im letzten Jahrhundert – Kunst, Politik und Erotik einer bürgerlichen Revolte	63
Standorte	
WOLFGANG FRITZ HAUG 1. Volxuni des »social forum« Tübingen/Reutlingen	67
HARALD LANGE SED und SPD im Dialog	70

Festplatte

WOLFGANG SABATH Die Wochen im Rückstau	76
---	----

Bücher & Zeitschriften

Harpal Brar: Imperialismus im 21. Jahrhundert. Sozialismus oder Barbarei (SIGRID PFEIFFER)	78
--	----

Christoph Butterwegge, Gudrun Hentges (Hrsg.): Politische Bildung und Globalisierung (ALJOSCHA JEGODTKA)	80
--	----

Horst Mathes (Hrsg.): Priorität Politische Bildung. Sprockhöveler Werkstatt (DIETER SCHLÖNVOIGT)	80
--	----

Erwin Strittmatter: Geschichten ohne Heimat (SIGRID BUSCH)	81
---	----

Hans J. Kleinsteuber (Hrsg.): Aktuelle Medientrends in den USA. Journalismus, Politische Kommunikation und Medien im Zeitalter der Digitalisierung (MARTIN FUCHS)	83
---	----

Werner Stegmaier: Lévinas (STEPHAN MOEBIUS)	84
--	----

Peter-Ulrich Merz-Benz, Gerhard Wagner (Hg.): Soziologie und Anti-Soziologie. Ein Diskurs und seine Rekonstruktion (STEPHAN MOEBIUS)	86
---	----

Gunnar Heinsohn, Otto Steiger: Eigentum, Zins und Geld. Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft Dies.: Eigentumstheorie des Wirtschaftens versus Wirtschaftstheorie ohne Eigentum (ULRICH BUSCH)	86
--	----

Jahresinhaltsverzeichnis 2002	89
-------------------------------	----

Summaries	94
-----------	----

An unsere Autorinnen und Autoren Impressum	96
---	----

VorSatz

Am Ende seines höchst bemerkenswerten Buches »Verschwörungen, Verschwörungstheorien und Geheimnisse des 11. 9.« stellt Mathias Bröckers 100 der international gern als »FAQ« (Frequently Asked Questions) bezeichneten häufig aufgeworfenen Fragen, auf die es bis heute seitens der US-Administration keinerlei Antworten gibt. Sie sind so einfach, daß man davor zurückschreckt, sie überhaupt zu stellen. Man muß sich wohl, wie die mutige indische Romancière und Essayistin Arundhati Roy in ihrem brillanten Aufsatz »Die Politik der Macht« mit Blick auf jenen Meinungsbildungs-Hauptstrom formuliert, der dem Handeln der Mächtigen dieser Welt automatisch und ungeprüft Vernunft attestiert, »an den Rand des vernünftigerweise Denkbaren begeben und darf keine Scheu haben, sich lächerlich zu machen.«

Was also fragt Bröckers? Zum Beispiel unter Nr. 37: »Warum wurde, wie der San Francisco Chronicle berichtet, Bürgermeister Brown gewarnt, in der Nacht des 10. September »bei seinen Reisen vorsichtig zu sein«?« Und unter Nr. 42: »Warum wurde ein für den 11. 9. geplantes Sicherheitsmeeting vom Management des World Trade Center (WTC) am 10. 9. abgesagt?« Weiter unter Nr. 51: »Kann Nicholas Scopetta, der Chef der New Yorker Feuerwehr, erklären, warum sich in der U-Bahn unter dem WTC keine Passagiere befanden?« Dann unter Nr. 63: »Was genau tat Donald Rumsfeld den ganzen Tag über, bevor er gegen 15.30 Uhr im Pentagon eintraf?« Und schließlich unter Nr. 70: »Was war der offizielle Grund, warum Kampfflugzeuge des 305th Air Wing auf der McGuire Air Force Base nicht das zweite entführte Flugzeug in New York aufhielten? Dies wäre innerhalb von sieben Minuten nach 8.48 Uhr möglich gewesen.«

Es liegt so glasklar auf der Hand: Wäre ein ganz alltäglicher Kriminalfall mit solchen unbeantworteten Fragen belastet, verböte sich jede öffentliche Benennung von Tätern, und von Verurteilung oder gar Gegenmaßnahmen könnte keine Rede sein. Im Falle der Terroranschläge vom 11. 9. 2001 aber ist das völlig anders. Da wird uns nicht nur ein seit den allerersten Stunden nach dem Attentat bis heute unverändert »eindeutiges«, durch keinerlei handfeste Erkenntnisse oder gar Beweise untermauertes Täterbild offeriert, sondern es wurde auf dessen Grundlage vom US-Präsidenten auch gleich noch ein fundamentaler Wandel in der Weltpolitik überhaupt in Gang gesetzt.

Die Entwicklungen des zu Ende gegangenen Jahres 2002 haben vielfach bestätigt, was Michel Chossudovsky, einer der intellektuel-

len Aktivisten der Bewegungen von Seattle und Genua, im unmittelbar nach dem 11. 9. und den am 7. 10. begonnenen Luftangriffen der USA auf Afghanistan geschriebenen Vorwort zur deutschsprachigen Ausgabe seines international viel beachteten Buches »Global brutal. Der entfesselte Welthandel, die Armut und der Krieg« so vorausgesehen hat: »Der Öffentlichkeit als »Kampagne gegen den internationalen Terrorismus« präsentiert, dient der Einsatz der amerikanischen Kriegsmaschine in Wahrheit ... der Ausweitung der amerikanischen Einflußsphäre nicht nur in Zentralasien und im Nahen Osten, sondern auch auf dem indischen Subkontinent und in Fernost.« Daß die Beseitigung des Wohlfahrtsstaates in den westlichen Ländern beschleunigt vorangetrieben wird; daß das globale System »freier« Märkte durch eine neue Welle von Deregulierung und Privatisierung rücksichtslos zu Lasten von Milliarden Menschen nicht mehr nur in der »Dritten«, sondern auch in der »Ersten« Welt weiter durchgesetzt wird; daß tiefgreifende, auf Aushöhlung des Rechtsstaates zielende Veränderungen im Rechtssystem der USA und der meisten Länder der Europäischen Union vorgenommen werden – dies alles sieht Chossudovsky völlig zu Recht als weitere Folgen und Bestandteile des »Krieges gegen den Terrorismus«, der – so sagen uns seine Verkünder auch am Beginn des Jahres 2003 – noch »viele Jahrzehnte« dauern werde. Obwohl über die Täter des 11. 9. noch immer keinerlei Klarheit besteht. Und auch über die von Djerba nicht und nicht die von Bali. Und obwohl also die Zahl der unbeantworteten FAQ nicht ab-, sondern weiter zunimmt.

Die Konzepte, mit denen die rot-grüne Bundesregierung Deutschland ins Jahr 2003 führt, widerspiegeln angesichts der globalen Verhältnisse ein großes Maß an Unsicherheit und Unentschlossenheit. Mit welchen eigenen – und zweifellos nicht militärischen! – Stärken kann man von Europa aus ein Gegengewicht zur militärischen Omnipotenz der USA entwickeln? Wie bewahrt man nicht nur, sondern stärkt den Sozial- und den Rechtsstaat? Es scheint angeraten, auch in diesem Zusammenhang ein paar FAQ auf den Tisch zu bringen. Welcher Krieg seit 1945 hat je eines Volkes oder Staates Sicherheit erhöht? Wieso gibt es in Deutschland nicht wie in der Schweiz die Rente von allen für alle? Wo landen die Zinsen, die der Staat aus Steuermitteln an die Banken zahlt? Wieso wird, wenn es um die Stärkung des Wirtschaftsstandortes geht, immer der Druck auf die Schwächsten, nie aber auf die »Leistungsträger« erhöht? Wieso wächst der deutsche Export, wenn die Arbeit in Deutschland viel zu teuer ist? Wieso boomt trotz seiner Niedriglöhne der Osten nicht?

Arundhati Roy hat recht: Man kann sich lächerlich machen mit solchen Fragen. Aber sind es nicht genau solche oder ähnliche, die eine Million Menschen aus aller Welt im November 2002 in Florenz dazu bewogen haben, ihren Protest nachdrücklich – und friedlich! – auf die Straße zu tragen? Weil sie sich mit der verantwortungslosen Antwortlosigkeit der Regierungen nicht mehr abfinden wollen?

In diesem Sinne bleibt – das darf ich hier für die gesamte Redaktion versichern – UTOPIE kreativ auch im Jahre 2003 eine Zeitschrift derer, die das Fragen nicht verlernt haben.

WOLFRAM ADOLPHI

ULRICH BUSCH

Vermögensbesteuerung und Neidperversion

Neidkampagnen gegen Vermögensbesteuerung

Als einige Oppositionspolitiker zu Beginn der 90er Jahre zur Finanzierung der deutschen Einheit eine ›Ergänzungsabgabe‹ für Besserverdienende und eine ›Deutschland-Anleihe‹ mit Zeichnungspflicht für Vermögende forderten, lehnte die christlich-liberale Regierung diese Vorschläge als *neidgesteuert* ab. Zudem seien derartige Maßnahmen, so die offizielle Begründung, für die wirtschaftliche Entwicklung nicht förderlich. Man entschied sich stattdessen für eine höhere Neuverschuldung und die Anhebung diverser Verbrauchssteuern. Trotzdem wurden durch die Vermögenden, vorsichtshalber und um der regulären Besteuerung zu entgehen, »größere Milliardenbeträge«¹ ins Ausland transferiert, was den Staat nicht unerheblich in Bedrängnis brachte und zu einer zusätzlichen Schuldenaufnahme zwang.

Als die Regierung sich einige Jahre später dann anschickte, die Kapitalflucht, wenn schon nicht zu verhindern, so doch wenigstens durch geeignete Maßnahmen einzudämmen und moralisch zu verurteilen, provozierte sie damit eine in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik beispiellose Gegenkampagne: In ganzseitigen Anzeigen »*Bonn bläst zur Treibjagd auf Kapitalbesitzer*«, geschaltet in allen großen Tageszeitungen, meldete sich das steuerflüchtige Kapital lautstark zu Wort und griff die Regierung scharf an: »Es ist schon grauselig, in dieser Republik etwas Geld auf der hohen Kante zu haben: So, als würde Karl Marx mit Rauschbart noch fröhliche Urstände feiern, werden diejenigen, die einen Teil ihres Einkommens sparen, von *neidischen Geldverprassern um die Früchte ihrer Arbeit gebracht...*«²

Und auch das vermeintliche Motiv dafür war sogleich bei der Hand: »Es ist der Neid, ... die Mißgunst derjenigen, die jahrzehntelang auf Steuerzahlers Kosten ein angenehmes, aber leistungsloses Leben führen ... und die den *Fleißigen und Erfolgreichen nichts gönnen*«. – Diese Worte verhallten nicht ungehört: Die Pläne für verschärfte Kapitalverkehrskontrollen wurden sogleich auf Eis gelegt. Die Vorschläge für eine stärkere Besteuerung des Kapitals verschwanden aus der Diskussion und die Erhebung der Vermögensteuer wurde bis auf weiteres ausgesetzt. – Die Reichen sollten sich wieder wohl fühlen in Deutschland und die Besitzstände der Wohlhabenden, die seit der konservativen Wende von 1982 so schön angewachsen sind, nicht gefährdet werden.

Als 1998 die SPD, zusammen mit Bündnis 90/Die Grünen, die Regierungsgeschäfte übernahm, bildete die Frage der Vermögens-

Ulrich Busch – Jg. 1951;
Dr. oec. habil.; Finanzwissenschaftler. Redakteur von *UTOPIE kreativ*. Wichtigste Veröffentlichung: »Am Tropf – die ostdeutsche Transfergesellschaft« (2002). Zuletzt in *UTOPIE kreativ*: »Berlin-Brandenburg – zweiter Anlauf für eine Fusion« Heft 144 (Oktober 2002), S. 898-909. Busch@rosalux.de

1 Vgl. Deutsche Bundesbank: Monatsberichte, 46. Jahrgang (1994) März, S. 43.

2 Die Welt, 25./26. Oktober 1997, Beilage IM, S. 5.

besteuerung einen der Knackpunkte im Koalitionsvertrag. Insbesondere war es Oskar Lafontaine, der sich vehement für deren Wiedereinführung einsetzte, um so die Umverteilung von unten nach oben zu stoppen beziehungsweise sogar wieder umzukehren. Daß aus all dem letztlich nichts wurde und auch die ersatzweise ins Spiel gebrachte einprozentige, zeitlich befristete ›Vermögensabgabe‹ nicht zustande kam, ist bis zu einem gewissen Grade der Kräfteverschiebung innerhalb der Regierung und dem Abgang Lafontaines 1999 von der politischen Bühne anzulasten. Aber nicht nur: Neben parlamentarischen Schwierigkeiten, Parteiengezänk und juristischen Hürden hatte hierauf auch die in jüngster Zeit wieder kräftig auflebende Neiddiskussion einigen Einfluß. Scharenweise ergriffen die Journalisten Partei für das Kapital und versuchten, alle Vorschläge für mehr Verteilungsgerechtigkeit und einen fairen sozialen Ausgleich mit Begriffen wie »Neidsteuer«³, »Neidabgabe«⁴, »Neid-Ablass«⁵, »Neid-Futter«⁶ et cetera zu diffamieren und so bereits im Vorfeld zunichte zu machen. Nicht ohne Erfolg, wie sich bald herausstellte. Denn bis zum Ende der Legislaturperiode blieben die hierzu unterbreiteten Vorschläge und Anträge bloße Gedankenspiele, für deren politische Umsetzung es in der Regierung Schröder keinerlei Bereitschaft gab. Ein letzter Versuch, hier doch noch zu einem justitiablen Ergebnis zu kommen, wurde im Sommer 2002 von der PDS unternommen, indem sie im Rahmen ihrer Aktivitäten im Wahlkampf zu einem bundesweiten Aktionstag für die Wiedereinführung der Vermögensteuer aufrief⁷ und im Zusammenhang mit Vorschlägen für die Finanzierung der Flutopferhilfe im Bundestag einen entsprechenden Antrag einbrachte. Dieser Vorstoß, vom Ansatz her eher ein moralischer Appell denn ein theoretisch fundierter und politisch praktikabler Vorschlag, fand bei den anderen Parteien, den Gewerkschaften, Kirchen und Sozialverbänden jedoch nur wenig Unterstützung, so daß er kläglich verhallte.

Angesichts der Finanzierungsprobleme im Haushalt und drohender Abmahnungen aus Brüssel geriet die Vermögensteuer nach dem Wahlsieg der Regierungskoalition im Herbst 2002 jedoch erneut auf die Agenda der Politik. Inzwischen denken Experten ernsthaft über ihre Wiedereinführung nach, ebenso über eine Erhöhung der Erbschaftsteuer und andere einnahmeverbessernde fiskalische Maßnahmen.

Wen wundert es – sofort flammt die Neiddiskussion wieder auf, sind die Zeitungen voll mit entsprechenden Artikeln und lesen wir wieder die Schlagworte »Gleichmacherei«, »Neid auf Leistung«, »Sozialneid« und dergleichen mehr. Und, was das schlimmste ist, diese Texte finden in der Bevölkerung eine durchaus positive Resonanz. Nach den Debatten, die hierzu in den 70er und 80er Jahren im Westen geführt worden sind, möchte sich heute offensichtlich niemand mehr dem Vorwurf des Neides aussetzen. Schon gar nicht dem des »Sozialneides«! – Daß dies so ist, hat etwas mit dem Neidgefühl als einem »unlauteren Affekt« zu tun, mehr aber noch mit der gesellschaftlichen Bewertung des Neides, seiner sozialen Projektion und Perversion in der heutigen Gesellschaft und der auf dieser Grundlage vorgenommenen politischen Instrumentalisierung, insbesondere des Sozialneids.

3 Vgl. Die Welt, 16. November 1999, S. 3.

4 Vgl. Börse online, Nr. 37/1999, S. 96.

5 Vgl. Die Welt, 13. Oktober 1999.

6 Vgl. Die Welt, 30. September 1999, S. 3.

7 Vgl. PDS: Aufruf zum bundesweiten Aktionstag am 15. Juni 2002 sowie »Umsteuern durch Vermögensteuer« vom 5. Juni 2002.

Neid und Neidvermeidung – ein altes Thema

Neid gibt es, so weit das kollektive Gedächtnis der Menschheit zurückreicht. Aus allen historischen Epochen und Kulturen finden sich Zeugnisse, die seine Existenz belegen – sowohl als individuelle Empfindung einzelner als auch als soziales Phänomen. Als allgemeine Gefühlsregung, als Affekt, ist der Neid der menschlichen Zivilisation immanent. Ob bei den Philosophen der Antike, den Weisen im alten Orient oder in den nordischen Mythen, in den Büchern der Heiligen Schrift, bei den Kirchenvätern, den Denkern und Künstlern der Renaissance, den Philosophen der Moderne, bei Utopisten und Sozialkritikern, Konservativen und Sozialisten – der Neid ist allgegenwärtig, eine nicht zu übersehende Tatsache im Leben und zugleich ein anthropologisches Problem. Bei seiner Erörterung jedoch gehen die Meinungen, indem sie jeweils den Entwicklungsstand der Gesellschaft und den Erkenntnisstand des Autors abbilden, naturgemäß auseinander. Dies betrifft vor allem die *moralische* Wertung des Neides, weniger seine begriffliche Fassung.

So herrscht im großen und ganzen Einigkeit darüber, daß es sich hierbei um einen *Affekt* handelt, nach Francis Bacon (1597) um den »heftigsten und anhaltendsten«⁸ überhaupt. Es gibt keine heftigere und nachhaltigere menschliche Gefühlsäußerung als den Neid. Gleichwohl ist der Neid stärker als andere Affekte vom Verstand kontrolliert. Er ist sogar das »am stärksten vom Verstand bestimmte Gefühl«⁹, dasjenige, dem die raffinierteste und vielschichtigste Wechselbeziehung zum Verstand eigen ist. Dies macht ihn aber nicht besser. Ganz im Gegenteil: Die »relative Rationalität« nimmt ihm die Ursprünglichkeit und Naivität anderer Affekte, die Impulsivität, welche Wut, Zorn und Groll bis zu einem gewissen Grade entschuldbar machen, und läßt ihn *böser* erscheinen als diese, auch *übler*. Seinem Wesen nach, darin stimmen alle Moralphilosophen und Psychologen seit Jahrhunderten überein, ist der Neid *keine* positive Empfindung. Er ist von Grund auf »schlecht«¹⁰, ein Gefühl also, das besser verborgen gehalten wird und zu dem man sich in aller Regel nicht bekennt. Da der Neid allezeit »hinterlistig und im Dunkeln« agiert, »zum Verderben alles Guten«, ist er, wie Francis Bacon hervorhebt, der »verwerflichste und niedrigste Affekt« von allen, eine, wie kann es anders sein, geradezu »persönliche Eigenschaft des Teufels«.¹¹

Als Mißgunst oder Unbehagen, Kummer und Verdruß über fremdes Gut¹² oder Glück¹³ handelt es sich beim Neid um einen vornehmlich *passiven* und zugleich *negativen* Affekt. Was ihn dabei von anderen, ebenfalls negativen Empfindungen unterscheidet, ist vor allem seine Motivation. Denn im Unterschied zur *Gier* beziehungsweise *Habgier*, zur *Habsucht* oder zum *Geiz* ist er nicht auf das fremde Gut *selbst* gerichtet, auf dessen Aneignung oder Besitznahme, sondern lediglich auf die Tatsache, daß jemand *anderes* dieses Gut hat, besitzt und genießt. Neid läßt sich folglich als »Mißbehagen, das angesichts eines fremden, höheren, begehrten unerreichbaren und nicht assimilierbaren Glückes empfunden wird«¹⁴, definieren, als Ausdruck tief empfundener *Mißgunst*. Als solche gehört er zu den intentionalen Gefühlen, die sowohl dem Neider als auch dem Beneideten Schaden zufügen: Während ersterer sich förm-

8 Francis Bacon: Essays, Leipzig 1940, S. 39.

9 Gonzalo Fernández de la Mora: Der gleichmacherische Neid, München 1987, S. 106.

10 Baruch Spinoza: Ethik, IV, 45. Lehrsatz, Erster Zusatz, Leipzig 1972, S. 308.

11 Francis Bacon: Essays, a. a. O., S. 39.

12 Der spanische Philosoph Miguel Sabuco definierte in *Nueva Philosophia del Hombre* 1587 den Neid als »Verdruß über fremdes Gut«. Vgl. Mora, a. a. O., S. 61.

13 Arthur Schopenhauer erklärte den Neid aus der Unterlegenheit im Glück beziehungsweise dem Glauben des neidischen Menschen, daß andere glücklicher seien (Die Welt als Wille und Vorstellung. Zweiter Band, Werke in fünf Bänden, Bd. 2, Zürich 1988, S. 665 ff.; Parerga und Paralipomena. Erster Band, a. a. O., Bd. 4, S. 426 f.).

14 Mora, a.a.O., S. 107.

lich vor Neid »verzehrt«, fühlt sich letzterer nicht selten um die Freude an seinem Besitz, seinem Glück, ja seinem Leben gebracht – allein wegen der Tatsache, darum von anderen beneidet zu werden. Es gibt aber auch Beispiele, wo genau das Gegenteil zutrifft, das Glück des Beneideten sich durch die Tatsache des Beneidetwerdens also noch vergrößert. Niemals jedoch ist das Glück auf seiten des Neiders.

Wie andere universelle menschliche Gefühle auch tritt der Neid unter verschiedenen gesellschaftlichen Bedingungen in unterschiedlichen Formen in Erscheinung und unterliegt im Laufe der Geschichte einer zeitbedingten Wertung und Interpretation. So ist er da, wo das Glück der Menschen sich vor allem auf das *Haben* gründet, auf den Besitz privaten Eigentums, primär auf diese *Habe* gerichtet, auf Sachwerte oder Geld. Unter anderen Umständen dagegen sind es eher menschliche Vorzüge, physische wie geistige, natürliche Privilegien oder besondere Glücksumstände wie Kinderreichtum, stabile Gesundheit oder ein hohes Lebensalter, die zu bevorzugten Objekten des Neides werden. Es ist hier nicht der Platz, die unterschiedlichsten Erscheinungsformen und Ausprägungen des Neides im Detail nachzuzeichnen. Es soll aber versucht werden, einige historische Sichtweisen zu skizzieren, um im folgenden dann zeigen zu können, wie vielschichtig das Problem sich bis heute darbietet, und daß diese Vielschichtigkeit nicht von ungefähr kommt, sondern historisch tradiert ist.

15 »Der Grieche«, schrieb Nietzsche in seiner freilich etwas einseitigen, den positiven Aspekt allzu sehr betonenden Auslegung, »ist *neidisch* und empfindet diese Eigenschaft nicht als Makel, sondern als Wirkung einer wohlthätigen Gottheit: welche Kluft des ethischen Urteils zwischen uns und ihm! Weil er neidisch ist, fühlt er auch, bei jedem Übermaß von Ehre, Reichtum, Glanz und Glück, das neidische Auge eines Gottes auf sich ruhen und er fürchtet diesen Neid...« (Friedrich Nietzsche: Homers Wettkampf, Kritische Studienausgabe in 15 Bänden, Band 1, München 1999, S. 787).

16 Platon: Philebos, zitiert in: Mora, a. a. O., S. 19.

17 Aristoteles: Die Nikomachische Ethik, 1107 a, München 1984 (zitiert bei Mora, a. a. O., S. 24).

18 Protagoras meinte von sich, »kein übler Mensch zu sein«, da »am wenigsten neidisch« unter allen (Platon: Protagoras, in: Werke, Band I.1, Berlin 1984, S. 221).

Der Neid und seine philosophische wie künstlerische Reflexion spielten bereits im antiken Griechenland eine bemerkenswerte Rolle – von den Vorsokratikern (Heraklit, Empedokles, Pindar, Periander, Gorgias, Herodot, Kallimachos, Demokrit, Antisthenes, Sophokles, Euripides und anderen) bis hin zu Platon (427-347) und Aristoteles (384-322). Bezeichnend für die hier vertretenen Positionen ist ihre Dialektik, worin der Neid nicht nur negativ und daher ablehnend aufgefaßt wird, sondern auch positiv: *Positiv* ist er dem Ehrgeiz verwandt und als solcher Motiv und Ansporn zu Höchstleistungen.¹⁵ *Negativ* erscheint er als selbstzerstörerische Leidenschaft, welche den Neider krank macht und zerfrißt wie der Rost das Eisen. Diese Auffassung findet sich auch in der psychologischen Deutung des Neides bei Platon als einer ambivalenten »Mischung aus Freude und Schmerz«¹⁶. Aber selbst als negativer Affekt erscheint der Neid unter Umständen nachvollziehbar und sozialetisch begründet, dann nämlich, wenn das gemeine Volk eine höherstehende und begüterte Minderheit beneidet. Allerdings wird der Neid hier rein elitär als eine »Sache der Niedrigen«¹⁷ angesehen, während die Höhergestellten, Weisen und Reichen sich rühmten, davon frei zu sein, wie zum Beispiel Protagoras bei Platon¹⁸.

Etwas anders verhielt es sich mit dem Neid der Götter, dem besonders begabte oder von Natur aus auffallend schön gestaltete Menschen ausgesetzt waren und bei dem es weniger um materielle Besitzstände als um natürliche Privilegien ging. Indem die von der Natur derart Begünstigten Gefahr liefen, den Neid der Götter auf sich zu ziehen, was furchtbar war und nicht selten mit dem Tod bezahlt werden mußte, entgingen sie dem Neid ihrer Mitmenschen – eine perfekte *Neidablenkung*, die im Altertum tatsächlich funktio-

nierte und entscheidend mithalf, den Neid der Menschen untereinander in Grenzen zu halten und den sozialen Frieden zu wahren.

Die philosophische Beschäftigung der Griechen mit dem Phänomen des Neides fand ihre Fortsetzung bei den Römern. Zudem erfolgte hier eine *Intellektualisierung* der Leidenschaften, welche schließlich dazu führte, daß die Stoa den Neid schon deshalb ablehnte, weil er »unvernünftig« sei.¹⁹ So sah Cicero (106-43) im Neid eine der Vernunft »zuwiderlaufende« Leidenschaft, welche er als eine »durch den Wohlstand eines anderen verursachte Schwermut«²⁰ definierte. Der Dichter Ovid (43 v. u. Z.-18) machte den Neid in seinen *Metamorphosen* gar zur abstoßendsten Gestalt der gesamten griechisch-römischen Mythologie: »Bleichheit wohnt im Gesicht, und am Leib ist schwächliche Dürre; / Nirgends ein sicherer Blick; gelb sind vom Rost die Zähne, / Grün von Galle die Brust, voll giftigen Geifers die Zunge. / Lachen ist fern, wenn nicht es erregen gesehene Schmerzen; / Nie auch labt sie der Schlaf, da wachsame Sorgen sie stören, / Sondern sie schaut (und vergehet vor Unlust über den Anblick) / Ungern Menschenglück und nagt an sich und an andern / Und ist Marter sich selbst.«²¹ Für Dion (40- um 120) schließlich war der Neid nur noch eine »Krankheit« der Seele.²²

Bei der Erörterung der Rolle des Neides in der Gesellschaft trat in der Folgezeit, vor dem Hintergrund wachsender sozialer Differenzierungen, immer stärker ein apologetischer Zug hervor, der die Privilegierten vor den Neidern in Schutz nahm. Bezeichnend dafür war, daß jegliches Streben nach einer Neuverteilung des Reichtums als *Neid* denunziert wurde, der Besitz der Reichen aber als gesellschaftliches Privileg gerechtfertigt wurde. In dieser Diktion erschien der Neid, wie bei Plutarch (46-119) ausgeführt, als »in jedem Falle ungerecht«²³ und lästig, weshalb er die »Neidverhütung« als Lebensklugheit empfahl²⁴. Und auch Seneca (4 v. u. Z.-65) erteilte seinem Schüler Lucilius umfangreiche Ratschläge, wie man dem Neid am besten entgehe, um ungestört seinen Reichtum genießen zu können.²⁵

Ähnliche Darstellungen finden sich in den frühen Dokumenten des Christentums: Auch hier galt anfangs der Neid – zum Beispiel der Philister auf Isaak wegen dessen Reichtum²⁶, oder der Juden auf Moses²⁷ – als etwas ganz Normales²⁸. Bei den Kirchenvätern hingegen beginnt dann bereits die ethische Schmähung des Neidgefühls als »ungerecht und gottlos«²⁹, bis hin zu der Behauptung, die Juden hätten Jesus aus purem Neide dem Kreuzestod preisgegeben³⁰. Der karthagische Bischof Cyprianus (nach 200-258) wies den Neid schließlich Luzifer vor und stempelte ihn damit zur »Wurzel aller Übel«³¹, ruchlosestem aller Laster und Inbegriff des »Bösen« schlechthin. Ihm zu erliegen, wurde zur schweren Verfehlung, zur »Todsünde« erklärt, zumal dem wahren Christen »die Güter dieser Welt (ohnehin) nicht das Glück bedeuten.«³²

Noch deutlicher wurde hier der heilige Hieronymus (347-419), indem er dem Neid *jegliche* Berechtigung absprach³³, auch unter sozialethischem Aspekt. Damit geriet die Debatte immer mehr zu einer *moralischen* Verurteilung des Neides als »Hauptlaster«³⁴ und »Todsünde« – eine Lesart, die sich mit der christlichen Bibel kaum belegen läßt³⁵ – bei gleichzeitiger Rechtfertigung bestehender sozialer Unterschiede, Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten in der Welt.

19 Vgl. Chrysispos: Fragment 389 (zitiert bei Mora, a. a. O., S. 28).

20 Cicero: Gespräche in Tusculum, IV-6, 8 (zitiert bei Mora, a. a. O., S. 29).

21 Ovid: Verwandlungen, II., 775-782, Werke in zwei Bänden, Band 1, Berlin und Weimar 1973, S. 52 f.

22 Dion: Über den Neid, 77 (zitiert bei Mora, a. a. O., S. 34).

23 Plutarch: Über Neid und Haß, in: Allerlei Weltweisheit, München und Leipzig 1911, S. 175.

24 Vgl. Plutarch: Lebensklugheit und Charakter, Leipzig 1979, S. 131.

25 Seneca: Briefe an Lucilius, in: Von der Seelenruhe, Leipzig 1983, S. 222 ff.

26 Altes Testament. Genesis, 26, 14.

27 Altes Testament. Psalm 106, 16.

28 »Jedes Werk, und was immer an Gutem geschaffen wird, erregt den Neid des Menschen gegen seinen Nächsten« (Ecclesiastes 4,4).

29 Clemens von Rom: Episteln I, 3,4 (zitiert bei Mora, a. a. O., S. 39).

30 Justinus: Apologie I, 31, 7 (zitiert bei Mora, a. a. O., S. 40).

31 Thascius Caecilius Cyprianus von Karthago: De Zelo et Lavore, 7 (zitiert bei Mora, a. a. O., S. 41).

32 Basilius von Caesarea: Über den Neid, 3 (zitiert bei Mora, a. a. O., S. 44 f.).

33 S. Hieronymus: Briefe XXII, 40 (zitiert bei Mora, a. a. O., S. 45).

34 Thomas von Aquin:
Summa theologiae, II-2, 36,
Artikel 4.

35 Während das Neue
Testament nur die Sünde
wider den Heiligen Geist als
Todsünde ansieht (Matthäus
12, 31 ff.), spricht die katho-
lische Kirche von sieben
Todsünden: Hochmut, Geiz,
Wollust, Zorn, Völlerei, Neid
und Trägheit des Herzens.

36 Richard Wagner: Das
Rheingold. Vierte Szene.

37 Vgl. Griechische Atomis-
ten, Leipzig 1973, S. 226.

38 John Rawls: Eine Theo-
rie der Gerechtigkeit, Frank-
furt am Main 1975, S. 579.

39 Wolfgang Kersting
Kritik der Gleichheit. Über
die Grenzen der Gerech-
tigkeit und der Moral,
Weilerswist 2002, S. 87.

Eine Sichtweise übrigens, welche die katholische Kirche bis heute nahezu unverändert beibehalten hat.

Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang die historisch zu konstatierende Verschiebung in bezug auf die Objekte des Neides: Waren es anfangs vor allem persönliche Vorzüge und charakterliche Tugenden, welche den Neid herausforderten, so sind dies später vor allem materielle Vermögenswerte und Reichtümer. Mit dem Heraufkommen der bürgerlichen Gesellschaft und dem Vorherrschen der Geldwirtschaft setzte sich diese Tendenz beschleunigt fort, so daß heute fast ausschließlich materielle Besitztümer beneidet werden. Insbesondere ist es das *Geld*, das als der allgemeine Repräsentant des Reichtums in der bürgerlichen Gesellschaft zum bevorzugten Objekt des Neides wird. Richard Wagner verlieh diesem Tatbestand in seinem »Ring des Nibelungen« (1852) im Fluch des Goldes, symbolisiert im Ring, künstlerischen Ausdruck: »Kein Froher soll seiner sich freu'n; keinem Glücklichen lache sein lichter Glanz; wer ihn besitzt, den zehre die Sorge, und wer ihn nicht hat, den nage der Neid! Jeder giere nach seinem Gut...«.³⁶

Darüber hinaus wurde der Neid zunehmend nicht bloß subjektiv, als individueller Affekt, wahrgenommen, sondern zugleich auch als *soziales Phänomen*, dem in Zeiten politischer Umbrüche einige Bedeutung zukomme. Demokrit (460-370 oder 360) war der erste, der dies bereits vom Grundsatz her erkannt hatte und den Neid mit der »Zwietracht« in der Gesellschaft und der »politischen Spaltung« in einen Konnex stellte.³⁷ Ihm folgten hierin nicht wenige, die diesen Gedanken aufgriffen und zur Theorie ausformten, wengleich die individualistische Sichtweise bis heute überwiegt.

Im Unterschied zum individuellen Neid kann der soziale Neid nicht einfach als negativer Affekt oder als »schlecht« abgetan werden. Ganz im Gegenteil: Unter bestimmten Umständen ist es sogar ethisch gerechtfertigt, sozial Neid zu empfinden. Diesen Standpunkt teilen neben Philosophen auch Soziologen und Politologen. So sieht beispielsweise John Rawls im Neid eine durchaus »entschuldbare« und keineswegs vernunftwidrige Reaktion der Menschen auf Zustände größerer ökonomischer und sozialer Ungleichheit. Er schreibt: »Manchmal sind die neiderregenden Umstände so zwingend, daß man...von niemandem vernünftigerweise verlangen kann, seine Haßgefühle zu überwinden... Man kann es geradezu moralisch übelnehmen, daß man neidisch gemacht wird, wenn nämlich die Gesellschaft so große Ungleichheit zuläßt, daß das nur die Selbstachtung herabsetzen kann. Für die davon Betroffenen sind Neidgefühle nicht vernunftwidrig.«³⁸ Wolfgang Kersting gelangt zu einem ähnlichen Schluß, wenn er feststellt: »Neid ist angesichts gravierender, eklatanter Ungerechtigkeit durchaus entschuldbar.«³⁹

Neid erscheint hier als nachvollziehbare, wenn nicht gar notwendige Folge einer bestimmte soziale Gruppen und Schichten deutlich benachteiligenden Ressourcenverteilung und Güterversorgung. Sein Auftreten signalisiert diesen Mißstand und macht ihn öffentlich. Damit erfüllt er in der Gesellschaft eine bestimmte Funktion.

In ihm steckt mithin »auch etwas Gutes«, bemerkte schon Francis Bacon (1561-1621): »Öffentlicher Neid wirkt nämlich wie ein Scherbengericht, das diejenigen ereilt, die allzu groß werden, er ist

also ein Zügel für die Großen der Welt, um sie in Schranken zu halten.«⁴⁰

Ähnlich differenziert und am Sozialwohl orientiert argumentierten auch andere Vordenker und Protagonisten der bürgerlichen Ära, zum Beispiel Baruch Spinoza (1632-1677)⁴¹, David Hume (1711-1776)⁴² und Adam Smith (1723-1790)⁴³. Bei Smith findet der Neid als ein Grund für die Schaffung staatlicher Rechtsgarantien sogar Eingang in die Rechtstheorie. Er schreibt: »Der Überfluß des Reichen erregt den Unwillen der Armen, die häufig sowohl durch Not dazu getrieben als auch durch Neid gereizt werden, dessen Besitz anzugreifen. Nur unter dem Schutz der Zivilgerichtsbarkeit kann der Eigentümer jenes wertvollen Vermögens ... auch nur eine einzige Nacht in Sicherheit schlafen.«⁴⁴ Zuvor schon hatte Bernard Mandeville (1670-1733) im Neid eines jener privaten Laster erkannt, die als »Diener der Geschäftigkeit« zugleich öffentliche Tugenden seien.⁴⁵ Indem er neben dem zur Leistung anspornenden Effekt auch die soziale, den Reichtum zügelnde Wirkung des Neides erkannte, ging er über die seinerzeit verbreitete enge ethische Sicht und mithin moralische Verurteilung des Neides, wie sie namentlich von Immanuel Kant (1724-1804) gepflegt⁴⁶ und hernach von Arthur Schopenhauer (1788-1860) popularisiert wurde⁴⁷, sichtbar hinaus.

Bei Mandeville wie bei Smith wird der Neid, obwohl im Individuum verankert, zu einem politisch relevanten *sozialen* Phänomen der kapitalistischen Gesellschaft. Als solcher spielte er bei den frühen Sozialisten, Egalitaristen und Kommunisten, von Gracchus Babeuf und Jaques Roux bis zu Pierre Joseph Proudhon, eine insbesondere in motivationspsychologischer Hinsicht nicht unwichtige Rolle. Bei der Würdigung dieses Sachverhalts unter dem Aspekt des Kampfes der Ausgebeuteten und sozial Benachteiligten für eine gerechtere Verteilung und Sozialordnung darf jedoch nicht übersehen werden, daß das Gerechtigkeitsziel hier häufig nur als Vorwand diente, um eine vom Neid diktierte gesellschaftliche Nivellierung herbeizuführen. Dieser »Gleichheitswahn«, der sich auf alles erstreckt, was Ungleichheit nach sich zieht, auf jedes neiderregende *Mehr* der anderen, ist jedoch moralisch nicht weniger verwerflich als die durch die kapitalistische Produktionsweise bewirkte Ungleichverteilung der Güter in der bürgerlichen Gesellschaft. Er ist selbst vom »Prinzip des Habens«⁴⁸ infiziert und insofern mitnichten eine wirkliche Alternative zum Kapitalismus.

Für Karl Marx (1844) ist dieser gleichmacherische und »als Macht sich konstituierende *Neid*« folgerichtig nichts anderes als »die versteckte Form, in welcher die *Habsucht* sich herstellt und nur auf eine *andre* Weise sich befriedigt«. ⁴⁹ – Habsucht aber ist als Verhaltensreflex der Mehrwertproduktion und -aneignung die *entscheidende* Triebkraft der bürgerlichen Gesellschaft, quasi ihr *Grundprinzip!* Die Akzeptanz derselben in Gestalt der Gewinnmaximierung impliziert zwangsläufig die Akzeptanz des Neides als eines Wesenszuges der kapitalistischen Ökonomie. Als solcher ist er jedoch nicht auf die Wirtschaft beschränkt, sondern greift über auf die gesamte Gesellschaft, einschließlich ihrer Moral: Das heißt, der Neid ist in der bürgerlichen Welt *allgegenwärtig* – als »versteckte Form« der Habgier und als *Ressentiment*. Auf letzteren Aspekt machte Karl Marx expli-

40 Francis Bacon: Essays, a. a. O., S. 38.

41 Baruch Spinoza: Ethik, a. a. O., S. 221 ff. 292 f.

42 David Hume: A Treatise on human Nature (1738), London 1968, vol. II.

43 Adam Smith: The Theory of moral sentiments (1759), I, Oxford 1976, p. 10 f; VI, p. 243 f.

44 Adam Smith: Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen (1776), Band 3, Berlin 1984, S. 86.

45 Bernard Mandeville: Die Bienenfabel oder Private Laster als gesellschaftliche Vorteile (1723), Leipzig und Weimar 1988, S. 18 und 116 ff.

46 Vgl. Immanuel Kant: Metaphysik der Sitten (1785), in: Gesammelte Schriften, Berlin 1903, Band IV.

47 Vgl. Arthur Schopenhauer: Aphorismen zur Lebensweisheit, a. a. O., Band IV, S. 311 ff.; Preisschrift über die Grundlage der Moral, a.a.O., Band III, S. 459 ff.

48 Vgl. Erich Fromm: Haben oder Sein, München 1990, S. 79 ff., insbesondere S. 86.

49 Karl Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844, in: MEW. Ergänzungsband. Erster Teil, Berlin 1968, S. 534.

50 Karl Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte..., a.a.O., S. 534.

51 Friedrich Nietzsche: Zur Genealogie der Moral, a. a. O., Band 5, S. 245 ff.; Also sprach Zarathustra, a. a. O., Band 4, S. 11 ff.

52 Karl Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte..., a. a. O., S. 534 f.

53 Max Scheler: Das Ressentiment im Aufbau der Moralen, Berlin 1955.

54 Vgl. Georg Simmel: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, München und Leipzig 1922, S. 210 f.

55 Helmut Schoeck: Der Neid und die Gesellschaft, Freiburg/Basel/Wien 1966, S. 292.

56 Ebenda.

zeit aufmerksam, indem er vermerkte, daß »der Gedanke jedes Privateigentums ... wenigstens gegen das reichere Privateigentum als Neid und Nivellierungssucht gekehrt (ist), so daß diese sogar das Wesen der Konkurrenz ausmachen.«⁵⁰ Indem er den »rohen Kommunismus« sodann als »die Vollendung dieses Neides und dieser Nivellierung von (einem) vorgestellten Minimum aus« faßt als *soziales* »Ressentiment«, bezog er zum egalitären Sozialneid eine absolut kritische Position, nicht unähnlich der Friedrich Nietzsches (1844-1900), welcher im »Ressentiment« das Hauptziel seiner Gesellschaftskritik sah.⁵¹

In der Tat erschöpft sich der Sozialneid nicht selten in der Absicht, die differenzierenden Wirkungen des Privateigentums dadurch aufzuheben, daß dieses gleichmäßiger verteilt, sprich *nivelliert* wird. »Wie wenig diese Aufhebung des Privateigentums« aber ein wirklicher Fortschritt ist, beweist die mit ihr einhergehende »abstrakte Negation der ganzen Welt der Bildung und der Zivilisation, die Rückkehr zur *unnatürlichen* Einfachheit des *armen*, rohen und bedürfnislosen Menschen, der nicht über das Privateigentum hinaus, sondern noch nicht einmal bei demselben angelangt ist.«⁵²

Im Gegensatz dazu verweist der dialektische Ansatz von Marx, auch wenn dieser aus heutiger Sicht utopisch anmutet, auf eine über das Privateigentum und damit über Affekte wie Habsucht, Geiz und Neid hinausgehende Gesellschaft, welche auf einer höheren Produktivität als das Kapital sie hervorzubringen vermag beruht, nicht aber auf der Umverteilung des bürgerlichen Reichtums und dessen neidmotivierter, platter Negation.

Neidablenkung und Neidperversion

Mit der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft, dem Anwachsen des gesellschaftlichen Reichtums und der Zunahme der Differenzierung seiner Verteilung veränderte sich die soziale Bewertung und politische Rolle des Neides. So verbergen sich hinter den Begriffen *öffentlicher*, *sozialer* und *politischer* Neid im heutigen Sprachgebrauch recht differenzierte Wertungen, auch wenn nach wie vor noch abwertend von »Ressentiment«⁵³ oder von »Klassen- oder Sozialneid«⁵⁴ die Rede ist. Selbst konservative Theoretiker, wie zum Beispiel der österreichische Neidforscher Helmut Schoeck, räumen dem Neid in unserer Gesellschaft eine unverzichtbare »soziale Kontrollfunktion« ein: »Der Neid ist nicht allein eine stete Bedrohung des Eigentums, sondern motiviert auch die zahllosen inoffiziellen Wächter des Eigentums, die lediglich dem Hochstapler, Dieb und Räuber seine Beute nicht gönnen...«⁵⁵ Und in zusammenfassender Wertung: »Insoweit die Allgegenwart des Neides der unbehinderten Machtkonzentration entgegenwirkt, also zur Zerstreung der Macht führt, es aber andererseits eine Zählung der Macht braucht, um die meisten schöpferischen Neuerungen zuzulassen, um überhaupt Humanität zu gestatten, können wir den Neid nicht nur als negative Erscheinung auffassen.«⁵⁶

Derlei Wertungen sind dem Tenor der denunziatorischen Neidkampagnen der letzten Jahre direkt entgegengesetzt und finden sich in den Medien folglich verhältnismäßig selten. – Aber warum eigentlich? Warum läßt sich der Neid, wenn schon der bürgerlichen

Gesellschaft inhärent und daher nicht einfach abschaffbar, nicht, wie schon in früheren Zeiten, auch heute ›kultivieren‹ und als Mittel für vernünftige soziale Ziele einsetzen? Zeigt er uns doch, daß es »Eigenschaften, Fähigkeiten, Besitztümer und Handlungen gibt, die zu haben sich lohnt, die nicht zu haben schmerzt«. Er ist insofern »eine geradezu legitime, weil ganz natürliche Empfindung«, die man nicht mißbilligen dürfe, so Rolf Schneider, sondern *loben* sollte.⁵⁷ Indem der Neid als Affekt »eine auf materielle und ideelle Werte gegründete Ungleichheit indiziert«, trage er dazu bei, diese auf ihre juristische, ökonomische und ethische Legitimation und Berechtigung hin zu hinterfragen beziehungsweise in Frage zu stellen und, sofern diese nicht hinreichend gegeben ist, ihre Veränderung einzufordern. – »Ohne den Sozialneid gäbe es keinen Sozialstaat...«.⁵⁸ Vermutlich verdankt die soziale Marktwirtschaft, indem sie neben anderen Beweggründen eben auch den Sozialneid der Arbeitnehmer, sozial Schwachen und Benachteiligten institutionalisiert und damit in gewissem Maße kanalisiert hat, dem Neid viel mehr, als gemeinhin eingestanden wird. Sollte man heute gänzlich darauf verzichten?

Vielleicht war es, wie Bruno Molitor schreibt, Anfang der achtziger Jahre, nach einer längeren Periode sozialstaatlicher Politik, »an der Zeit, wieder ins rechte Licht zu rücken«, was die Gesellschaft der Bundesrepublik »*der Ungleichheit und Freiheit verdankt*«.⁵⁹ Inzwischen aber sind zwei mehr oder weniger von neoliberaler Ideologie und Politik geprägte Jahrzehnte vergangen, so daß die Situation heute nach einer *anderen* Politik, einer Politik des stärkeren sozialen Ausgleichs und der größeren Verteilungsgerechtigkeit, verlangt. Um dieses Ziel im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft durchzusetzen, kann es durchaus förderlich sein, wenn die weniger Erfolgreichen die Erfolgreicheren beneiden, die weniger Wohlhabenden die Wohlhabenderen und die Ärmeren die Reichen. Dies kann in einer Wettbewerbsgesellschaft durchaus anspornend wirken und somit die allgemeine Wohlfahrt fördern. Wie aber geht man mit dem in der Gesellschaft *darüber hinaus* anzutreffenden negativen, die Atmosphäre vergiftenden Sozialneid um? Diese Frage stellt sich insbesondere in Zeiten zunehmender sozialer Differenzierung infolge wirtschaftlicher Polarisierung, vermehrter Reichtumskonzentration und sich verstärkt ausbreitender Armut. Sie gewinnt noch an Schärfe, wenn die Konjunktur ›lahmt‹ und das zur Verteilung anstehende Nationaleinkommen stagniert oder sogar sinkt, wie dies gegenwärtig der Fall ist.

Das Problem ist nicht neu, und auch die Antworten darauf wurden bereits in früheren Zeiten gegeben. Sie reichen von einer bewußten *Individualisierung* des Neides als einem »fiesem Affekt« und einer »seelischen Krankheit« einzelner über seine politische und ideologische *Diffamierung* als »Ressentiment« der Zukurz- oder Schlechtweggekommenen (Nietzsche) bis hin zu seiner moralischen Verdammung als »Laster« und »Todsünde«, wie die christliche Kirche sie propagiert. Aber all das scheint nicht so recht zu greifen, denn es gibt ihn trotzdem, den Neid. Und man muß nach wie vor in der Politik mit ihm rechnen! Aber, wenn schon Neid, dann sollte dieser wenigstens in die richtige Richtung weisen, das heißt, entsprechend der sozialen Hierarchie und Wohlstandspyramide, von ›unten‹ nach

57 Rolf Schneider: Ein Lob auf den Neid, in: Die Welt, 15. November 1999, S. 3.

58 Jörg von Uthmann: Das Buch der Laster, Berlin 1996, S. 101.

59 Bruno Molitor: Der Mythos des Sozialen, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik. Wirtschaftspolitische Chronik, Köln, 32. Jahrgang (1983) 2, S. 148.

60 Lothar Späth: »Wenn man Tag und Nacht arbeitet und Erfolg hat, erregt man vor allem Neid und Mißgunst.« (Die Welt, 16. November 1999, S. 3).

61 Gehälter von Bankern im Jahr 2000: William Harrison (JP Morgan): 41,38 Millionen US-\$; David Komansky (Merrill Lynch): 32,55 Millionen US-\$; Richard Fuld (Lehmann Brothers): 31,37 Millionen US-\$; Philip Purcell (Morgan Stanley): 27,76 Millionen US-\$; Henry Paulson (Goldman Sachs): 22,23 Millionen US-\$; Rolf-E. Breuer (Deutsche Bank): 7 Millionen €, Jürgen Schrempp (DaimlerChrysler): 6 Millionen € (Quelle: Euro am Sonntag, 17. März 2002).

62 Abfindungen von Managern: Bob Eaton (DaimlerChrysler): 138,0 Millionen €; Frank Newman (Bankers Trust): 102,3 Millionen €; Klaus Esser (Mannesmann): 31,6 Millionen €; Jean-Marie Messier (Vivendi Universal): 18,0 Millionen €; Bernd Pischetsrieder (BMW): 7,6 Millionen € (Quelle: Euro am Sonntag, 7. Juli 2002).

63 Werbeeinnahmen deutscher Stars im Jahr 2001: Thomas Gottschalk (11 Millionen €); Claudia Schiffer (10 Millionen €); Verona Feldbusch (7 Millionen €); Franz Beckenbauer (6 Millionen €); Günter Jauch (5 Millionen €) (Quelle: Euro am Sonntag, 21. Juli 2002, S. 59).

64 Vgl. dazu Jochen Weichold: Die vergoldeten Diäten. Zusatzeinkünfte und Versorgung der Abgeordneten, in: UTOPIE kreativ, Heft 143 (September 2002), S. 804-814.

›oben‹. In diesem Sinne wäre es normal, wenn Unternehmer um ihre außerordentlichen Gewinne⁶⁰, Manager um ihre hohen Gehälter⁶¹ beziehungsweise, wenn es schief gegangen ist, ihre Millionen-Abfindungen⁶², Spitzensportler und andere Unterhaltungskünstler um ihre jedem Leistungsprinzip Hohn sprechenden Gagen und Werbeeinnahmen⁶³ und Politiker um ihre Gehälter, Diäten⁶⁴, Pensionen, Nebeneinkünfte und Privilegien beneidet würden. Und dies keineswegs nur privat, sondern auch öffentlich, das heißt, politisch. Vielleicht gelänge es dadurch, einige, in letzter Zeit aus dem Lot geratene Verhältnisse wieder zurechtzurücken im Sinne von Leistungsprinzip, Chancengleichheit und Verteilungsgerechtigkeit, Grundsätzen also, zu welchen sich die soziale Marktwirtschaft *expressis verbis* bekennt, die aber in letzter Zeit zunehmend aus der Mode gekommen zu sein scheinen. Gegenwärtig aber ist davon kaum etwas zu spüren, obgleich der Unmut über die Unverhältnismäßigkeit der Einkommen wie der Vermögen der Privilegierten in Relation zum gesellschaftlichen Durchschnitt spürbar wächst.

Wenn dies schon politisch keine Konsequenzen im Sinne radikaler gesellschaftlicher Reformen und sozialer Umstrukturierungen nach sich zieht, warum artikuliert sich dieser Unmut dann nicht wenigstens als *Neid* der Durchschnittsbürger und Normalverdiener auf die Spitzenverdiener, »Absahner« und Privilegierten? Warum wird er nicht als *Sozialneid* politisch wirksam? Warum lösen die Millionengehälter, -gagen, -abfindungen und -ruhegelder für Manager, Politiker und Prominente keine Proteste aus, sondern eher Bewunderung über deren Cleverneß und »Verdienst«, während Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Asylbewerber beneidet und sozial angefeindet werden?

Diese Tatsache ist schon bemerkenswert und verlangt deshalb nach einer tieferen Erklärung. Sie allein auf die schwindende Bedeutung der christlichen, insbesondere katholischen, und sozialistischen Ethik mit ihren irdischen und überirdischen Gleichheitsidealen zurückführen zu wollen, greift offenbar zu kurz. Eher läßt dieses Phänomen auf eine Manipulierung, eine gründliche *Ablenkung* und *Verkehrung* des Neidgefühls in der Gesellschaft schließen – eine Methode, die schon früher praktiziert worden ist, insbesondere in bezug auf Juden und Fremde, in der Regel jedoch mit weitaus weniger Erfolg. So hatte bereits Francis Bacon als probates »Heilmittel gegen den Neid« empfohlen, diesen »auf jemand anders zu lenken« und dadurch von sich selbst »abzuziehen«.⁶⁵ Der entscheidende Unterschied zwischen diesem Ratschlag und der heutigen Praxis ist jedoch darin zu erblicken, daß Bacon hierfür »Beamte und Diener«, zuweilen auch »Amtsgenossen und Gehilfen« ausersehen hatte, also lediglich *andere* Personen von gleichem oder geringerem Stand vorschob, auf welche sich der Neid dann richtete, während wir es heute mit einer regelrechten *sozialen Verkehrung* des Neidgefühls zu tun haben.

Erzeugt von PR-Managern der Privilegierten, dann kolportiert und propagiert von den Medien, hat diese *Perversion* des Neides inzwischen dazu geführt, daß heute nicht mehr die eigentlich zu Beneidenden beneidet werden, sondern eher die zu Bemitleidenden. So neidet der Vorarbeiter dem Hilfsarbeiter den steuerfreien Nied-

riglohn, der Hilfsarbeiter dem Sozialhilfeempfänger die »Stütze«, der Arbeiter dem Arbeitslosen das Arbeitslosengeld, der Handwerker dem Beamten die Pension, der Angestellte dem Studenten den Nebenjob – und alle zusammen dem Ausländer die staatliche Unterstützung. Die soziale Pyramide scheint auf den Kopf gestellt: Nicht die Gehälter der Spitzenverdiener in Politik und Wirtschaft, in der Unterhaltungsszene, im Sport et cetera⁶⁶, die das Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer, ja selbst der mittleren Angestellten locker um das Tausendfache übersteigen, erscheinen dem öffentlichen Bewußtsein als zu hoch, nein, die *Sozialhilfe* ist es, die in ihrer Höhe als ungerecht empfunden und dafür unablässig kritisiert wird. Ähnlich verhält es sich mit anderen Zahlungen, seien es die Renten für ostdeutsche Frauen, die Arbeitslosenhilfe für Langzeitarbeitslose, die Unterstützung für Immigranten oder das Kindergeld für kinderreiche Familien. Allesamt Objekte eines *fehlgelenkten* Sozialneids in unserer Zeit. – Und keine Partei, kein Interessenverband stellt dies richtig! Eher ist der Prozeß einer sich auf der Basis des neoliberalen Konsens vollziehenden Entsolidarisierung in der Gesellschaft zu beobachten, weshalb es zunehmend populär wird, Einsparungen in den öffentlichen Kassen auf Kosten sozial Benachteiligter und Hilfsbedürftiger vorzunehmen, die Besserverdienenden und Vermögenden steuerlich aber zu entlasten.

Wie weit die damit verbundene Neidablenkung und -perversion hierzulande schon gegriffen hat, läßt sich auch daran ermesen, daß ihr mittlerweile selbst erklärte Gegner des Kapitalismus unterliegen. So eröffnete zum Beispiel kürzlich die *junge Welt* eine in ihrer Wirkung inzwischen als peinlich empfundene Neidkampagne, indem sie eine Liste mit Namen und Adressen von Kunden der Berliner Bankgesellschaft publizierte, die Anteile an Immobilienfonds der Landesbank Berlin gezeichnet hatten. Da sich die Redaktion bei der Veröffentlichung der vermeintlichen »Abzocker«, »Renditegeier« und Anteilseigner von »Schweinefonds«⁶⁷ keineswegs auf Großanleger, Zeichner sogenannter Prominentenfonds, die nicht jedermann zugänglich waren, Bankmanager und Politiker beschränkte, sondern ein breites Spektrum von Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur auflistete, darunter auch Kleinanleger mit Beträgen zwischen 5 000 bis 25 000 €⁶⁸, bewirkte die Kampagne so ziemlich das Gegenteil dessen, was eigentlich beabsichtigt war, nämlich den Neid der Sparspar- und Sparsparer mit ihren mageren Renditen auf die Fondsspar- und -anleger, die etwas mehr bekommen. Dies allerdings bei einer Bindungsfrist ihrer Geldanlagen von 25 bis 30 Jahren und einem nicht unerheblichen Inflationsrisiko! Der Effekt war, daß nicht die Profiteure des Berliner Bankenskandals, die Topmanager, Vermögensmillionäre und Immobilienspekulanten, am Pranger der öffentlichen Meinung standen, sondern die »Null-acht-fünfzehn-Sparkassenanleger«, weshalb sich selbst Vertreter der PDS von dieser Art »Hexenjagd« mit deutlichen Worten distanzieren.⁶⁹

Die Erklärung hierfür findet sich bereits wiederum bei Francis Bacon, welcher schon 1597 zutreffend bemerkte, daß der Neid immer »aus dem Vergleich« herrührt. »Wo also kein Vergleich stattfindet, gibt es auch keinen Neid.«⁷⁰ Vergleichen tun sich aber mit Vorliebe Personen, die annähernd gleichgestellt sind beziehungsweise die

65 Francis Bacon: Essays, a. a. O., S. 37.

66 Vgl. Ulrich Busch: Reichtum heute, in: Das Blättchen Nr. 16, 5. August 2002, S. 1 ff.

67 *junge Welt*, 17. Juli 2002, S. 1 und 18. Juli 2002, S. 1.

68 *junge Welt*, 17. Juli 2002, S. 10 f.

69 Vgl. Interview mit C. Wechselberg, in: *junge Welt*, 20./21. Juli 2002, S. 3.

70 Francis Bacon: Essays, a. a. O., S. 35.

gleich viel oder gleich wenig Vermögen besitzen. Folgerichtig richtete sich der durch die Indiskretion der *jungen Welt* initiierte Neid auf den Pfarrer im Nachbardorf, der über seine Sparkasse 20 000 € in einen Fonds investiert hat, den Professor in Tübingen, die Zahnärztin aus Berlin-Köpenick oder den Lehrer aus Hintertupfingen, alles Leute, die über ein bestimmtes Einkommen verfügen, mehrheitlich aber keineswegs zu »den Reichen« in diesem Lande zu zählen sind. Indem der öffentliche Neid auf diese Personengruppen gelenkt wurde, wurde er von den eigentlich Begünstigten abgelenkt, was vielleicht nicht die Absicht der *jungen Welt* war, nichtsdestotrotz aber ihr Resultat. Mit ihrer undifferenzierten Attacke auf die Geldanleger und Fondszeichner hat die *junge Welt* somit keinen konstruktiven Beitrag zur Kritik der kapitalistischen Gesellschaft geleistet. Eher ist das Ganze als ein Zugeständnis an *die* Form von »Neid und Nivellierungssucht« zu werten, die schon Karl Marx kritisiert hat, weil sie nichts anderes ist als selbst »eine *Erscheinungsform* ... der Niedertracht des Privateigentums«. ⁷¹ Aber genau das ist ja gewollt: Die Bezüge und Vermögen der tatsächlich Reichen bleiben im dunkeln ⁷² und damit dem Neid entzogen, indem dieser geschickt auf vergleichsweise harmlose Personengruppen abgelenkt wird. Auf diese Weise wird die soziale Perversion des Neidaffekts wirkungsvoll komplettiert. – Wie dies funktioniert, ist in der Tat eines der erstaunlichsten Phänomene unserer Zeit.

71 Karl Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte..., a. a. O., S. 536.

72 Vgl. Jörg Stadlinger (Hrsg.): Reichtum heute. Diskussion eines kontroversen Sachverhalts, Münster 2001.

DIETER KLEIN

Demokratischer Sozialismus – ein transformatorisches Projekt

Der Ausgang der Bundestagswahlen 2002 hat – hoffentlich – eine seit langem drängende Frage noch stärker in das Bewußtsein von Linken gehoben. Was eigentlich ist das: das Projekt des demokratischen Sozialismus? Die übergroße Mehrheit der Wählerinnen und Wähler hat ein solches Projekt mit überzeugendem Nutzen für sie selbst nicht wahrgenommen.

Das *neoliberale Projekt* ist die Verwandlung der Welt in eine Welt-Marktwirtschaft der sozialen Kälte und ökologischen Blindheit, in der Gerechtigkeit keinen Raum hat.

Das *neosozialdemokratische Projekt* läuft auf einen Balanceakt zwischen Anpassung an die Imperative der Weltmärkte und dem modifizierten Teilerhalt bereits erreichter politischer und sozialer Standards hinaus. In diesem Spagat nimmt die Gerechtigkeit so nachhaltigen Schaden, daß die Konturen der Dritten Wege in den Berührungen mit dem neoliberalen Projekt verschwimmen. In der Mehrzahl der westeuropäischen Staaten wurden daher die in den 90er Jahren in die Regierungen gewählten sozialdemokratischen Parteien aus diesen Positionen wieder abgewählt – wie in den vorangegangenen Wahlen die Repräsentanten neoliberaler Entwicklung.

Das *Projekt der Grünen* war ein wirkliches, ein großes Projekt: die Rettung der Menschheit vor dem ökologischen Suizid, der ökologische Umbau der Gesellschaft. Ein Aufbauprojekt, verankert in intellektuell anspruchsvollen Milieus der Gesellschaft, allerdings kaum in den Kämpfen der Lohnabhängigen um soziale Gerechtigkeit. Unter dem Druck der kapitalistischen Globalisierung und in der Malaise der Staatsfinanzen droht dieses Projekt in einen existentiell gefährlichen Zeitverzug zu geraten. Gerechtigkeit zwischen »Nord« und »Süd« in der Nutzung der Naturressourcen und Gerechtigkeit gegenüber kommenden Generationen ist nicht in Sicht. Der Partei der Grünen droht durch ihre Einbindung in die etablierten Machtmechanismen ihr Projekt zu entgleiten. Initiativen, Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen werden es ohne parlamentarische Träger kaum ausreichend zur Geltung bringen können.

Die Dringlichkeit von Alternativen liegt auf der Hand. Die Massenarbeitslosigkeit dauert an, ebenso eine Polarisierung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse. Die Vorbote einer möglichen Klimakatastrophe sind kaum übersehbar. Eine wachsende Kluft zwischen reichen Industrieländern und der Mehrheit der sogenannten Entwicklungsländer hat größere Teile der Weltbevölkerung in eine ausweglose Lage gebracht. Die dominierenden Antworten darauf

Dieter Klein – Jg. 1931, Prof. Dr. oec. habil., Wirtschaftswissenschaftler. Vorsitzender der Zukunftskommission der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin. Autor zahlreicher Bücher und Artikel, unter anderem: »ReformAlternativen: sozial – ökologisch – zivil«, Berlin 2000 und (zusammen mit Michael Brie und Michael Chrapa): »Sozialismus als Tagesaufgabe«, Berlin 2002.

Mit dem nebenstehendem Beitrag wird die Diskussion zum Programm der PDS wieder aufgenommen. Vgl. dazu auch die Beiträge zu Strategie und Programmatik der PDS in: *UTOPIE kreativ*, Sonderheft Oktober 2000 sowie die Hefte 120, 123, 128, 132, 134, 139, 143 und 146.

sind die wachsende Bereitschaft zum Einsatz militärischer Macht als angeblich taugliches Mittel der Politik, die Neigung der USA zu völkerrechtswidrigen Präventivkriegen für eigene imperiale Ziele, die Fortsetzung der Liberalisierung der Weltmärkte mit polarisierenden Wirkungen, soziale Deregulierung und Privatisierung nicht zuletzt der öffentlichen Dienstleistungen und Daseinsvorsorge. Als unvermeidbare Merkmale moderner Reformen gelten die (Teil-)Rücknahmen früherer tatsächlich sozialer Reformen durch Ausweitung von Niedriglohnarbeit, Rückbau der sozialen Sicherungssysteme, vermehrter Druck auf Beschäftigte und Arbeitsuchende, Abbau von Arbeitnehmerrechten sowie Steuersenkungen vor allem für Unternehmen – für die größten zumal.

»... die freie Entwicklung aller«

»In den Städten können Armenviertel entstehen, der Gesundheitszustand und die Lebenserwartung von Bevölkerungsgruppen können sinken, die Kriminalität kann steigen. ... Die Nachteile der Niedriglohnstrategie sind damit offenkundig. Dennoch muß auch sie verfolgt werden, solange die Strategie der Erneuerung hin zur unternehmerischen Wissensgesellschaft noch nicht hinreichend wirksam geworden ist.«
(Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen 1997, S. 23)

Was kann in dieser Situation einschneidender Umbrüche das *Projekt des demokratischen Sozialismus* sein? Sich einer Antwort auf diese Frage anzunähern, dies ist die Aufgabe der programmatischen Debatte und eines neuen Parteiprogramms der PDS. Die marxistisch-leninistische Auffassung von einer sozialistischen Gesellschaft war, daß ihr eine politische Revolution unter Führung einer kommunistischen Avantgardepartei vorangehen müsse. Deren Aufgabe sei die Errichtung einer Diktatur des Proletariats – ausgeübt in dessen Namen von der Partei – und die Überführung von Kapitaleigentum in Staatseigentum in der zentralistischen Verfügung der Parteiführung (Einführung 1977, S. 349 f.). Dieser Sozialismus sollte die kapitalistische Ausbeutung überwinden. Im Mittelpunkt der neuen Ordnung sollte der Mensch stehen. Aber was »der Mensch« wollte, wurde in den Führungsgremien der Avantgardepartei beschlossen. Dazu gehörten unter den Bedingungen der DDR die Befreiung von Arbeitslosigkeit und zwischenmenschlicher Konkurrenz, ein weitgehend gleicher Zugang für alle zu Bildung und Leistungen des Gesundheitswesens, bezahlbare Wohnungen, flächendeckende Verfügbarkeit von Kinderbetreuungseinrichtungen, Frauenförderung, Erprobung genossenschaftlicher Entwicklungswege und die Verfolgung von Neofaschismus und Rassismus. Sowie aber eigenes Denken der Bürgerinnen und Bürger, kritische Stimmen in Kunst, Kultur, Wissenschaft, Öffentlichkeit und in der Partei selbst von der Parteiführung als Bedrohung der Macht empfunden wurden, trat das wirkliche innere Maß gesellschaftlicher Entwicklung unter staatssozialistischen Bedingungen zutage: die Herrschaft der Staatspartei. Die Grundkonstruktion dieses Sozialismusmodells erlaubte nicht, die individuellen Interessen systemstützend in eine zukunftsfähige Entwicklung zu integrieren. Die Reproduktion der Individuen blieb der untergeordnete Prozeß, die Reproduktion der Herrschaft der Staatsparteien der bestimmende. Der Ausschluß individueller Freiheit, der sich auch in der Starrheit und Ineffizienz des Wirtschaftsmechanismus ausdrückte, mündete in das Scheitern dieses Sozialismus.

Die Autoren des von den Delegierten des Dresdner Parteitages mit großer Mehrheit zur Arbeitsgrundlage weiterer programmatischer Arbeit bestimmten Entwurfs für ein neues Parteiprogramm der PDS haben aus diesen Erfahrungen eine elementare Lehre gezogen. Einen Grundgedanken von Marx und Engels aufnehmend, betrachten sie

als demokratischen Sozialismus »eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist« (Marx/Engels 1957, S. 482).

Freie Individuen als dominanter Ausgangspunkt der Reproduktion im Sozialismus und als sein bestimmendes Ziel! – Diese Vision ist um Welten von der Wirklichkeit des Kapitalismus entfernt und vermag doch hautnah an Wünsche und Empfinden der Bürgerinnen und Bürger anzuknüpfen. Das Gefühl der meisten in der Bundesrepublik ist, daß es sich recht gut in ihr leben lasse, daß dies aber ein Leben in einer ungerechten Gesellschaft ist. Daß es nicht besser wird, sondern daß die Klüfte tiefer werden zwischen oben und unten, zwischen reich und arm, zwischen Ost und West. Daß sie nicht als Menschen gelten, sondern eher als Wirtschafts- und Kostenfaktoren.

Projekt der Gerechtigkeit

Demokratischer Sozialismus hat in dieser Situation eine einzige und einzigartige Chance: sich als *Projekt der Gerechtigkeit* zu bewähren und der Ungerechtigkeit der Verhältnisse sowie der *Funktionalität* der einzelnen für die Kapitalverwertung die Forderung nach Bedingungen für ihre *Individualität* entgegen zu setzen. Demokratischer Sozialismus heißt, für die soziale Gleichheit der Teilhabe jeder und jedes einzelnen an den Grundbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben in sozialer Sicherheit zu wirken.

Das Erstreiten entscheidender *Bedingungen individueller Freiheit* und eines selbstbestimmten Lebens kann aber nicht auf Zeiten jenseits des Rubikon einer sozialistischen Revolution vertagt werden. Die Bürgerinnen und Bürger wollen hier und heute von Parteien, Gewerkschaften, Verbänden und Bewegungen erfahren, welchen Nutzen sie von ihnen für ihr eigenes Leben zu erwarten haben.

Demokratischer Sozialismus hat nur als transformatorisches Projekt eine Chance, als ein Prozeß also, der mitten in der bürgerlichen Gesellschaft auf demokratische Weise für den Alltag von Mehrheiten nützliche Gestalt annimmt und zugleich über die herrschenden ungerechten Verhältnisse hinausweist. Gelingt es nicht, dieses transformatorische Element in die praktische gegenwärtige Politik von Sozialistinnen und Sozialisten hineinzuholen, wird sie sich entweder von sozialdemokratischer Politik kaum noch unterscheiden und damit überflüssig werden oder eine Beschränkung auf die Verneinung des Bestehenden ohne praktikable Politikangebote und ohne Anschluß an das heute Machbare wird ins scheinrevolutionäre Abseits führen.

Als das Verbindende zwischen – oft gewiß kleinen – alternativen Reformschritten unter gegebenen Verhältnissen und transformatorischem Anspruch könnte mit Imanuel Wallerstein eine Demokratisierung bezeichnet werden, die der Regel »mehr, viel mehr« folgt (Wallerstein 2002). Mehr soziale Gleichheit nämlich in der Teilhabe aller an den Grundbedingungen eines selbstbestimmten Lebens: an Existenz sichernder Arbeit, an Leistungen des Gesundheitswesens und an sozialer Sicherheit, vor allem an politischen Entscheidungen als Bedingung individueller Freiheit. Mehr soziale Gleichheit,

»Die bürgerliche Revolution verankert nur die Umwälzung der ökonomischen Verhältnisse, die sich im Schoße der alten, feudalen Gesellschaft spontan vollzogen hat... Demgegenüber können sich sozialistische Produktionsverhältnisse nicht spontan im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft entwickeln, denn hier handelt es sich nicht um die Ablösung einer Form der Ausbeutungsverhältnisse durch eine andere, sondern um die Beseitigung jeglicher auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln basierenden Ausbeutungsverhältnisse überhaupt. Das bedeutet, daß die politische Revolution des Proletariats, die Beseitigung der Macht der Bourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, notwendige Voraussetzung und Bedingung für die Schaffung der ökonomischen Basis der Gesellschaft ist.« (Einführung in den dialektischen und historischen Materialismus, Berlin 1977, S. 349/350)

Individuelle Freiheit einer und eines jeden in einer gerechten Gesellschaft der sozialen Sicherheit – das könnte als Annäherung an ein modernes Selbstverständnis des demokratischen Sozialismus gelten.

weil ohne diese der Freiheit entscheidende Grundlagen fehlen. Mehr Solidarität, weil sonst die Gesellschaft ihren sozialen Zusammenhalt verliert. Friedenspolitik und ökologischer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft sind der Unterbau für einen solchen Prozeß.

Die Freiheit jeder und jedes einzelnen, das eigene Leben in sozialer Sicherheit selbst bestimmen zu können, darf nun ebenso als Orientierung sozialistischer Politik für die *gegenwärtig möglichen politischen Entscheidungen und Schritte* gelten wie als über den Kapitalismus hinausweisendes *sozialistisches Ziel*. Beide Dimensionen in einem transformatorischen Prozeß gesellschaftlicher Veränderungen miteinander zu verbinden, das macht sozialistische Politik aus. Wenn dies gelingt, wird sie deutlich unterscheidbar von der Politik aller anderen Parteien im parlamentarischen System der Bundesrepublik, deren pragmatische Politik ausgerechnet in einer Situation tiefster Brüche und notwendiger Entscheidungen zwischen gegensätzlichen Entwicklungspfaden ohne Vision in den Grenzen der herrschenden Eigentums- und Machtstrukturen, Verfügungs- und Verteilungsverhältnisse verbleibt.

Der Widerspruch ist in der Welt

Aber in der PDS verselbständigen sich diese beiden Pole sozialistischer Politik gegeneinander. Als sei nicht beides zugleich Aufgabe von Sozialistinnen und Sozialisten: *erkennbare gesellschaftliche Opposition* zu sein, die Protest, Kritik, Unmut und Widerstand bündelt und unverkennbar die Herrschaft des Profits über die Gesellschaft, patriarchale Verhältnisse, die Ausbeutung des »Südens« durch den »Norden« und ethnische Hierarchien überwinden will, und *überzeugende Sachpolitik* in einem voraussichtlich langen demokratischen Prozeß emanzipativen, sozial-ökologischen Wandels der bürgerlichen Gesellschaft, die auch die Mühen um kleinste Verbesserungen des Lebens nicht gering schätzt und dafür Wichtiges zu bieten hat.

Doch was zusammen gehört, wird immer wieder gegeneinander gekehrt. Hie die wahre sozialistische Opposition – und zuweilen so formuliert, als bedürften die in Regierungs-, kommunaler und Verantwortungsverantwortung Stehenden nicht statt des Vorwurfs, opportunistisch zu handeln, gemeinsamer Beratung mit ihren Kritikern. Als bedürften sie nicht größter Solidarität und des Rückhalts in den außerparlamentarischen Kämpfen, um in den Zwängen der Alltagspolitik und der leeren Kassen noch als gesellschaftliche Opposition gegen die Herrschaftsstrukturen der Gesellschaft erkennbar zu bleiben. Dort dagegen von seiten der als »Reformer« bezeichneten Macher in den politischen Alltagsmühlen der Vorwurf an Verantwortliche in den Vorständen und an Teile der Mitgliedschaft, sie mißachteten verharrend in hergebrachten Denkgeleisen, was die Menschen wirklich erwarten: konkrete Sachkompetenz und realisierbare Politikangebote zur Verbesserung ihres Lebens. Und undurchschaubarer wird für große Teile der Mitgliedschaft, in welchen Fällen solche Vorwürfe sogar zutreffen mögen und in welchen Streitpunkten persönliche Schuldzuweisung nur die Unfähigkeit überdecken, miteinander Lösungen für reale Widersprüche in der Gesellschaft zu finden.

Was ein innerer Widerspruch sozialistischer Strategie und Politik im Umgang mit den Widersprüchen der Gesellschaft ist, für den in jeder einzelnen Frage die konkrete Gestalt seiner Lösung neu gefunden werden muß, gerät unter der Hand zu erbitterten persönlichen Auseinandersetzungen und Interessenkämpfen. Der Literaturwissenschaftler Hans Mayer schrieb in einer Untersuchung über Kulturschöpfung und Kulturzerstörung (!): »Der ›Widerspruch‹, um mit Karl Kraus zu sprechen, ist nun einmal in der geschichtlichen Welt.« (Mayer 2000) Und er zitierte Kraus, der seinen Kritikern in einem Epigramm entgegenhielt, sie würden reale Widersprüche mit nur persönlichen Meinungsverschiedenheiten verwechseln:

»Mein Wort berührt die Welt der Erscheinungen,
die darunter oft leider zerfällt.

Immer noch meint Ihr, es gehe um Meinungen,
aber der Widerspruch ist in der Welt.«

Der Widerspruch, daß sozialistische Politik auf Überschreitung der Grenzen des Kapitalismus zielt und gerade deshalb Mitverantwortung für demokratische Reformen und für bessere Lösungen von Alltagsproblemen der Menschen innerhalb dieser Grenzen wahrzunehmen hat, wird seine Lösung anders als nach gescheiterten marxistisch-leninistischen Vorstellungen voraussichtlich in einem transformatorischen Prozeß finden.

Richtungswandel durch Veränderung der Kräfteverhältnisse
Demokratischer Sozialismus ist ein transformatorisches Projekt
Transformation, das war im letzten Jahrzehnt der Begriff für den Übergang vom Staatssozialismus zu kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaften. Nach vorherrschender Auffassung kann Transformation nur diese eine Richtung haben: Alle Wege führen zum Kapitalismus und zur weiteren Durchkapitalisierung der Gesellschaft. Und tatsächlich ist dies der vorherrschende Trend gegenwärtiger Entwicklung. In immer neuen Wellen schreitet seit den 70er Jahren eher die Unterwerfung der Gesellschaft unter den Profit, die Rücknahme bereits erreichter sozialer und kultureller Standards und eine Schwächung solidarischer Elemente in der Gesellschaft voran.

Der Zeitgeist scheint gegen die Möglichkeit zu sprechen, in den Verhältnissen der bürgerlichen Gesellschaften Ansätze für eine Richtungsänderung zu finden, für einen demokratischen Prozeß, der zu mehr Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit und Solidarität führt. Für einen transformatorischen Prozeß, der kein harmonisches Hineinwachsen in eine andere Gesellschaft sein wird, sondern sich in heftigen Auseinandersetzungen um die Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, Macht- und Eigentumsstrukturen vollziehen und eine Folge von kleinen und großen Brüchen umfassen wird.

Die Sozialismus-Versuche des 20. Jahrhunderts gingen allerdings kaum aus dem Entstehen und Heranreifen demokratisch-sozialistischer Elemente hervor. Sie entstanden vor allem als Versuche befreiender Antworten auf große Katastrophen wie die Weltwirtschaftskrise 1929/32, die beiden Weltkriege und die Barbarei des Faschismus. Wie aber, wenn es gelänge, derartige Großkatastrophen nicht mehr zuzulassen und drohenden globalen Gefahren wie einer Klimakatastrophe präventiv zu begegnen? Dann werden wohl Mehr-

heiten in den modernen bürgerlichen Gesellschaften selbst nach weiteren bitteren Erfahrungen mit Kriegen, sozialem Abbau und polizei-staatlichen Tendenzen im allergünstigsten Fall Reformen vom Typ des »mehr, viel mehr« ihre Zustimmung geben. Einen sozialistischen Umsturz werden sie kaum wählen.

Damit werden *Anstrengungen zur theoretischen Begründung des demokratischen Sozialismus als Transformationsprozeß* zu einer erst-rangigen Herausforderung an kritische Gesellschaftstheorien (vgl. den ausführlichen Versuch einer solchen Begründung: Klein 2002, S. 66-112). Dann muß eine sozialistische Oppositionspolitik gegen die herrschenden Verhältnisse überzeugende praktische Reform-schritte hervorbringen, um dazu beizutragen, daß ein emanzipativer Prozeß sozialökologischen Wandels in Gang kommt. Dann ist es aktuell, an die Überzeugung des alten Engels anzuknüpfen, daß das Proletariat, »weit entfernt, den Sieg mit *einem* großen Schlag zu er-ringen, in hartem, zähem Kampf von Position zu Position langsam vordringen muß« (Engels 1963, S. 515). Engels verwies darauf, daß dies auch die Erfahrung in anderen europäischen Ländern sei: »In Frankreich, wo doch der Boden seit über hundert Jahren durch Re-volution auf Revolution unterwühlt ist ... und wo überhaupt die Umstände für einen insurrektionellen Handstreich weit günstiger liegen als in Deutschland – selbst in Frankreich sehen die Soziali-sten mehr und mehr ein, daß für sie kein dauernder Sieg möglich ist, es sei denn, sie gewinnen vorher die große Masse des Volks ...« (En-gels 1963, S. 523).

Übertragen auf die heutigen Bedingungen: *Das Lebenselixier des demokratischen Sozialismus als Transformationsprojekt und zu-gleich die Aufgabe demokratischer Sozialistinnen und Sozialisten ist, in der gemeinsamen Suche mit allen anderen demokratischen Akteuren eine Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhält-nisse zugunsten einer emanzipativen Entwicklungsalternative zu er-reichen.*

Soziallogik kontra Kapitallogik

Demokratischen Sozialismus als ein Ziel aufzufassen, nach dem in einem transformatorischen Prozeß gesucht wird, wirft die Frage auf, ob es eine Logik des Sozialen, eine *Soziallogik* gibt, die in der bür-gerlichen Gesellschaft als Gegenprozeß zur *Kapitallogik* wirkt. Die hier vertretene Annahme lautet, daß eine solche Soziallogik existiert, die objektive und subjektive Grundlagen für einen transformatori-schen Prozeß in der Richtung von Emanzipation, von sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit umfaßt.

Der Begriff Soziallogik wird hier als ein *Arbeitsbegriff* eingeführt, nicht als fertige theoretische Kategorie. Er deutet darauf hin, daß der Tendenz zur Unterwerfung der ganzen Gesellschaft unter das Kapi-tal ein Bündel von Tendenzen, die in eine andere Richtung weisen, entgegenwirkt, ein Anwachsen sozialer und emanzipativer An-sprüche und ihrer Verwirklichung. Allerdings ist diese Tendenz bis-her entschieden schwächer als die Logik der Kapitalverwertung. Überdies sind die als Soziallogik bezeichneten Tendenzen nicht ein so geschlossener Zusammenhang, nicht ein ökonomisches Gesetz wie die Kapitalverwertung. Sie ist eher die *Resultante ganz unter-*

schiedlicher Prozesse und Interessen, die der Kapitallogik mehr oder weniger entgegenstehen oder unter der Voraussetzung erheblich veränderter gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse entgegenwirken könnten. Vielleicht wird im Verlauf sachlicher Diskussion ein besserer Begriff für diese Gegenlogik gefunden. Hier kommt es darauf an zu betonen, daß sie existiert und gestärkt werden kann. In aller Regel sind Umstände und Prozesse, die in einem Widerspruch zu Kapitalherrschaft, patriarchaler Unterdrückung und anderen Herrschaftsverhältnissen stehen, doch in diese eingebettet. Träger sozialer, kultureller und ökologischer Interessen in Kollision mit den herrschenden Interessen sind oft gleichzeitig in diese eingebunden. Zudem haben potentielle Gegenmächte unterschiedliche spezifische Interessen. Der Begriff Soziallogik deutet daher auf in sich widersprüchliche, reale oder potentielle Prozesse hin, die nur bei größten Anstrengungen der mit ihnen verbundenen Akteure die gegenwärtigen Herrschaftsstrukturen in Frage stellen könnten. Für das Wirken einer Soziallogik sprechen unterschiedliche Theorieansätze und praktische Beobachtungen.

Ein produktivkrafttheoretischer Ansatz

Die Entwicklung der modernen Produktivkräfte bietet in doppelter Weise Ansätze für ein demokratisches Transformationsprojekt. Erstens umschließt sie die Entfaltung subjektiver Fähigkeiten und kreativer Potentiale, die für die Kapitalverwertung weit stärker als in der Vergangenheit erforderlich sind, zugleich jedoch mit ihr kollidieren und deshalb potentielle Chancen für ein Denken und Handeln über sie hinaus bieten. Einer großen Zahl von abhängig Beschäftigten, Selbständigen und freiberuflich Tätigen wird ein hohes Maß an Wissen, Kooperations- und Kommunikationsfähigkeit, Gemeinschaftsarbeit, Eigenmotivation und Selbstverantwortung abgefordert. Doch dies birgt Konflikte mit der durch Profitdominanz bedingten Fremdbestimmung. Dies kollidiert mit der Tendenz zur Reduktion des Menschen auf sich selbst vermarktende Arbeitskraft. Emanzipative Forderungen, die sich gegen solche Verengungen richten, können jedoch durchaus an Entwicklungserfordernisse anknüpfen, die das Produktivkraftsystem selbst hervorbringt.

Allerdings – dies fordert einer sozialistischen Partei überzeugendere eigene substantielle Angebote beispielsweise für eine demokratische Bildungsreform, innere Hinwendung zu Intellektuellen, Technikern und Ingenieuren, das intensive Gespräch mit ihnen und kritische Auseinandersetzung mit modernen Managementmethoden zur einseitigen Integration schöpferischer Potentiale in die Kapitalverwertung ab.

Zweitens: Moderne Produktivkraftentwicklung ermöglicht, mit weniger Arbeitsaufwand mehr Güter und Leistungen hervorzubringen. Das erlaubt »an sich« einem wachsenden Teil der Bevölkerung, Aufgaben zu übernehmen, die die Horizonte des Kapitals überschreiten, weil sie sich betriebswirtschaftlich in der Regel »nicht rechnen«, für die Gesellschaft allerdings erheblichen sozialen Fortschritt bedeuten – für Gesundheit, Pflege, Bildung, Kultur und selbstbestimmtes Leben. Eine solche Entwicklung wird aber besonders seit den 70er Jahren immer stärker durch Gegentendenzen über-

lagert. Ursachen dafür sind gesellschaftliche Verluste im Gefolge von Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung, als Reaktion auf die Verschuldung der öffentlichen Haushalte und eine rigorose Sparpolitik zu Lasten zukunftsfähiger und einnahmewirksamer Investitionen, der Horror marktradikalen Denkens vor öffentlicher und öffentlich geförderter Beschäftigung und generell die herrschende Politik der sozialen Deregulierung und Privatisierung.

Die aus der Produktivkraftentwicklung »an sich« erwachsenen Chancen können nur mit einer alternativen Politik ausgeschöpft werden, die begehbare Wege zur Umkehr dieser Prozesse weist. Die Konzepte der Linken dafür, die PDS eingeschlossen, reichen nicht aus.

Ein reproduktionstheoretischer Ansatz

Aus reproduktionstheoretischer Sicht spricht zweierlei für die Möglichkeit einer Stärkung der Soziallogik gegen die Kapitallogik. Stabile Gesellschaften bedürfen erstens der erweiterten Reproduktion allgemeiner Entwicklungsbedingungen über die bloße Reproduktion der Kapitalverhältnisse hinaus. Zweitens ergeben reproduktionstheoretische Überlegungen, daß auch eine beschleunigte Entwicklung nicht profitabler sozialer Bereiche mit marktwirtschaftlicher Regulierung der Produktion vereinbar ist – wenn auch nicht im Selbstlauf.

Regulationstheoretische Überlegungen stärken die Auffassung, daß stabile Gesellschaften der erweiterten Reproduktion allgemeiner Entwicklungsbedingungen über die bloße Reproduktion der Kapitalverhältnisse hinaus bedürfen. Vermehrte Bereitstellung von Bildung, Wissen, Gesundheit, Kultur, Energieversorgung, Mobilität, Kommunikation, sozialer Sicherheit und nicht zuletzt die Bewahrung der Natur bildet die *conditio sine qua non* der modernen bürgerlichen Gesellschaft und ist ein über lange Zeiträume hinweg unverkennbarer Trend. Die Reproduktion des gesellschaftlichen Ganzen gebietet kategorisch – letzten Endes sogar im Teilinteresse der Unternehmerklasse – die Beschränkung der den Einzelkapitalen in der Konkurrenz eigenen Maßlosigkeit ihrer Verwertung und die Entwicklung nicht profitabler Bereiche der Gesellschaft. Schon Marx verwies auf diesen Zusammenhang (Marx 1962, S. 279 ff.).

Die Kapitallogik selbst bedarf ihres eigenen Gegenpols, der Soziallogik. Reformalternativen können und müssen daran anknüpfen. Allerdings muß dies der Unternehmerseite und den bürgerlichen Parteien in harten Kämpfen abgetrotzt werden, denen schon die kleinsten sozialen Schritte als ruinös für die Wirtschaft im Standortwettbewerb gelten. Doch trotz der weitgehenden Anpassung der ganzen Gesellschaft an »die Wirtschaft« statt deren Einbettung in die Gesellschaft existieren Prozesse, die der Wirtschafts- und Profitdominanz einen anderen Eigensinn entgegensetzen.

Ein systemtheoretischer Ansatz

Moderne bürgerliche Gesellschaften sind ausdifferenzierte Gesellschaften. Gesellschaftliche Teilsysteme haben sich herausgebildet – Wirtschaft, Politik, Recht, Sozialsphäre, Kultur, Wissenschaft, Religion. Sie folgen jeweils eigenen inneren Maßstäben der Entwicklung. In der Wirtschaft geht es um Profit, um Kapitalverwertung oder Kapitalentwertung – aber Sozial-, Arbeits- und Umweltgesetzgebung sowie Mitbestimmung wirken auch in die Wirtschaft hinein.

In der Politik geht es um Machtgewinn oder Machtverlust – aber ohne soziale Zugeständnisse an die Bevölkerungsmehrheit ist keine Elite vor Machtverlusten sicher. Im Recht geht es um Setzung und Einhaltung gesellschaftlicher Normen und um Sanktionen im Falle ihrer Verletzung. Dies vollzieht sich beeinflusst von Kapitalmacht – aber Menschenrechte weisen über diese hinaus. In der Wissenschaft

geht es um Zugewinn an Erkenntnis, oft in Abhängigkeit von der Finanzierung wirtschaftlich lohnender und den gegenwärtigen Herrschaftsverhältnissen zuträglicher Projekte. Aber der Suche nach wissenschaftlicher Wahrheit sind auch herrschaftskritische Tendenzen eigen.

Zwar ist in bürgerlichen Gesellschaften der Profit der bestimmende Maßstab nicht allein in der Wirtschaft, sondern prägt trotz eigener Logiken der einzelnen gesellschaftlichen Teilsysteme hochgradig auch deren Entwicklung. Gleichwohl gilt, daß eine Logik sozialer Entwicklung wider die Kapitallogik Stützen in der relativen Eigenständigkeit der ausdifferenzierten einzelnen Teilsysteme und der in ihnen wirkenden spezifischen Interessen hat. Ein Blick auf die Entwicklung von Bildung, sozialen Sicherungssystemen, öffentlicher Daseinsvorsorge und Kultur macht dies deutlich.

Die Kunst alternativer Politik besteht unter anderem darin, die verbreitete Ablehnung einer weiteren Unterordnung von Kindergärten, Schulen und Universitäten, von Gesundheitseinrichtungen und der kulturellen Sphäre unter den »Terror der Ökonomie« (Viviane Forrester) aufzugreifen, um diese Chance für transformativische Entwicklungen zu nutzen. Dies kann an die lebensweltlichen Interessen der Menschen anknüpfen.

Meinungen zur Zukunft

Frage: »Wie stellen Sie sich unsere Gesellschaft in 10 Jahren vor?«

(Wahlberechtigte deutsche Bevölkerung, Angaben in %, gerundet)	Trifft zu
Ältere werden immer mehr Mühe haben, die Gesellschaft zu verstehen.	71
Die Gesellschaft wird kälter, egoistischer.	71
Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer.	70
Geld wird immer wichtiger, die Menschen werden immer materialistischer.	68
Nur die Starken werden sich durchsetzen.	54
Die Zukunft wird unsicherer werden.	50
Es wird mehr Wohlstand geben, wir werden uns mehr leisten können.	16
Die Politik wird bürgernäher.	7
Es wird mehr Solidarität, mehr Zusammenhalt geben.	6

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach. FAZ, 16. 08. 2000.

Individualisierung und lebensweltlicher Ansatz

Eines der Grundmerkmale bürgerlicher Gesellschaften ist der Prozeß der Individualisierung. Das eigene Leben mit selbstbestimmtem Sinn zu erfüllen, nach eigenem Maß zu leben, individuelle Freiheit für jede und jeden zu erstreben – das widerspricht der Logik des Kapitals und der Verwandlung aller Sphären des Lebens in Objekte der Kommerzialisierung. Hier hat eine Soziallogik ihre tiefsten Wur-

»Es gibt im Westen der Welt wohl kaum einen verbreiteteren Wunsch als den, ein eigenes Leben zu führen. Wer heute in Frankreich, Finnland, Polen, der Schweiz, in England, Deutschland, Ungarn, in den USA und Kanada herumreist und fragt, was die Menschen wirklich bewegt, wo für sie der Spaß aufhört, wenn man es ihnen nehmen will, dann wird er auf Geld, Arbeitsplatz, Macht, Liebe, Gott usw. stoßen, aber mehr und mehr auf die Verheißungen des eigenen Lebens. ... Mit nur leichter Übertreibung kann man sagen: Das alltägliche Ringen um das eigene Leben ist die Kollektiverfahrung der westlichen Welt geworden.«
(Ulrich Beck/Erdmann, Ulf Ziegler: Eigenes Leben, München 1997, S. 9)

zeln. Hier sind entscheidende Ansätze für eine Transformation zu einer gerechten Gesellschaft zu finden. Doch diese Ansätze bedürfen der Freisetzung durch entschiedene Erneuerung der Demokratie. Denn einerseits werden Individualisierungsprozesse im Vergleich zu vorkapitalistischen Gesellschaften zwar durch höhere Einkommen, bessere Bildung, größere Mobilität, Fortschritte in der Emanzipation von Frauen und mehr Akzeptanz unterschiedlicher sexueller Orientierungen gefördert. Andererseits ist aber sozial gleiche Teilhabe an demokratischen Entscheidungen, an existenzsichernder Arbeit, Bildung, Wissen, Kultur und sozialer Sicherheit selbst in den reichen Ländern der westlichen Welt für die Bevölkerungsmehrheit nur ein Traum. Die emanzipativen Seiten des historischen Individualisierungsprozesses werden von jener anderen Seite überlagert, die Vereinzelung, Isolierung, Rückzug in das Private und Einsatz der Ellenbogen gegeneinander bedeutet. Dieser Widerspruch in den Individualisierungsprozessen ist ein Nährboden für Forderungen nach einer Gerechtigkeit, die Freiheit, soziale Gleichheit und Solidarität einschließt. Individualisierung steht auf Kriegsfuß mit der Kapitallogik. Dies gilt, obwohl oder weil sie bisher überwiegend in eben diese Kapitallogik eingebunden ist.

In der Gesellschaft und in ihren Teilsystemen geht es immer darum, daß die Individuen so funktionieren sollen, wie das den Maßstäben der Märkte, dem Erhalt gegebener politischer Verhältnisse, dem kulturellen Mainstream usw. entspricht. Im Widerspruch dazu haben die Individualisierungsprozesse das Bedürfnis nach einem selbstbestimmten Leben gestärkt. Ein eigenes Leben bedeutet, daß die einzelnen ihre vielfältigen ganz persönlichen Beziehungen und ihre Einbindung in Arbeit, politische Prozesse, Kultur oder auch religiöses Leben zu einer jeweils einmaligen Lebenskonstruktion und Biographie kombinieren. Vom Standpunkt der kapitalistischen Wirtschaft mag die Ausweitung des Niedriglohnsektors und prekärer Beschäftigung funktionsgerecht für höchstmögliche Profite sein. Von einem emanzipativen, lebensweltlichen Standpunkt aus ist nach existenzsichernder, sinnvoller Arbeit für alle zu suchen, ist beispielsweise nach schrittweiser Einführung eines Bürgerrechts auf ein bedarfsorientiertes Grundeinkommen zu fragen, damit jede und jeder die Möglichkeit hat, zu unzumutbaren Arbeitsbedingungen Nein sagen zu können, ohne die eigene soziale Existenz aufs Spiel zu setzen. In der Lebenswelt – so sehr sie gegenwärtig nach einem Befund von Jürgen Habermas von der Systemwelt kolonialisert ist – ist Widerstand gegen die Logik der herrschenden Verhältnisse angelegt. Ein transformatorisches Projekt sozialen und ökologischen Wandels der Gesellschaft findet in den der Profitdominanz zuwiderlaufenden Seiten der Individualisierung und des lebensweltlichen Eigensinns wichtige Grundlagen.

Empirischer Ansatz: Analyse des öffentlichen Bewußtseins

Empirische Untersuchungen über Befindlichkeiten, Problemwahrnehmungen und Verhalten der Bevölkerung der Bundesrepublik deuten auf erhebliche Ambivalenzen im öffentlichen Bewußtsein hin. Sie enthalten starke Anknüpfungspunkte für ein transformatorisches Projekt, die jedoch wiederum durch Gegentendenzen blockiert sind.

Meinungen zur Gesellschaft

Antworten: Trifft zu ... : 1 + 2 Ganz genau + Überwiegend, 3 + 4 : Eher nicht + Überhaupt nicht	Ost		West	
	1 + 2	3 + 4	1 + 2	3 + 4
Dimension: »Gesellschaft«				
Ich glaube, die Gesellschaft muß sich in Zukunft grundlegend ändern.	77	6	72	10
Ich glaube, wenn alles so weitergeht wie bisher, steuern wir auf eine Katastrophe zu.	53	22	60	21
In der Gesellschaft regiert das Prinzip der Chancengleichheit, nicht das »Recht des Stärkeren«.	13	70	22	53
Dimension: »Möglichkeiten im politischen System«				
Es gibt doch eine Menge Möglichkeiten, sich politisch einzubringen und etwas zu verändern.	25	38	32	38
In der Gesellschaft etwas verändern zu wollen, ist sowieso zwecklos.	26	47	24	52
Dimension: »Persönliche Aktivität«				
Ich würde mich schon politisch engagieren, aber nur dort, wo ich weiß, daß es sich lohnt.	35	37	45	31
Entsprechend meinen Möglichkeiten bin ich politisch aktiv.	14	64	14	67
Ich lebe mein Leben, alles andere ist mir egal	6	77	11	75

Große Teile der Bevölkerung in der Bundesrepublik wünschen sich die Gesellschaft anders als sie ist – gerechter, demokratischer, sozialer und sicherer. Doch sie empfinden die Gesellschaft in der Bundesrepublik auch als eine solche, in der sie ihr Leben gut einrichten können. Eine Bevölkerungsmehrheit nimmt schwerwiegende gesellschaftliche Defizite wahr, fühlt sich jedoch zugleich stark in die gegenwärtigen Verhältnisse integriert. Die meisten wünschen sich eine bessere Gesellschaft, glauben aber, daß sich kaum etwas am gegenwärtigen Lauf der Dinge ändern läßt. Die neoliberale geistige Hegemonie ist ungebrochen. Allerdings geben 26 Prozent der in einer repräsentativen Untersuchung Befragten an, daß sie sich für Veränderungen engagieren würden, wenn sie Aussichten auf Erfolg erkennen könnten (Chrapa/Wittich 2001).

Eine sozialistische Transformationsstrategie könnte den Befindlichkeiten der Bevölkerungsmehrheit dadurch entsprechen, daß sie auf prozeßhaften Wandel einer Folge von Teilschritten gerichtet wird. Dies können nur solche Schritte sein, die von der Aktivität vieler getragen und selbst bestimmt werden und die deren durchaus weitreichende Wünsche dadurch aufnehmen, daß das Machbare in der Gegenwart mit der Vision einer sozialökologischen Entwicklung zu einer gerechten, emanzipativ verfaßten Gesellschaft verknüpft wird. Der empirisch nachweisbare Aufstieg von Gerechtigkeit im Wertegefüge, das dem Empfinden von Mehrheiten zugrunde liegt, könnte vorsichtig als im kulturellen Wandel enthaltene Chance für transformatorische Entwicklungen gedeutet werden.

Zugleich erwarten 71 Prozent aller Deutschen, daß die Gesellschaft kälter und egoistischer wird. Nur 6 Prozent rechnen auf mehr Solidarität und Zusammenhalt. Besonders für die einfachen Leute werde sich die Lage verschlechtern, nehmen 71 Prozent der Westdeutschen und 85 Prozent der Ostdeutschen an.

Eigentumstheoretischer Ansatz

Allen Hoffnungen auf progressiven Wandel, die hier mit unterschiedlichen Ansätzen begründet werden, stehen die dominierenden Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse entgegen. Die internationale Fusionswelle, die Privatisierung von öffentlichen Unternehmen und das Vordringen des Kapitaleigentums in immer neue Sphären der Gesellschaft – beispielsweise als Kapitaleigentum an Grundbausteinen pflanzlichen, tierischen und menschlichen Lebens durch Genpatentierung – scheinen alle Überlegungen zu antikapitalistischen transformatorischen Prozessen in das Reich der Illusionen zu verweisen.

Jedoch die in der Theorietradition des orthodoxen Sozialismus und Kommunismus angenommenen festen Konturen des Kapitaleigentums – Eigentümer oder Nichteigentümer und kein Übergang dazwischen –, die jede transformatorische Bewegung in bürgerlichen Gesellschaften ausschließen würden, unterliegen Wandlungsprozessen, die auf Chancen für die Zurückdrängung des Kapitaleigentums und für die Überwindung seiner Vorherrschaft hindeuten. Dieser Wandlungsprozeß ist keineswegs das Bestimmende in der gegenwärtigen Entwicklung. Das Bestimmende ist die wachsende Kapitalmacht und die Unterwerfung der Gesellschaft unter deren Imperative.

Aber unübersehbar geht mit der Reproduktion des Kapitaleigentums eine reale, bisher stets sehr viel schwächere Gegentendenz zur Einschränkung der Verfügungsgewalt der Kapitaleigentümer über ihr Eigentum einher. Die gewerkschaftlichen Kämpfe und die anderer Bewegungen, die auf dem Wege der Sozialgesetzgebung die Unternehmen nötigen, einen Teil ihrer Profite in Beiträge für soziale Sicherungssysteme zu verwandeln, sind Ausdruck dessen. Die Besteuerung der Unternehmergewinne – so ungerecht sie auch im Vergleich zur Steuerbelastung der Lohneinkommen ist – bedeutet Eingriff in die Verfügungsgewalt über das Eigentum. Gebote und Verbote sowie marktkonforme Instrumente der Umweltpolitik wirken ebenfalls auf die Verfügung über Kapitaleigentum ein. Die Entwicklung eines Dritten (Non-Profit-)Sektors deutet auf die Alternative einer pluralen Eigentumsstruktur hin, in der entgegen dem vorherrschenden Privatisierungstrend öffentlich gefördertes Eigentum autonomer Wirtschaftsakteure im Dritten Sektor, genossenschaftliches und kommunales Eigentum, Eigentum von Ländern und Bund und öffentlich-rechtliches Eigentum überall dort an Gewicht gewinnen könnten, wo privates Kapitaleigentum über die Forderung im Grundgesetz nach Gemeinwohlpflichtigkeit des Eigentums nicht entspricht.

Der Grundgedanke einer alternativen Eigentumspolitik besteht in einer so weitreichenden Erneuerung der Demokratie, daß *jegliche* Form von Eigentum dem Gemeinwohl unterworfen wird. Der ökonomische Kern einer solchen Alternative ist die Zurückdrängung und Überwindung der Profitdominanz zugunsten emanzipativer, sozialer und ökologischer Maßstäbe in demokratischen Entscheidungsprozessen (siehe Näheres: Klein 2002, S. 113-142). Deshalb heißt es im Entwurf für ein neues Parteiprogramm der PDS: »In den Profit- und Herrschaftsinteressen der international mächtigsten Teile des Kapitals ... sehen wir die Ursachen für die Gefährdung der

Nach Schätzungen der Prognos AG von 1998 haben in der Bundesrepublik 2,3 Millionen Menschen in Organisationen ohne Erwerbscharakter einen bezahlten Arbeitsplatz. In den sozialen Diensten sind von den dort Beschäftigten 22,1 Prozent und von den im Gesundheitsdienst Beschäftigten 48,6 Prozent im Dritten Sektor tätig.

Erneuerung der Demokratie, wachsender Einfluß unterschiedlicher Gegenmächte auf wesentliche gesellschaftliche Entscheidungen über die Richtungen der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft und über einzelne Schritte zu sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit würden dazu führen, daß das Eigentum selbst sich in dem Maße wandelt, in dem es gelingt, es übergreifenden Gemeinwohlinteressen an mehr Gerechtigkeit, Sicherheit und sozial-ökologischem Wandel zu verpflichten.

menschlichen Zivilisation und Kultur, für Gewalt und Krieg, soziales Elend und die Krise der globalen Ökosphäre. Wir wollen, dass diese Herrschaftsstrukturen zurückgedrängt und überwunden werden.« Deshalb »lehnen wir die Vorherrschaft kapitalistischer Eigentumsverhältnisse ab ...«. Und: »Eigentumsfragen sind Fragen der Macht und des Kräfteverhältnisses in der Gesellschaft. Progressiver Wandel der Eigentumsverhältnisse muß durch Gegenmächte bewirkt werden.«

Akteursorientierter Ansatz

Dieser Gedanke der Stärkung von Gegenmächten mündet in die für transformatorische Prozesse entscheidende Aussage: *Es gibt nur eine einzige Chance, jegliche Form des Eigentums dem Grundgesetz entsprechend auf das Gemeinwohl zu verpflichten. Es gibt nur einen einzigen Weg, die Unterwerfung der Soziallogik unter die Kapitallogik zu beenden und das Verhältnis zwischen beiden Entwicklungslogiken umzukehren. Das ist eine Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse.* Das ist die Selbstermutigung vieler Bürgerinnen und Bürger, ihrer Initiativen und sozialen Bewegungen, der Gewerkschaften und anderer Organisationen, kurz, von Gegenmächten unterschiedlicher Art und von Parteien, die mit ihnen solidarisch sind, zum Begehen neuer Wege. Das ist die Vernetzung alternativer Akteure zu Allianzen für mehr Demokratie, Gerechtigkeit, Freiheit, Frieden und Solidarität.

Für die künftige programmatische Arbeit ist es eine ernstzunehmende Aufgabe, sie stärker mit den praktischen Erfahrungen dieser unterschiedlichsten gesellschaftlichen Kräfte zu verbinden.

Ein Fazit

Die Aussage der hier vorgelegten Überlegungen ist, daß die moderne bürgerliche Gesellschaft der Bundesrepublik selbst Tendenzen, Möglichkeiten und Ansatzpunkte für einen emanzipativen Transformationsprozeß birgt. Die Schlußfolgerung aus diesem Befund ist, daß es darum geht, diese Tendenzen gegen alle konservativen Herrschaftsverhältnisse, gegen Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung der Wirtschaft voll zur Geltung zu bringen. Doch dazu bedarf es eines Stückes Vision, um den vorherrschenden Glauben abzuschütteln, daß der Weg in die Zukunft mit der Anerkennung der gegebenen Macht- und Reichtumsverteilung, mit Verlusten und Ängsten großer Teile der Bevölkerung gepflastert sein muß. Der Gebrauchswert der PDS – wenn sie denn den demokratischen Sozialismus konsequent als transformatorisches Projekt begreift und in Politik umsetzt – ist, *praktische Reformpolitik mit der Perspektive einer anderen gerechten Gesellschaft in Frieden mit anderen Völkern und mit der Umwelt zu verbinden.*

Der Widerstreit zwischen Kapitallogik und Soziallogik, zwischen herrschenden Eliten und Gegenmächten führt zu einer zentralen Frage: Wodurch kann erreicht werden, daß die Zivilisations- und Evolutionspotentiale bürgerlicher Gesellschaften und die Tendenzen, die hier mit dem Begriff der Soziallogik bezeichnet wurden, nicht der Kapitalverwertung und der Befestigung der gegebenen Herrschaftsverhältnisse einverleibt bleiben, sondern in demokratischen Alternativen aufgehoben, das heißt bewahrt und zugleich auf neue Weise entfaltet werden? – Die Antwort ist, daß dies nur in den gesellschaftlichen Kämpfen um eine andere bessere Gesellschaft möglich ist. Von deren Ausgang hängt die Entscheidung über künftige Entwicklungspfade ab.

Chrapa, Michael/Wittich, Dietmar (2001): Zwischen den Wahlen, Berlin/Halle.

Engels, Friedrich (1963): Einleitung zu Marx' »Klassenkämpfe in Frankreich«, in: MEW Bd. 22, Berlin.

Klein, Dieter (2002): Demokratischer Sozialismus als transformatorisches Projekt, in: Brie, Michael/Chrapa, Michael/Klein, Dieter: Sozialismus als Tagesaufgabe. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 36.

Marx, Karl (1962): Das Kapital. Band I, in: MEW Bd. 23, Berlin.

Marx, Karl/Engels, Friedrich (1957): Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW Bd. 4, Berlin.

KLAUS HÖPCKE

Die moralische Lücke

Die Lücke fällt schon äußerlich auf. Wenn eine Überschrift drei Hauptworte enthält, nimmt man an: Zu denen soll einiges gesagt werden. Kommt im Text dann eines von den dreien nur spärlich vor, läßt sich argwöhnen: Hier stimmt etwas nicht! Und Ergründungserpichte fragen sich: Warum? – So kann es kritischen Leserinnen und Lesern ergehen, wenn sie bei der Lektüre des Entwurfs für ein neues PDS-Programm den ersten Abschnitt ins Auge fassen. In dessen Überschrift stehen drei Worte, mit denen sich das Verhältnis der Partei und ihrer Mitglieder zum Sozialismus kennzeichnen läßt: *Ziel, Weg, Werte*. In der Untergliederung des Abschnitts aber finden sich nur Ziel und Weg wieder. Es fehlen die *Werte*.¹

Haben wir es hier mit redaktioneller Unachtsamkeit zu tun? Oder offenbaren die sich sonst gern in Ausführlichkeit ergehenden Verfasser hier mal »Mut zur Lücke«? Eher würde ich auf Furcht vor Tücke tippen. Denn daß in einem Versuch, Anhaltspunkte moralischen Verhaltens in einem politischen Programmtext für eine Partei festschreiben zu wollen, einige Tücken lauern, das ist wohl wahr. Die Tücke zum Beispiel, bei einem ahistorischen abstrakten »Verhaltens-Vorschriften-Katalog« zu landen.

Angesichts der Erfahrungen der SPD mit ihrem *Godesberger Programm*, in welchem Grundwerte als eine Art Ziele-Ersatz figurieren, könnten manche annehmen, es wäre ratsam, diese Problematik tunlichst zu meiden. In den »Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden« aus dem Berliner Institut für Kritische Theorie (herausgegeben von Wolfgang Fritz Haug und Frigga Haug) wird denn auch erwogen, lieber über Fernziele und Leitbilder als über Werte zu philosophieren.² Und Uwe-Jens Heuers Rezension des Buches wurde von der *junge-Welt*-Redaktion so getitelt: »Keine Gefechte im Werthimmel«.³

Ethische Werte und politisches Handeln

Wir bräuchten, meine ich hingegen, der Gefahr des Entschwebens in himmlische Gefilde nicht zu erliegen und könnten dennoch programmatisch »auf den Punkt« bringen, wie wir die Wechselbeziehungen zwischen ethischen Werten und politischem Handeln sehen. Im Alltagsleben stehen jede und jeder von uns doch ohnehin ständig und immer wieder vor Entscheidungen in diesem Spannungsfeld, die eigenes Tun und Lassen wesentlich beeinflussen.

Selbstverständlich wissen wir wie andere Bürger auch: Politik und Moral sind nicht ein und dasselbe. Aber geht es an, deswegen politi-

Klaus Höpcke – Jg. 1933; Journalist. 1962/63 FDJ-Bezirkssekretär in Leipzig, 1964-1972 ND-Redakteur, 1973-1989 stellv. Kulturminister der DDR, 1989: Mitglied des Arbeitsausschusses zur Vorbereitung des Außerordentlichen Parteitags der SED/PDS, Wahl zum Mitglied von Vorstand und Präsidium der PDS, 1990 Abgeordneter der Volkskammer, 1990-1999 im Thüringer Landtag. Veröffentlichungen: *Probe für das Leben. Literatur in einem Leseland* (Halle 1982), *Chancen der Literatur. Werte des Lebens und unsere Bücher* (Halle 1986), *Geordnete Verhältnisse? Streitbares aus dem Thüringer Landtag* (Schkeuditz 1996), *Gegensteuern! Zur Politikwechsel-Debatte* (1998), *Meinung verpflichtet. Streitfelder: Goethes Nachlaß/Rosa – unsere Vertraute? Krieg 1998, Krieg 1999. Im Rückblick: Glanz und*

sche Handlungen, die moralischem Verhalten zuwiderlaufen, mit einem gewissen Verständnis hinzunehmen, ja im Einzelfall gar selber zu begehen? Hans-Peter Schwintowski, Rechtsprofessor an der Berliner Humboldt-Universität, meint, die Anteilszeichner der Fonds der Berliner Bankgesellschaft mit marktunüblichen Renditegarantien hätten prüfen müssen, ob diese überhaupt rechtmäßig waren. Er spricht sich dafür aus, daß Zeichner solcher Fonds veranlaßt werden, auf bestimmte Garantieleistungen zu verzichten. Carl Wechselberg, Mitglied des Berliner PDS-Landesvorstands und Haushaltsmitarbeiter der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus, erwidert auf solche Vorstellungen: »Wenn ich so Leuten gegenübertrete, die ein verbrieftes Recht haben, das sie gegebenenfalls vor Gericht durchsetzen können, ist das eine relativ hilflose, moralische Position.«⁴ Moralisch sein heißt »hilflos« sein, wird so nahegelegt. Also soll man's lassen, gegen »Selbstbereicherer« anzugehen, weil man damit ja eine verhältnismäßig hilflose Figur macht?⁵

Ein Ethik-Kapitel in einem Sozialisten-Programm wäre in solcher Sicht überflüssig. Die eingangs erwähnte Lücke zu beklagen, gäbe es keinen Grund. Wechselbergs Erwiderung auf Schwintowskis Vorschlag steht aber entgegen, daß Sozialisten und andere Demokraten weltweit zunehmend verstehen: Wirtschaft und Politik ohne Moral müssen verworfen werden. Weil darin eine der Grundbedingungen dafür besteht, daß in Ländern wie den USA und Deutschland, sogar auch Rußland korruptionsärmere Verhältnisse wiederhergestellt werden können – zunächst einmal als einer der ersten Schritte – und in der internationalen Arena gerechtere Weltwirtschaftsbeziehungen herbeigeführt werden. Anders ist das Überleben der Menschheit nicht mehr zu ermöglichen und zu sichern.

Selbst einige Vertreter der Bankokratie äußern neuerdings moralisierende Appelle an die Adresse von Herren des eigenen Systems. Mit heuchlerischem Geschwätz gespickt und bemüht, von den strukturellen Ursachen der Gebrechen dieses Systems abzulenken, weswegen die Herrschaften für ihre moralinsauren Tiraden auch Hohn und Spott verdienen. Und das nicht zu knapp. Darüber wollen wir aber nicht vergessen, daß sie immerhin – aus Furcht, die unersättliche ungezügelte Gier der wildesten Kapital-Raffer raffte sie allesamt selber in den Abgrund – ein paar Warnschilder aufstellen und mit juristischen Maßnahmen in Gestalt neuer Strafen und verschärfter Auslegung gesetzlich schon vorhandener Straftatbestände drohen: So hat der nordamerikanische Präsident George W. Bush vor dem Hintergrund sinkender Aktienkurse und der Buchhaltungsskandale von Pleitekonzernen wie Enron und WorldCom in seiner Rede über »Corporate responsibility« (unternehmerische Verantwortung) im Juli 2002 in der Nähe der Wall Street vor 1 000 Wirtschaftsbossen, Bankern und Politikern angekündigt, die Höchststrafe für Manager, die bewußt Falschinformationen weitergeben, solle auf zehn Jahre verdoppelt werden.⁶ Und der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Wolfgang Clement wandte sich gegen »Einkommens- und Abfindungsexzesse« von Managern und forderte, für Unternehmensvorstände und Aufsichtsräte ein besonderes Haftungsrecht zu entwickeln, das über den bisherigen zivil- und strafrechtlichen Rahmen hinausgehe: »Unternehmensleitungen sollen persönlich einste-

Elend von DDR-Kultur (2000). In UTOPIE kreativ zuletzt: »Wie freiwillig wurde, war und bin ich Antifaschist? Was hat meine Gesinnung mit Verordnungen zu tun?« (Heft 55, Mai 1995)

1 Siehe: Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus – Entwurf – in: Pressedienst der PDS, Nr. 17 vom 27. April 2001, S. 1 und S. 2-6.

2 *Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden*, herausgegeben von Wolfgang Fritz Haug und Frigga Haug unter Mitwirkung von Erhard Crome, Frank Deppe, Jutta Held, Wolfgang Küttler, Susanne Lettow, Peter von Oertzen, Lothar Peter, Jan Rechmann, Thomas Sablowski, Christoph Spehr, Jochen Steinhilber, Christoph Türcke und Frieder Otto Wolf, Berliner Institut für kritische Theorie, Berlin 2002, S. 48 ff.

3 Vgl. *junge Welt*, 24. Juli 2002, S. 10/11.

4 Im Interview mit *junge Welt*, 20./21. Juli 2002, S. 3.

5 Vgl dazu die Ausführungen im letzten Teil des Essays von Ulrich Busch, S. 12 ff.

6 Laut Bericht von Max Böhnell, New York, in: *Neues Deutschland*, 11. Juli 2002, S. 2.

7 Laut dpa im Interview mit der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* am 18. Juli 2002.

8 Programm..., a. a. O., S. 3.

9 Ebenda, S. 4.

10 Laut Pressemeldungen hatte Evelyn Kenzler, MdB, rechtspolitische Sprecherin der PDS-Fraktion im Bundestag, etwas in diesem Sinne geäußert, was mich irritierte. Umso froher war ich darüber, daß bei einem Forum in Chemnitz am 5. September 2002, bei dem unter dem Motto »Sozialisten dreier Generationen« Evelyn Kenzler, Florian Havemann und ich miteinander diskutierten, Evelyn Kenzler Positionen bezog, die denen kapitalismuskritischer Professoren wie Elmar Altvater, Peter Grottian und Uwe Wesel und ihren außerparlamentarischen Protestaktionen gegen die skandalösen »Selbstbereicherer« auf Kosten der Allgemeinheit sowie ihren konstruktiven Vorschlägen zur Behebung des Schadens deutlich näher waren als etwa der Abwiegelerhetik des zitierten Mitarbeiters der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus. Auch die Tatsache, daß sich unter den Teilnehmern des »Grünwaldspaziergangs«, der an den Villen »unserer ehrenwerten Politiker und Banker« vorbeiführte, einige Berliner PDS-Mitglieder befanden, war ein Zeichen dafür, daß die Forderung auf Neuverhandlung der in meinen Augen »sittenwidrigen« Fonds innerhalb der PDS nicht als »erledigt« betrachtet werden kann.

hen und haften müssen für ihre Entscheidungen, wenn sie schwere Fehler begangen und etwa grob fahrlässig gehandelt haben.«⁷ – Und da sollen wir klein begeben, nach dem Motto »Moral ist hilflos«, weil einige im Rahmen des Berliner Banken-Skandals sich rechtlich »abgesichert« haben beziehungsweise zu haben wähnen, was sich bei genauerem Hinsehen möglicherweise als quasi- beziehungsweise pseudorechtliche Täuschung entpuppen kann?!

Im vorliegenden Programmänderungsentwurf von Dieter Klein, André und Michael Brie halte ich die Aussage für richtig, daß wir unser Verständnis sozialistischer Werte in dem Kampf entwickeln, der in der Weltgeschichte seit Jahrhunderten geführt – sowie heute und künftig zu führen sein – wird: für oder gegen die Veränderung der Eigentums- und Machtverhältnisse.⁸ Das ist ein Kampf darum, wer den gesellschaftlichen Reichtum aneignen und wer über ihn verfügen darf. Zu begrüßen sind auch Werte-Bekennnis-Sätze wie dieser: »Für uns ist Freiheit nicht als egoistisches Haben, sondern als solidarische Tun zu erreichen.«⁹ Wer sich daran hält und sich dafür ausspricht, daß alle sich daran halten, dem sollte nicht vorgeworfen werden – wenigstens in der PDS nicht! –, er betreibe »moralischen Rigorismus«.¹⁰ »Pecunia non olet« (Geld stinkt nicht)¹¹ kann unser Wahlspruch weder sein noch werden. Das gehört zur Eigenart des »Ankommens« von Menschen mit sozialistischen Überzeugungen in einer kapitalistischen Gesellschaft. Nicht auf An- und Einpassung läuft ihr Umgang mit den bestimmenden Kräften des Systems, in das sie geraten sind, hinaus. So würde »Ankommen« zur Selbstaufgabe verkommen. Moral von Sozialistinnen und Sozialisten, die sich in solidarischem Tun offenbart, widersetzt sich zugleich einem egoistischen Habenwollen, das sich nicht scheut, aus stinkenden Quellen zu schlürfen.

Eine in schwierigen Debatten erarbeitete Grundauffassung der Partei des Demokratischen Sozialismus, die Ziel, Weg und Werte gleichermaßen betrifft und von der ich meine, wir sollten sie im künftigen Programm noch entschiedener bekräftigen als im jetzigen Entwurf, ist der Denk-Ansatz und Handlungs-Vorsatz, immer und in jedem Fall beim Auftreten von Konflikten für den Einsatz von politischen, friedlichen Verhandlungsmitteln für deren Lösung einzutreten. Wir waren, sind und bleiben Gegner der Militarisierung der internationalen Angelegenheiten und der Außenpolitik. Unser antimilitaristischer Kurs, dem wir treu bleiben, bewährt sich in der Ablehnung von Gewalt beim Austragen gesellschaftlicher Konflikte im Innern der Länder, Völker und Staaten sowie in den Beziehungen zwischen ihnen. Wie den Terror lehnen wir den sogenannten »Krieg gegen den Terror« ab, weil dieser von reaktionär-aggressiven Kreisen für die Ausweitung von USA-Weltherrschaft gebraucht beziehungsweise mißbraucht wird. Unsere gegen jegliche Aggressionen – einschließlich der »militärisches Eingreifen« genannten – gerichtete Haltung bedeutet, verantwortungsbewußt zu handeln für die Herstellung und Bewahrung von Frieden auf der Erde.

Politisches Handeln durch Reden über ethische Werte ersetzen zu wollen, ist falsch. Für genau so falsch halte ich die Auffassung, Politik könne oder solle »wertfrei« beziehungsweise »ideologiefrei« sein. Ich behaupte: Wer »Gefechte im Wertehimmel« scheut, kann

irdische Kämpfe nicht gewinnen. Oder ist etwa vorstellbar, Frieden auf Erden zu erreichen, wenn im Prinzipienstreit Zugeständnisse an die Wahnidee gemacht werden, eine »Enttabuisierung des Militärischen« sei zeitgemäß, militärische Gewalt einzusetzen sei eine wieder erlaubte »Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln«? Ist in der Praxis sozialen Daseins Gerechtigkeit herbeiführbar ohne entschiedene geistige Auseinandersetzung um den Anspruch aller Menschen und Völker auf die Gleichheit ihrer Rechte und Lebensbedingungen? Ließen sich Wahlen und andere demokratische Beratungs-, Entscheidungs- und Leitungsprozesse allgemein durchsetzen, wenn ihnen entgegengesetzte Verhältnisse und Verfahren nicht verworfen werden: autokratische oder bankokratische Herrschaft, die Macht ausübung als monarchische, stalinistische oder marktradikale kapitaldominierte Diktatur samt ihren ideologischen »Begründungen«? Also: Neben und in Verbindung mit den Interessen der Menschen haben sehr wohl auch ihre Ideen, Werte, Wertungen Einfluß aufs politische Denken und Handeln. Das zu berücksichtigen, bedeutet nicht, etwa erneut einer Überideologisierung von Politik das Wort zu reden.

Vor zwei Jahren hatte Peter Porsch ein Papier unter dem Titel »PDS 2000 – Worauf es ankommt!« veröffentlicht. Bei der Werbung für diesen Text, der auch als »Manifest« bezeichnet worden war, hieß es, es handle sich um das Konzept eines »ideologiefreien Sozialismus«. Wenn es tatsächlich so wäre, hätten wir es mit einem jener Versuche zu tun, Politik von Ideologie loszutrennen, auf deren Untauglichkeit ich eben hingewiesen habe. Wie sich im PDS-Pressedienst nachlesen ließ¹², hatte Porsch aber so etwas wie »ideologiefreier Sozialismus« selber nicht geschrieben. Er setzte sich vielmehr dafür ein, Lösungen zu entwickeln, die sich an den Prinzipien soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Solidarität orientieren. Dazu sei programmatische Klarheit nötig, wohingegen weltanschauliche und ideologische Enge dabei mit Gewißheit nicht hilfreich sein werde. Freunde logischen Denkens konnten mir zustimmen, als ich folgerte: Enge nicht, Weite – ja. Und eine Frage im Umkehrschluß: Wie hilfreich oder hilflos wird ursprünglich vielleicht ganz schön weit ausgelegtes Wertebewußtsein, wenn es in den strangulierenden Griff von enger Politik gerät beziehungsweise genommen wird?

Wir sollten uns für den Hinweis ganz wach halten, daß wir bei Marx und Engels bewußt dort anknüpfen, wo sie ihre Theorie in der Tradition der Aufklärung als Ideologiekritik entwickelt haben – im Sinne von Kritik an Ideologie als Ausdruck falschen Bewußtseins: »Wenn in der ganzen Ideologie die Menschen und ihre Verhältnisse wie in einer Camera obscura auf den Kopf gestellt erscheinen, so geht dies Phänomen ebenso sehr aus ihrem historischen Lebensprozeß hervor, wie die Umdrehung der Gegenstände auf der Netzhaut aus ihrem unmittelbar physischen.« Ganz im Gegensatz zur deutschen Philosophie, welche vom Himmel auf die Erde herabsteige, werde hier – bei ihnen –, schrieben Marx und Engels 1845/46 in der *Deutschen Ideologie*, von der Erde zum Himmel gestiegen. Und weiter: »D. h. es wird nicht ausgegangen von dem, was die Menschen sagen, sich einbilden, sich vorstellen, auch nicht von den gesagten, gedachten, eingebildeten, vorgestellten Menschen, um davon

11 »Pecunia non olet« (Geld stinkt nicht): Um den unter seinem Vorgänger Nero verwahten Staatshaushalt zu sanieren, führte der römische Kaiser Vespasian (reg. 69 bis 79) unter anderem die Besteuerung der öffentlichen Bedürfnisanstalten ein. Sein Sohn Titus kritisierte ihn deswegen. Daraufhin soll Vespasian seinem Sohn aus der ersten Erhebung von Steuern für besagte Einrichtungen ein Goldstück unter die Nase gehalten haben. »Riecht es übel?« Titus verneinte. Darauf der Vater: »Es stinkt nicht. Und doch ist es von Urin!« Die non-olet-Redensart wird seither auf Gewinne angewendet, deren zweifelhafte Quellen üblen Geruch erzeugen müßten, deren Eintreiber aber versichern, nichts gebe es da, das etwa stinke. (Vgl. *Geflügelte Worte*, herausgegeben von Kurt Böttcher, Leipzig 1981, S. 83.)

12 PDS-Pressedienst Nr. 20 vom 19. Mai 2000, S. 10.

13 Karl Marx, Friedrich Engels: *Die deutsche Ideologie*, in: MEW Band 3, S. 26 f; auch in: *Ausgewählte Werke in sechs Bänden*, Berlin 1970, Band I, S. 212 f.

14 Karl Marx und Friedrich Engels: *Ausgewählte Briefe*, Berlin 1953, S. 550 f; auch in: *Ausgewählte Werke in sechs Bänden*, Berlin 1970, Band VI, S. 597 f.

15 A. a. O., Anmerkung 10, S. 160 und 204; hier sowie in Büchmanns *Geflügelte Worte* findet sich auch die scharfe Kritik, die Blaise Pascal 1656/57 an Busenbaums Schrift geübt hat, aufs Deutlichste zugespitzt in dem Satz: »Wir verbessern das verwerfliche Mittel (in anderer Übersetzung: die Lasterhaftigkeit des Mittels) durch die Reinheit des Zwecks«. Eine über die Mittel-Rechtfertigung unter dem Gesichtspunkt von Ziel und Zweck noch hinausgehende, den Erfolg (!) zum Grunde für die Billigung einer Aktion erhebende Aussage wird aus Niccolo Machiavellis 1512 geschriebener Arbeit über Titus Livius wiedergegeben. Mit Bezug auf den Brudermörder Romulus heißt es da: »Wenn ihn auch die Tat anklagt, so muß ihn der Erfolg doch entschuldigen.«

aus bei den leibhaftigen Menschen anzukommen; es wird von den wirklich tätigen Menschen ausgegangen und aus ihrem wirklichen Lebensprozeß auch die Entwicklung der ideologischen Reflexe und Echos dieses Lebensprozesses dargestellt ... Die Moral, Religion, Metaphysik und sonstige Ideologie und die ihnen entsprechenden Bewußtseinsformen behalten hiermit nicht länger den Schein der Selbständigkeit.«¹³

Solche Erkenntnisse aus einer der grundlegenden Frühschriften sind heutzutage »zusammenzulesen« mit den Einsichten, die Engels in den berühmten Altersbriefen der neunziger Jahre festgehalten hat. Im Brief an Franz Mehring vom 14. Juli 1893 wendet er sich gegen die »blödsinnige Vorstellung der Ideologen: weil wir den verschiedenen ideologischen Sphären, die in der Geschichte eine Rolle spielen, eine selbständige historische Entwicklung absprechen, sprächen wir ihnen auch jede *historische* Wirksamkeit ab« und fügt hinzu: »Es liegt hier die ordinäre undialektische Vorstellung von Ursache und Wirkung als starr einander entgegengesetzten Polen zugrunde, die absolute Vergessung der Wechselwirkung. Daß ein historisches Moment, sobald es einmal durch andre, schließlich ökonomische Ursachen, in die Welt gesetzt, nun auch reagiert, auf seine Umgebung und selbst seine eignen Ursachen zurückwirken kann, vergessen die Herren oft fast absichtlich.«¹⁴

Wir – nehme ich an – wollen weder absichtlich noch unabsichtlich der undialektischen »Vergessung der Wechselwirkung« erliegen. Davon ausgehend, könnte einiges Weitere zum Verhältnis von ethischen Werten und politischem Handeln diskutiert werden.

Heiligt guter Zweck schlechte Mittel?

Mit besonderem Nachdruck sollten wir uns zum Beispiel gegen die Behauptung wenden, der Zweck heilige die Mittel. Auf diese Sentenz klerikaler Kreise aus dem Mittelalter – genauer: des im Schoße der katholischen Kirche 1534 gebildeten und 1540 päpstlicherseits bestätigten Jesuitenordens – haben sich während des 20. Jahrhunderts verschiedentlich auch Politiker mit sozialistischem Anspruch zur Rechtfertigung fragwürdigen Handelns berufen. Sie wandelten ab, was der Jesuitenpater Hermann Busenbaum in seinem seit 1650 in mehreren hundert Auflagen erschienenen Buch *Kern der Moraltheologie* geschrieben hatte: »Cum finis est licitus, etiam media sunt licita« (Wenn der Zweck erlaubt ist, sind auch die Mittel erlaubt). Der zur Rechtfertigung von Zielen und Zwecken ersonnene Wahlspruch »Omnia ad maiorem Dei gloriam« (Alles zur größeren Ehre Gottes)¹⁵ wurde ebenfalls leicht abgewandelt: Zum Wohle des Volkes/zum Ruhme der Partei. Wir sollten es entschieden ablehnen, Politik zu machen, zu deren Begründung solche Sätze herangezogen werden. Ohne uns beirren zu lassen, wollen wir verinnerlichen: Gute Zwecke brauchen gute Mittel. Kein guter Zweck heiligt un gute Mittel. Zwecke, für die verwerfliche Mittel eingesetzt werden, können auf Dauer nicht achtenswert sein. Wer sich niedriger Mittel bedient, beeinträchtigt und beschädigt den möglicherweise vom Ansatz her hochherzig gedachten und gewesenen Zweck seines Handelns, ja letzten Endes zerstört er ihn. Humane Zwecke sind nicht mit inhumanen Mitteln und Methoden erreichbar. Wie auf dem Magdeburger

Parteitag im Januar 1996 und auf der Strategiekonferenz der PDS im November 1996 erläutert, bleiben wir fest in der durch die Lektionen der Geschichte erworbenen Überzeugung, »daß die Wege und Formen immer auch das Ziel bestimmen, daß Menschlichkeit nicht auf menschenverachtende Weise erkämpft werden kann«¹⁶. Entsprechend dieser Auffassung zu leben und zu wirken, bedeutet zum Beispiel, sich von der einst gepflegten Ansicht voll und ganz zu verabschieden, es mache Sinn, die Leute zu dem von ihnen – wie unterstellt wurde – nur noch nicht so ganz erkannten Glück nötigenfalls zu zwingen. Die Geringschätzung, ja Verachtung parlamentarisch-demokratischer Wahlverfahren hatte darin eine ihrer Ursachen. Wir handeln demgegenüber nach dem Politik-Grundsatz: Entweder es geht demokratisch – oder es geht nicht. Und im Bewußtsein, daß parlamentarische Mehrheiten, zum Beispiel relative, nicht einfach mit Bevölkerungsmehrheiten gleichzusetzen sind, halten wir es für wichtig, klar auszusprechen, daß die PDS nicht daran denkt, sich an irgendeinem Vorhaben zu beteiligen, das darauf hinausliefere, die Mehrheit des Volkes den Vorstellungen einer Minderheit zu unterwerfen.

Eine weitere diskussionswürdige Ethik-Frage: Bemühen wir uns in unserem gesellschaftspolitischen Agieren wie in unserer persönlichen Lebensführung schon genügend um die Einheit von Wort und Tat? Sind Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit/Solidarität für uns sowohl politische Zielangaben unserer Bewegung als auch individuelle Lebensmaxime? Befürworten wir Meinungsvielfalt, Pluralismus nicht nur dann, wenn es gilt, Ansichten, die von einer Minderheit vertreten werden, zu der wir gehören, stärker zu verbreiten und durchzusetzen, sondern auch dann, wenn unsere Ansichten von einer Mehrheit geteilt werden und eine Minderheit sich diesen gegenüber zu behaupten trachtet? Wie entschlossen und entschieden handeln wir, wenn wir vor Folgerungen stehen, die aus ökologischen Erkenntnissen für die Lebensweise der eigenen Person und Familie zu ziehen sind – beim Essen und Trinken, Abwaschen und Duschen, Wohnen und Kleiden, Gehen und Fahren und nicht zuletzt im Umgang mit Abfällen? Sind wir da als Leute sozialistischer Gesinnung und Gesittung erfahrbare, auch wenn wir über Umweltgefahren weltweit gerade mal kein Wort sagen?

Und wie sieht es mit der Einheit von Wort und Tat aus, wenn politische Versprechen gegeben werden? Müssen Wählerinnen und Wähler nicht allzu oft feststellen: »Versprochen – gebrochen«? Leider kommt es vor, daß das auch Kandidatinnen und Kandidaten und dann Abgeordnete aus dem politischen Spektrum der Linken betrifft. Ich möchte nicht argwöhnen, da werde allemal das üble Mittel leichtfertigen Versprechens schamlos für den als nobel angesehenen Zweck eines eigenen günstigen Wahlergebnisses eingesetzt. Aber ist uns wirklich allen genügend bewußt, daß nicht gehaltene Versprechen als Vertrauensbruch erlebt werden? Und daß die Enttäuschung von Hoffnungen mit Vertrauensentzug oder -verminderung erwidert werden kann? In allem Ernst sollte darüber gesprochen werden, daß die Möglichkeiten und Widrigkeiten der Verwirklichung jeglicher auf ein Versprechen hinauslaufenden Ideen, Vorschläge, Forderungen, Programmpunkte der Öffentlichkeit weitaus genauer vorgestellt und mit ihr diskutiert werden müssen als das bisher üblich ist.

16 Vgl. Klaus Höpcke: »GEGENSTEUERN. Zur Politikwechsel-Debatte«, Schkeuditz 1998, S. 59.

Das setzt einen hohen Grad intellektueller Redlichkeit voraus, die bei der Ehrlichkeit gegenüber sich selbst beginnt. Der redliche Umgang mit Tatsachen und schlüssigen Folgerungen aus ihnen ist die Grundlage von Glaubwürdigkeit – sowohl beim Erarbeiten von Vorhaben und beim Erörtern ihrer Erfolgsaussichten als auch nachher bei der Beurteilung dessen, was erreicht wurde, was »herausgekommen« ist. Manche halten die »Fähigkeit«, Mißratenes in Gelungenes, Niederlagen in Siege umzuempfinden und zu -deuten, für ein Zeugnis politischer »Professionalität«. In Wahrheit handelt es sich da um nichts weiter als den kläglichen und beklagenswerten Hang zur Selbsttäuschung einschließlich der Täuschung anderer. Selbstgenügsamkeit und Selbstüberschätzung, ja -überhebung sind ursächlich damit verknüpft. Die Aufnahmefähigkeit für Kritik verkümmert.

Zur intellektuellen Redlichkeit, die demokratische Sozialistinnen und Sozialisten pflegen, sollte gehören, von sachlichen Gründen und Gegen Gründen die einleuchtende oder nicht einleuchtende Beweiskraft einer Argumentation herzuleiten anstelle von vorgefaßten Ansichten, Vorurteilen auf Grund der Person, Zuordnung zu einer Partei oder innerhalb von Parteien zu einer (Denk-) Richtung, einer Strömung, Gruppe (ob nun Plattform, Arbeitskreis oder Forum genannt oder willkürlich mit politpsychologischem Herabsetzungsvokabular etikettiert à la »Ihr linken Dogmatiker« von der einen und »Ihr Klassenverräter« von der anderen Seite). Beim Polemisieren in Abwesenheit sollten wir uns übrigens immer vorstellen, der Streitpartner oder die Streitpartnerin sitze vor uns, von Angesicht zu Angesicht. Der gelegentlich gerade auch in Reihen von Sozialisten zu beobachtenden Sucht, den Widerpart im Streit erst einmal böser Absichten zu verdächtigen, statt seine Ansichten zur Kenntnis zu nehmen und zu prüfen, könnte das entgegenwirken. Man befeißigt sich mehr der Beweiskraft und Widerlegungskunst und hält den »Schimpfedrang« zurück.

Von Kardinal- und anderen -tugenden

Für angebracht halte ich, daß wir uns selber und anderen auch die Frage beantworten, wie wir Ordnung und Fleiß, Sauberkeit und Pünktlichkeit bewerten. Das sind persönliche Eigenschaften, die sinnvollem menschlichen Zusammenleben dienen können, aber auch für die schlimmsten Auswüchse unmenschlicher Ausbeutung und Unterdrückung, Menschenquälerei und -vernichtung »eingesetzt« werden können. Bekannt ist das Wort über die Fähigkeit zu »Ordnung«, mit der zum Funktionieren eines KZ beigetragen werden kann. Dem Doppelgesicht solcher Eigenschaften und Befähigungen entspricht es, daß sie landläufig von den einen isoliert gesehen und verabsolutierend gepriesen, von anderen für sich genommen als »Sekundärtugenden« abgetan werden. Ich meine, wir wollen sie nicht »an sich«, sondern für uns im Zusammenhang und in Wechselwirkung mit den hohen ethischen Werten des Ringens um Gerechtigkeit in der Gesellschaft, um die freie Entwicklung der Menschen in Achtung ihrer Gleichheit, um solidarische gegenseitige Hilfe betrachten. So gesehen, liegen Möglichkeiten erwiesener Menschlichkeit darin, aufrichtig und zuverlässig zu sein, mit Übersicht und Ordnungssinn zu handeln, mutig zu streiten sowie zielstre-

big und fleißig, willensstark und beharrlich die Fähigkeiten zu vervollkommen für Arbeit zu eigenem Wohl und dem der Allgemeinheit. Was halten wir von Weisheit, Tapferkeit, Besonnenheit und Gerechtigkeit – in der griechischen Antike¹⁷ als Kardinaltugenden hervorgehoben? Sind sie in unserer Zeit nebensächlich? Ich nehme an, das Gegenteil ist richtig. Diese Tugenden könnten vielmehr aus demokratisch-sozialistischer Sicht wesentliche Elemente einer – für jede einzelne und jeden einzelnen wie für die Gesamtgesellschaft – menschenwürdigen Zukunftsgestaltung sein.

Für unser politisches Programm weiter in Details gehende ethische Postulate zu ersinnen, hielte ich für falsch. Rechtsnormenähnliche Moralregeln – ob nun in Kodex-Sätzen, Geboten/Verboten, Gelöbnissen oder Disziplinierungsparagrafen fixiert – sind überflüssig, wenn Sozialistinnen und Sozialisten ihren Überzeugungen und Grundauffassungen gemäß besonnen, tapfer, weise und gerecht für eine Gesellschaft wirken, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden die Bedingung der freien Entwicklung aller wird. Übrigen: Selbst in der allgemein für übermäßig gehorsam gehaltenen Nationalen Volksarmee der DDR wurde laut Dienstreglement Initiative durchaus das gleiche Gewicht beigemessen wie Disziplin und nicht etwa weniger.

In der Wertediskussion in der Gesellschaft wird es immer notwendiger, tolerant miteinander umzugehen. Das gehört auch zu den wesentlichen Elementen langfristig wirksamer Vorbeugung vor Gewalt. Dazu hat Bodo Ramelow, Vorsitzender der PDS-Fraktion im Thüringer Landtag, bei der Erörterung von Lehren, die aus dem Massaker am Erfurter Gutenberg-Gymnasium zu ziehen sind, überzeugend gesprochen¹⁸: Wir wollen dem anderen zuhören, den anderen verstehen lernen, ihm und uns Zeit zum Nachdenken lassen, die Bereitschaft aufbringen, die eigene Meinung in Frage zu stellen, Verbindendes und Übereinstimmendes zu suchen; einen Kompromiß wollen wir nicht als Niederlage empfinden. Wie aus dem christlichen Menschenbild abgeleitete Wertvorstellungen gibt es mit dem demokratischen Sozialismus verbundene Wertvorstellungen. Diesen Wertpluralismus sehen und akzeptieren wir. Wer nur die Existenzberechtigung der eigenen Wertvorstellung verfehlt, landet bei einem Fundamentalismus. Im Bewußtsein der Unterschiede kann man sich über gemeinsame Werte verständigen. Zum Beispiel: Du sollst nicht töten. Auch ein an gemeinsamen humanistischen Werten orientiertes Handeln gerät allerdings häufig in Widerspruch zur Realität. In der Gesellschaft, wie sie augenblicklich ist, existieren Räume, die ohne ethische Werte funktionieren, zum Beispiel in der Wirtschaft. Die Kategorie Gemeinwohl verliert an Bedeutung. Wettbewerb und Effizienz sind die an Einfluß gewinnenden Orientierungen. Nicht der Mensch, der kostengünstige Standort ist offenbar für viele Ökonomen und Politiker der höchste Wert. Dem treten wir entgegen mit einem Politikangebot, das auf eine menschenfreundlichere Gesellschaft zusteuert.

In Kürze – im August/September 2003 – werden zehn Jahre vergangen sein, seit in Chicago ein *Parlament der Weltreligionen* stattfand. Die Thora der Juden, die Bergpredigt der Christen, der Koran der Muslime, die Bhagavadgita der Hindus, die Reden des Buddha,

17 So von Platon in: *Der Staat*, Viertes Buch, siehe – in den Ausgaben: Platon: *Werke*, Band III (Übersetzung von Friedrich Daniel und Ernst Schleiermacher), Berlin 1987, S. 152 ff. beziehungsweise *Der Staat*, Leipzig 1978 (Übersetzung von Otto Apelt, Einleitung von Hans-Martin Gerlach und Günter Schenk), S. 185 ff.

18 Siehe Protokoll der Plenartagung des Thüringer Landtags 3/63 vom 23. Mai 2002, S. 5295. Ich zitiere hier nicht wortwörtlich, sondern nehme Gedanken aus diesem Beitrag von ihrem Sinngehalt her auf.

die Sprüche des Konfuzius – die sehr verschiedenen Grundlagen für Glauben und Leben, Denken und Handeln Hunderter von Millionen religiös gebundener Menschen – wählten die am Parlament Beteiligten zum Ausgangspunkt herauszufinden, was den Religionen der Welt schon jetzt im Ethos gemeinsam ist. Sie drückten ihre Überzeugung aus: »Keine neue Weltordnung ohne Weltethos«. Sie formulierten als Grundforderung: »Jeder Mensch muß menschlich behandelt werden.« Sie einigten sich auf »Vier unverrückbare Weisungen«. Diese sind: *Erstens* die Verpflichtung auf eine Kultur der Gewaltlosigkeit und der Ehrfurcht vor allem Leben. *Zweitens* die Verpflichtung auf eine Kultur der Solidarität und eine gerechte Wirtschaftsordnung. *Drittens* die Verpflichtung auf eine Kultur der Toleranz und ein Leben in Wahrhaftigkeit. *Viertens* die Verpflichtung auf eine Kultur der Gleichberechtigung und die Partnerschaft von Mann und Frau. Abschließend plädierten sie für einen individuellen und kollektiven Bewußtseinswandel zugunsten eines besseren gegenseitigen Verstehens sowie sozialverträglicher, friedensfördernder und naturfreundlicher Lebensformen. Sie luden alle Menschen, ob religiös oder nicht, ein, dasselbe zu tun.¹⁹

Steckt dieses umfassende Bemühen um ein Weltethos der Menschlichkeit nicht voller Anregungen für uns, zwischen Ziel und Weg unseres politischen Handelns und ethischen Werten Brücken zu schaffen, wo bisher noch Lücken klaffen?

19 *Erklärung zum Weltethos. Die Deklaration des Parlaments der Weltreligionen*. Herausgegeben von Hans Küng und Karl-Josef Kuschel, München, Zürich 1993, S. 9 f., 21, 25 f., 29-40 und 41 f.

MARTIN SCHIRDEWAN

2003 ist nicht 1933 – Zeit für eine neue »Einheitsfront«-Debatte?

Am 30. Januar 2003 jährt sich die Machtergreifung Hitlers zum siebzigsten Mal. Der 30. Januar 1933 steht damit für den Beginn der größten Menschheitskatastrophe, die ihren Ursprung in Deutschland hatte. Ein ›Tausendjähriges Reich‹ wollte sich zu dauernder Macht erheben. Es bestand nur zwölf Jahre, da seine Aggressivität die Barbarei des Holocaust und seine Expansionsgelüste den verheerendsten Krieg aller Zeiten auslösten, der mit der totalen Kapitulation des Reiches endete. In einem weiteren Sinne steht der 30. Januar 1933 damit aber auch für den Sieg über Hitler durch die Alliierten, der schließlich in die Teilung Deutschlands und die Gründung zweier deutscher Staaten mündete. Ereignisse also, deren historische Bedeutung und politische Folgen bis in die Gegenwart reichen.

Am 30. Januar 1933 wurde Hitler vom Reichspräsidenten Hindenburg zum Reichskanzler einer ›Regierung der nationalen Konzentration‹ ernannt. Was vielleicht von den konservativen und autoritären Kräften der Weimarer Republik als der Versuch einer Entzauberungsstrategie der NSDAP und Hitlers angedacht war, entwickelte sich zielgerichtet zur nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland und dem von ihr verursachten Zweiten Weltkrieg. Oft und ausgiebig wurde seitdem in ›der Linken‹ gestritten, ob die Machtergreifung Hitlers durch ein Bündnis der Sozialdemokraten mit den Kommunisten hätte verhindert werden können. Geprägt waren diese Diskussionen hauptsächlich von gegenseitigen Vorwürfen und Schuldzuweisungen, die sich bis heute in der Form von Vorurteilen erhalten und reproduziert haben: »Die Linksradikalen waren gegen die Republik und haben deshalb nichts gegen Hitler unternommen.« »Aber nein, die Sozialdemokraten haben uns doch verraten!«

Bestand aber überhaupt die Möglichkeit für eine Zusammenarbeit der beiden Parteien KPD und SPD, zumal in einer so extremen Situation wie der Endzeit der Weimarer Republik mit dem immer stärker werdenden Nationalsozialismus? Gab es nicht objektive Gründe, die in der Programmatik, deren Umsetzung, der sozialen Basis der Parteien und ihrer Struktur lagen, die ein Zusammengehen unmöglich machten? – Eine Antwort auf diese Fragen wird durch einen typologisierender Einblick¹ in die Verfaßtheit von SPD und KPD erleichtert.

Als sich die KPD zur Jahreswende 1918/1919 als Partei konstituierte, war für Deutschland der Erste Weltkrieg verloren, hatte der Kaiser abgedankt, riefen Philipp Scheidemann und Karl Liebknecht jeweils am 9. November 1918 die »Republik« beziehungsweise die

Martin Schirdewan –
Jg. 1975; studiert Politikwissenschaft an der FU Berlin und ist seit 2001 Redakteur der Zeitschrift *UTOPIE kreativ*.

1 Typologien dienen dem Versuch, »die einzelnen Parteien im Vergleich miteinander nach bestimmten einheitlichen Kriterien zu erfassen..., indem sie jeweils einen besonderen Aspekt bei der Betrachtung der Parteien in den Mittelpunkt stellen und dabei andere, gleichermaßen mögliche Gesichtspunkte mehr oder minder bewußt vernachlässigen, um so eine prägnante Charakterisierung der Parteien zu gewinnen.« (Walter Schlangen: Enzyklopädisches Stichwort: Politische Parteien – Geschichte und Theorie, in: Ders. (Hrsg), Die deutschen Parteien im Überblick. Von den Anfängen bis heute, Königsstein 1979, S. 17 f.)

2 Siehe Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919, in: Lothar Berthold, Ernst Diehl (Hrsg.), *Revolutionäre deutsche Parteiprogramme*, Berlin 1967, S. 107-118.

3 Siehe zum Erfurter Programm und den folgenden Parteiprogrammen der SPD: Dieter Dowe, Kurt Klotzbach: *Programmatische Dokumente der Deutschen Sozialdemokratie*, Berlin/Bonn 1990.

4 Wobei sich mit den Namen auch unterschiedliche politische Vorstellungen verbinden. So stand der erste, von Kautsky verfaßte Teil des Programms ganz im Zeichen einer marxistisch intendierten Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse. Der politisch-programmatische zweite Teil aus der Feder Bernsteins entsprach einer Analyse der Möglichkeiten sozialistischen Wirkens unter den Bedingungen des Kaiserreiches, stand also ganz im Zeichen der Reform.

5 Vgl. Ossip K. Flechtheim, *Die KPD in der Weimarer Republik*, Hamburg, 1986, S. 30.

6 Vgl. Siegmund Neumann: *Die Parteien der Weimarer Republik*, Stuttgart 1973, S. 91, der Originaltitel lautet: *Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege*, Berlin, 1932.

»freie sozialistische Räterepublik« aus. Mit dem Scheitern der Novemberrevolution war auch der Versuch gescheitert, ein rätedemokratisches politisches System zu installieren. Deutschland lag am Boden, die Scheidemannsche Republik schwankte, doch sie fiel nicht. Gestützt und geschützt von der SPD, mit den hinlänglich bekannten Szenarien der militärischen Gewalt gegen sich erhebende Soldaten und Arbeiter, erwuchs eine parlamentarische Demokratie, für die am 11. August 1919 eine Verfassung – bekannt als »Weimarer Verfassung« – angenommen wurde und deren erster Präsident Friedrich Ebert war. Das Programm der KPD, auf ihrem Gründungsparteitag verfaßt, stand ganz unter dem Eindruck der niedergeschlagenen Novemberrevolution. In ihm wurden unter anderem die Errichtung einer Rätedemokratie in Deutschland, die Weltrevolution des Proletariats zwecks Errichtung der sozialistischen Gesellschaft und die Diktatur des Proletariats gefordert.² Es handelte sich um ein Programm revolutionären Charakters mit einer klaren programmatischen Zielsetzung: der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft durch revolutionäre Gewalt.

Die SPD fand erst 1921 Zeit, sich ein Programm zu geben, das den Verhältnissen der Weimarer Republik angepaßt war. Bis dahin galt noch das Erfurter Programm von 1891³, verfaßt von Karl Kautsky und Eduard Bernstein⁴. Das kurzlebige Görlitzer Programm von 1921 hingegen bejahte explizit die bestehende politische Ordnung: Die parlamentarische Demokratie ist der Boden, aus dem der Sozialismus erwächst. Die programmatische Zielstellung bestand in der schrittweisen Umwandlung der Gesellschaft hin zum Sozialismus. Der reformistische Charakter des Programms war evident. Auch 1925, in dem Heidelberger Programm der SPD, wurde die demokratische Republik zu der Staatsform erklärt, mit der die Arbeiterklasse ihr Ziel umsetzen kann: Die Überwindung des kapitalistischen Systems; die Entwicklung des Sozialismus auf demokratischem Wege durch das Mittel der Vergesellschaftung.

Während die SPD sich und ihrer politischen Linie treu blieb, durchlief die KPD ab Mitte der 20er Jahre einen Bolschewisierungs- und somit Stalinisierungsprozeß.⁵ Dieser Prozeß wirkte sich faktisch auf die Programmatik der KPD aus. Sie wurde und machte sich zum Spielball außenpolitischer Interessen der Sowjetunion. Als das größte und stärkste Mitglied der Kommunistischen Internationale (KI) war sie bald vorbehaltlos an die Weisungen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) gebunden, womit die Programmatik der KI damit auch für die KPD verbindlich wurde.⁶ Die KI als das außenpolitische Instrument Stalins und der Sowjetunion, geprägt vom Dogmatismus, wollte Ort und Zeitpunkt der Revolution bestimmen. Dadurch wurde aus der revolutionären Attitüde der KPD ein formalisiertes Revolutionärstum, fern jeder Spontaneität und Anbindung an die tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnisse. Anstatt sich in der Phase der relativen Stabilität der Weimarer Republik auf die Gesellschaft zuzubewegen, verhielt sich die KPD politisch antizyklisch. 1929 meldete sich die KPD mit der »Programmerkklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes« wieder programmatisch zu Wort. Inhaltliche Neuerung ist die an Stalin angelehnte, der Sozialdemokratie feindlich gesonnene Rhetorik, die schließlich in die »Sozialfaschis-

musthese« münden sollte. Ansonsten blieb die Diktatur des Proletariats, alternativ auch als proletarische Diktatur bezeichnet, programmatisches Ziel.⁷

Es läßt sich konstatieren, daß in der Programmatik, also im innersten Wesen der beiden Massenparteien SPD und KPD, unüberbrückbare Gegensätze bestanden, die durch die Anbindung der Kommunisten an die KI weiter verstärkt wurden. Zwar sprachen beide Parteien von einem Sozialismus als gewünschtes Ziel der Gesellschaftsordnung, doch die Verständnisse vom Sozialismus und dem Weg dorthin waren diametral entgegengesetzt. Der Revolution, die zur Diktatur des Proletariats führen sollte, stand die Reform der demokratischen Republik gegenüber, die eine sozialistische demokratische Gesellschaft hervorbringen sollte.

Diese tiefe Gegensätzlichkeit fand ihren Ausdruck in der politischen Praxis der Parteien. Die KPD als revolutionäre Partei unternahm 1921 und 1923 Aufstandsversuche, die beide niedergeschlagen wurden. Die gewaltsamen Versuche, die Republik zu stürzen und eine Diktatur des Proletariats zu errichten, machten deutlich, daß sich die KPD sowohl programmatisch als auch politisch-praktisch als »Out-Partei«⁸ definierte. Ihre Stellung zum politischen System brachte sie mit einem Spektrum politischer Mittel zum Ausdruck, das von passiver Ablehnung bis hin zu aktiver militärischer Gewalt reichte. Daß die Aufstände in einer Zeit niedergeschlagen wurden, in der die SPD mit Ebert den Reichspräsidenten stellte, verdeutlicht nur zu genau, wie stark sich die programmatischen Differenzen auch in der praktischen Politik wiederfinden. Die KPD nahm die positive Haltung der SPD zur Republik, ihre Wahrnehmung politisch höchster Ämter im Staate, ihr Verständnis von der demokratischen Republik als Basis zur Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft und ihre aktive Verteidigung der Republik zum Anlaß für die bekannte Sozialfaschismusthese. Die SPD ihrerseits verteidigte »ihre« Republik gewaltsam gegen links. Noske und der Blutmai sind dafür nur zwei Synonyme. Angesichts dieser faktischen Feindschaft waren auch die Bemühungen um eine sogenannte Einheitsfront beider Parteien im Angesicht des drohenden Nationalsozialismus nahezu zwangsläufig erfolglos. Die Forderung nach einer Einheitsfront, zwar wechselnd sowohl von SPD als auch KPD erhoben, entsprach wohl eher parteipolitisch taktischen Erwägungen als einem realistischen politischen Szenario.⁹

Kann die Analyse von sozialer Basis und Struktur zu einer Relativierung des bisherigen Urteils führen? Mit wenigen Worten sei auf die Parteistrukturen verwiesen. Beide, sowohl KPD als auch SPD, sind klassische Massenparteien. Insofern ist ihre Struktur bis in die Mitte der 20er Jahre sehr ähnlich. Eine quasi basisdemokratische Organisation, angefangen bei den Orts- und Kreisverbänden, deren Delegierte auf Parteitag über die politischen Inhalte entschieden, die dann von den Führungsgremien – bei der KPD war es bis 1925 der Zentralaussschuß, dann das Zentralkomitee, bei der SPD der Parteivorstand – umgesetzt wurden. Gewerkschaften, Arbeitersportvereine, parteipolitisch geprägte Volkshochschulen, Feuerbestattungsvereine flankierten die Parteien. Sinngemäß bekannt als: »von der Wiege bis zur Bahre«.

7 Vgl. Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, a. a. O., S. 119-128.

8 Der Begriff Out-Partei geht auf die Typologisierung von Manfred Hättich zurück, der damit die Stellung der jeweiligen Partei zum politischen System charakterisiert. Demnach entspricht die SPD der Weimarer Republik einer In-Partei. Manfred Hättich: Zur Typologie politischer Parteien, in: Gilbert Zieburg (Hrsg), Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre. Zur Theorie, Typologie und Vergleichung politischer Parteien, Darmstadt, 1969, S. 375-410.

9 Einheitsfrontüberlegungen veranstalteten sowohl KPD als auch SPD. Zur KPD siehe dazu Flechtheim, a. a. O., S. 54. Zur SPD vgl. Neumann, a. a. O., S. 39.

10 Vgl. Flechthelm, a. a. O., S. 176.

11 Vgl. ebenda, S. 47.

12 Die Arbeiterklasse der Weimarer Republik war nicht nur in SPD und KPD gespalten. Gerade in den frühen Jahren der Republik existierten noch diverse Abspaltungen und Splittergruppen. Die mächtigste war die USPD, die sich 1917 von der SPD abspaltete, die dadurch zur MSPD wurde. Auch die KPD hatte eine Abspaltung zu verzeichnen. 1920 bildete sich aus der KPD die KAPD heraus. Doch sind diese Gruppierungen hier nicht Gegenstand der Erörterungen.

13 So erhielt die KPD bei den Reichstagswahlen 1920 lediglich ca. 600 000 Stimmen, oder nur 2,1 Prozent. Bei den Wahlen 1932 hingegen fast 6 000 000 Stimmen, oder 16,9 Prozent. 1920 lag ihre Mitgliederzahl bei weniger als 100 000. Nach der Vereinigung mit der USPD wuchs der Mitgliederbestand auf ca. 400 000 an. 1932 hatte die KPD schließlich noch 200 000 Mitglieder. Vgl. Flechthelm, a. a. O., S. 321; vgl. Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.) Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 1988, S. 630 f.

14 So wurde die SPD bei den Reichstagswahlen immer stärkste Partei, bis sie 1932 von der NSDAP in dieser Rolle abgelöst wurde. Vgl. Flechthelm, a. a. O.; vgl. Bracher/Funke/Jacobsen a. a. O.

Nach ihrem mißglückten Aufstandsversuch von 1923 und im Zuge der sich verstärkenden Stalinisierung der KPD fand deren Neustrukturierung statt. Die KPD wurde zu einer zentralistischen Partei. Um die Proletarier direkt erreichen zu können, wurde die Basisorganisation vom Ortsverein auf die Betriebszelle umgestellt. Jedes KPD-Mitglied sollte zugleich auch ein Gewerkschaftsmitglied sein.¹⁰ Diese Umstellung und die damit verbundene politische Neuorientierung verlief aber relativ erfolglos.¹¹ In den Jahren der ökonomischen und politischen Stabilität war das Interesse an der KPD und ihren radikalen Positionen naturgemäß gering, so daß sie sich nicht in den Betrieben verankern konnte. Mit der sich entwickelnden Krise und stark anwachsenden Arbeitslosenzahlen fanden jene zwar Gehör, doch waren die Angesprochenen zumeist arbeitslos, so daß die Betriebszellenstruktur sich sogar als nachteilig für die gesellschaftliche Verankerung der KPD erwies. Die soziale Struktur beider Parteien differierte erheblich, auch wenn sie als klassische Arbeiterparteien galten. Die KPD begann als Splitterpartei, wuchs dann aber schnell durch die Vereinigung mit dem linken USPD-Flügel¹² zur Massenpartei. Durch ihre permanente revolutionäre Haltung und damit verbundene gesellschaftliche Isolation verlor sie im Laufe der Zeit erheblich an Mitgliedern, erstarkte aber durch die ökonomische Krise der späten 20er Jahre wieder. Die Entwicklung der Mitgliedschaft korreliert auch mit den Wahlergebnissen der KPD und somit mit ihrer Wahrnehmung durch die Bevölkerung als relevanter politischer Faktor, der zur Problemlösung beitragen kann. So erzielte sie bei den Reichstagswahlen der 30er Jahre stetig anwachsende Resultate, im Vergleich zur jeweils vorangegangenen Wahl und zur Zeit der relativen Stabilität der Weimarer Republik.¹³ Die SPD war bekanntlich durch die Anzahl ihrer Mitglieder jederzeit eine Massenpartei, die klassenübergreifend attraktiv war. Ihre systemtragende Rolle spiegelte sich in den erzielten Wahlergebnissen wider.¹⁴ Im Gegensatz zur KPD, bei der sich die Mitglied- und Wählerschaft fast vollständig aus Arbeitern und Arbeitslosen rekrutierte, lassen sich bei der SPD der Weimarer Republik durchaus Tendenzen einer Verbürgerlichung finden, die eine sozialstrukturelle Verankerung im Kleinbürgertum und eine Verbürgerlichung der Organisation und ihrer Funktionäre mit sich bringt.

Sowohl die Parteistruktur als auch die soziale Basis von KPD und SPD weisen (temporär) starke Unterschiede auf. Beide Kriterien sind aber nicht ursächlich für die Unmöglichkeit einer Einheitsfront. Eine Allianz einer »bürgerlichen« Arbeiterpartei wie der SPD mit einer radikalen Arbeiterpartei wie der KPD ist angesichts sich zumindest ähnelnder Mitgliedschaften und teilweise sogar sich überschneidender Wählersegmente und Interessengruppen nicht ausgeschlossen. Und die organisatorische Struktur der beiden Parteien sollte kein Hindernis für eine Zusammenarbeit gewesen sein. Ein Verschmelzen zweier sich ähnelnder Parteigeilde ist möglich, wenn auch rein hypothetisch, da eine Zusammenarbeit keine organisatorische Zusammenlegung erfordert. Koalitionen, Tolerierungen, gemeinsame Fraktionsbildung bei Beibehaltung organisatorischer Unabhängigkeit sind bekannte und praktikable Modelle. Die Ursache für das Nichtzustandekommen einer Einheitsfront liegt in den

sich diametral gegenüberstehenden Programmen und den politischen Praxen: »Der jahrzehntelange Kampf hatte die beiden Parteien mit solchem Haß erfüllt, daß selbst die Errichtung der faschistischen Diktatur sie nicht zusammenbringen konnte.«¹⁵ Bei der Diskussion um die Verhinderung der nationalsozialistischen Diktatur durch eine Einheitsfront von SPD und KPD handelt es sich um eine Phantomdiskussion der Geschichts- und Politikwissenschaften.

Dennoch stellt sich, gerade auch wegen der historischen Lehren, die die deutsche Linke aus dem 30. Januar 1933 gezogen haben sollte, die Frage, ob es zwischen Sozialdemokraten und Sozialisten heute eine »Einheitsfront« geben kann. Natürlich ist Weimar nicht Berlin; es geht nicht darum, einen neuen Hitler zu verhindern, der zumindest in Deutschland nicht in Sicht ist, und den auch gewisse rechtspopulistische Strömungen nicht hervorbringen werden, sondern, um die Gesellschaft endlich in eine Richtung zu verändern, die sich wohl am besten mit den Idealen des Friedens, der Freiheit von Zwang und Ausbeutung, rechtsstaatlicher Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Solidarität umschreiben läßt. Natürlich handelt es sich bei einer solchen idealtypischen Konstruktion einer zukünftigen Gesellschaft um eine *Utopie*. Aber jede wirkliche Alternative zum Bestehenden scheint erst einmal utopisch zu sein. Und muß es sogar, damit sich aus der Antizipation gesellschaftlicher Veränderung Ergebnisse jenseits aktueller Eindimensionalität¹⁶ erzielen lassen.

Der Verlust einer parlamentarischen Linken, auch Resultat der Programm- und Profillosigkeit der PDS, die Politik von Rot-Grün, die allgemeine Schwäche sozialistischer Ideen tragen eher zu einer Entfremdung von obigem Ideal bei denn zu seiner Realisierung. Der 70. Jahrestag der Machtergreifung Hitlers führt nur zu deutlich *alte* Fehler und *neue* Schwächen vor Augen.

Aber daß das barbarische nationalsozialistische Regime nicht einmal seinen dreizehnten Jahrestag begehen konnte, gibt auch heute noch Anlaß zur Hoffnung.

15 Flechtheim, a. a. O., S. 227.

16 Der Begriff der Eindimensionalität bezieht sich auf Herbert Marcuse, der in seinem Werk »Der eindimensionale Mensch« die kapitalistische Gesellschaft als eindimensional charakterisiert und ihr die Stärke zuweist, nonkonforme, oppositionelle Kräfte zu schwächen, indem Teilaspekte und politische Ansichten den Prozessen des Marktes unterworfen und somit ihrer Transzendenz beraubt würden. Sie würden in die allgemeine Eindimensionalität eingegliedert. Beispiele dafür sind u. a. die aktuelle Mode des Punk, einer in ihrem Ursprung nihilistischen Jugendrevolte, das Aufgreifen politischer Forderungen der globalisierungskritischen Bewegung durch nationale Regierungen. Vgl. Herbert Marcuse: Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, 3. Auflage, München 1998.

LUTZ BRANGSCH

Wie aus Politik Haushalt wird. Zu Legitimität und Notwendigkeit einer demokratisierten Haushaltspolitik

Das diffuse Unwohlsein – oder die nackte Empörung – über Haushaltspolitik sind Ausdruck eines völlig richtigen Empfindens: Eine Weiterführung des bisherigen Kurses führt tiefer in die Sackgasse. Dies gilt für den Bund wie auch für Länder und Kommunen. Wenn der Berliner Finanzsenator Tilo Sarrazin von einer »kaum faßbaren Armut« Berlins spricht¹, so steht dem ein nicht weniger faßbarer Reichtum gegenüber. Daß mit dem Haushalt etwas »faul« ist, wird also wohl angenommen und gesehen. Nur, wie dem quasi »Übernatürlichen« zu begegnen sei, bleibt unklar. Dies ist insoweit eigentlich verwunderlich, bildet doch die Beschäftigung mit dem Staatshaushalt einen der Ausgangspunkte der modernen ökonomischen Wissenschaft und ein konstituierendes Moment bürgerlichen Selbstbewußtseins.² Dies gilt gerade für Deutschland, wo auch nach der Revolution von 1848 das in der Verfassung verbriefte Budgetbewilligungsrecht lange Zeit nur auf dem Papier stand.³

Ein Höhepunkt in der aktiven Nutzung des Haushaltes als gesellschaftspolitisches Instrument und in einer bis dahin nicht gekannten Breite ist mit dem Namen John Maynard Keynes verbunden. Die haushaltspolitischen Dimensionen der Kriegswirtschaft beziehungsweise Kolonialpolitik mag in bestimmten Phasen ihrer quantitativen Seite nicht nachstehen, in ihrer Zielrichtung bleiben sie jedoch gegenüber den hier entwickelten Konzepten bescheiden. Es bedurfte erst eines radikalen Schrittes im fernen Brasilien, in Porto Alegre, um das Politische an der Haushaltspolitik, und damit die Frage ihrer Demokratisierung, wieder in eine breitere Diskussion einzuführen. Mit den gemeinsamen Modellprojekten von Bertelsmann-Stiftung und Landesregierung Nordrhein-Westfalen zum Bürgerhaushalt wurde zudem von konservativer Seite eine eigene Konzeption öffentlicher Haushaltspolitik entwickelt, die in ihrer gesellschaftspolitischen Tiefenwirkung ähnliche Debatten wie die um die Rolle des ehrenamtlichen Engagements bei weitem übertreffen. Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, die Frage nach dem Politischen an der Haushaltspolitik mit großer Deutlichkeit wieder in die Diskussion zu bringen und die Suche nach Ansätzen für ihre Demokratisierung zu beleben.

Was ist eigentlich ein Haushalt – und was macht ihn politisch?

Der Haushalt erscheint als Form der Umwandlung von staatlicherseits erzwungenen Einnahmen in bestimmter Struktur in staatlicherseits festgelegte Ausgaben in einer anderen Struktur. Die Prozesse

Lutz Brangsch – Jg. 1957; Dr. oec., Diplomwirtschaftler, Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Letzte Veröffentlichung in *UTOPIE kreativ*: »Soziale Sicherheit als Zivilisationsgewinn?«, Heft 113 (März 2000) S. 232-237.

1 Vgl. Der bettelarmen Hauptstadt einen heilsamen Schock versetzen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. 2. 2002, S. 4.

der Realisierung von Einnahmen wie auch der Verwandlung der Einnahmen in Ausgaben erfolgt zwar in einem gesetzlichen Rahmen, bestimmt sich letztlich aber durch politische Entscheidungen; natürlich ist die Umverteilung auch Folge früherer Entscheidungen, die ihrerseits selbst bei ihrer Entstehung verschiedenen Faktoren unterworfen waren. Somit ist der Haushalt eine langfristig wirkende Funktion der Politik; er ist nicht mit ihr identisch, spiegelt aber ihre Grundtendenzen wider.

Bereits dieser kurze Blick auf die scheinbar eherne Institution Haushalt deutet seine tatsächliche Flexibilität, sein Fließen, seine Beweglichkeit an. In der Polemik wird oft der Eindruck erweckt, der Haushalt sei der Selbstbedienungsladen von Oberschicht und Bürokratie. Er ist dies sicher auch – seine Funktionen erschöpfen sich darin jedoch nicht. Der Haushalt und mit ihm die Haushaltspolitik werden immer die ihnen innewohnende Tendenz zum Klientelismus überwinden müssen und auch überwinden, wenn sie ihrer eigentlichen politischen Funktion beziehungsweise ihrer Rolle als Funktion der Politik gerecht werden sollen. Warum wird nun aber der Haushalt – langfristig gesehen – nicht zu einem Instrument, um ausschließlich eine Klientel zu bedienen? Warum macht es also Sinn, über die Einflußnahme der Bürgerinnen und Bürger auf den Haushalt oder eine Demokratisierung von Haushaltspolitik überhaupt zu diskutieren?

Umverteilung über den Haushalt ist kein Selbstzweck. Umverteilung ist immer ein Moment der Reproduktion des Nationaleinkommens auf der einen Seite, der Reproduktion einer bestimmten Qualität gesellschaftlicher Verhältnisse auf der anderen Seite. Der Haushalt hat somit immer eine Funktion politischer und wirtschaftlicher Reproduktionssicherung.⁴

Hierbei ist wesentlich, haushaltspolitische Prozesse als reproduktive Prozesse zu verstehen, also als Prozesse, die gleichzeitig (!) auf die langfristige und auf die unmittelbare Sicherung der Produktion der materiellen und geistigen Existenzbedingungen der Gesellschaft, mithin auf die Gewährleistung der Wiederholbarkeit von materiellen und geistigen Produktionszyklen in bestimmtem Umfang, in bestimmter Richtung sowie in bestimmter Art und Weise (das heißt, einer bestimmten Lebensweise) gerichtet sind.

Haushalt als Moment gesellschaftlicher Reproduktion

Somit ergeben sich zwei Ebenen, die im Zusammenhang mit Haushalt und Haushaltspolitik zu berücksichtigen sind. Auf der ersten Ebene erscheinen Haushalt/Haushaltspolitik als das Wechselspiel folgender Faktoren:

- Einnahmen aus Steuern, Erträgen, Beteiligungen und so weiter sowie
- Ausgaben entsprechend bestehender Gesetze, aktueller politischer Entscheidungen sowie früher getroffener Entscheidungen in bezug auf
- die Masse des erzeugten Produkts einer Gesellschaft sowie
- weiterer aus internen und externen Faktoren abgeleiteter Reproduktionserfordernisse, die sich vor allem aus der Spezifik der Ausstattung mit Ressourcen, der Einbindung in die regionale und inter-

2 So befaßt sich zum Beispiel Adam Smith in seinem ökonomischen Hauptwerk »Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen« im Buch V im Kern mit Haushaltspolitik. Dieser Teil umfaßt ein knappes Drittel des Gesamtwerkes. Ähnliches findet sich bei David Ricardo, William Petty und anderen klassischen bürgerlichen Ökonomen. Das ist verständlich, weil die Frage der Legitimität, der Höhe und der Art der Abgaben und Steuern sowie natürlich deren Verwendung die Akkumulations- und damit Überlebensfähigkeit der frühen kapitalistischen Unternehmen in außerordentlich hohem Maße und direkt sichtbar bestimmten. Ohne eine staatlich finanzierte materielle und soziale Infrastruktur waren diese Unternehmen in der Frühphase nicht lebensfähig gewesen. Nicht weniger wichtig war diese Auseinandersetzung, um die kapitalistische Art der Verwendung von Geld, die Investition in das Unternehmen, gegenüber dem parasitären Konsum des Adels zu legitimieren. So haben wir es also von Anfang an mit einer *politischen* Debatte zu tun.

3 Vgl. dazu zum Beispiel Ferdinand Lassalle in »Was nun? Zweiter Vortrag über Verfassungswesen«, gehalten am 17. 11. 1862, in: Ferdinand Lassalle: Auswahl von Reden und Schriften nebst kurzer Biographie und geschichtlicher Einführung von Dr. Karl Renner, Berlin 1923, S. 95-99.

4 Dabei sind zwei Gesichtspunkte von herausragender Bedeutung: erstens die spezifische Funktion der Sicherung der Stabilität einer bestimmten Qualität gesellschaftlicher Umverteilung und zweitens die Sicherung der langfristigen Stabilität einer bestimmten Qualität gesellschaftlichen Zusammenhalts, insoweit also das Eingebundensein in eine allgemeine politische Funktion.

ationale Arbeitsteilung oder auch aus bestimmten Traditionen ableiten lassen.

Die reproduktive Funktion des Haushaltes schließt somit schon unter quantitativem Gesichtspunkt einen fundamentalen politisch-ökonomischen Widerspruch ein: Auf der einen Seite stehen die wachsenden Anforderungen an die Qualität des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens (in konkret-historischer Form der Ware Arbeitskraft und ihres aus diesen Anforderungen resultierenden Wertes respektive Preises) sowie die Ansprüche an die Gestaltung von Umwelt- und Infrastrukturbedingungen als originär nur gesellschaftlich gestaltbare Existenzbedingungen. Auf der anderen Seite ist es den Unternehmen und der herrschenden Oligarchie gelungen, sich teilweise aus der Beteiligung an der Finanzierung dieser gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen zurückzuziehen (Struktur des Steueraufkommens). Mehr noch, ausgehend von dem erreichten Niveau gesellschaftlicher Reproduktionssicherung soll diese nun selbst im Zuge der Privatisierung sowohl wesentlicher Teile der Infrastruktur wie auch der sozialen Sicherungssysteme als Sphäre der unmittelbaren Kapitalverwertung entwickelt werden, wobei die dahinter stehenden historisch-gesellschaftlich gewonnenen Kenntnisse, Erfahrungen et cetera unentgeltlich angeeignet werden. Da dies überall in der Welt selektiv erfolgt, sinken nicht etwa die Anforderungen an die Haushaltspolitik – sie steigen vielmehr, vor allem hinsichtlich der repressiven Seite. Wie das Beispiel der USA zeigt, bedeutet ein weitgehender Rückzug des Staates aus Kernbereichen der gesellschaftlichen Reproduktion oder auch bereits der längerfristige Verzicht des Staates auf (präventive) Intervention immer auch schwer beherrschbare Haushaltsbelastungen aus sozialer Nachsorge (das Beispiel Krankenversicherung) oder aus der Aufrechterhaltung eines entsprechend ausgebauten Repressionsapparates (zum Beispiel die außerordentlich hohen Aufwendungen für die Kriminalitätsbekämpfung und den Strafvollzug). Dies betrifft nicht nur die Kosten an sich, sondern auch, soweit es das Abfangen extremer sozialer Nöte betrifft, die Entwicklung adäquater Verfahren und Institutionen. Indem der Haushalt den privaten Versicherern die »schlechten Risiken« abnimmt, erfolgt genaugenommen eine weitere Umverteilung mit dem Charakter einer Privatisierung gesellschaftlicher Ressourcen, mehr noch, es werden Gestaltungsspielräume eingeschränkt. Haushaltskonsolidierung durch Privatisierung schließt vor diesem Hintergrund die Tendenz ein, den Rahmen der bürgerlich-demokratischen Gesellschaftsverfassung zu sprengen.⁵

5 Eine zweite Ebene erfaßt das Feld der über den Haushalt vermittelten Reproduktion der sozialen Beziehungen, die durch politische Kräfteverhältnisse, kulturelle Traditionen und die Widersprüchlichkeit von Interessenlagen der gesellschaftlichen Akteure selbst wie der Akteure untereinander bestimmt werden.

Der Haushalt ist unter diesem Gesichtspunkt immer als Feld von Interessenauseinandersetzungen und -realisierungen zu betrachten. Er vermittelt zwischen Interessen, übt in diesem Sinne eine gesellschaftspolitisch konsensuale Rolle aus, ermöglicht gleichzeitig aber, auch bestimmte Interessen zu präferieren und Umverteilungen zu verhindern, hat also zudem eine repressive Funktion. Beide Aspekte, der konsensuale wie der repressive, hängen wiederum in erster Linie mit wirtschaftlichen und politischen Kräfteverhältnissen, in zweiter Linie aber auch mit kulturellen Normen, Traditionen, Wertvorstellungen und ähnlichem zusammen. Beide Funktionen setzen sich natürlich nicht rein, linear durch. Die bestimmten Tendenzen zu-

grunde liegenden Interessen selbst sind durch weitere Prozesse und Beziehungen gebrochen, Interessen und haushaltspolitische Erfordernisse oder Möglichkeiten überlagern sich, kompensieren sich und so weiter. Im Haushalt und in der Haushaltspolitik brechen sich so zum Beispiel auch Lobbyismus, Korruption und Medienaktivitäten.

Die konsensuale Komponente erfaßt primär gegebene Grundbedingungen der Reproduktion der Gesellschaft. Die abstrakt gegebene Notwendigkeit der Finanzierung von Funktionen, die von der Beamtenschaft, der Polizei, den Streitkräften ausgeübt werden, Bildung, Wissenschaft, Infrastrukturentwicklung und Strukturentwicklung überhaupt, Subventionen, handelspolitische Maßnahmen⁶ sind hierfür Beispiele. Darüber hinaus sind aber auch weitgehend in politischen Auseinandersetzungen entstandene Normen (wie sie sich zum Beispiel in den sozialen Sicherungssystemen, im Arbeitsschutz oder in den Aufwendungen zur Umweltreproduktion manifestieren) in dieser Beziehung zu beachten.

Mit jedem Kompromiß/Konsens sind aber auch Grenzen gezogen, die durch die konsenssuchenden Seiten nicht überschritten werden (können) oder die den nicht am Konsens beteiligten Seiten Grenzen setzen. In den Proportionen, in denen die verschiedenen Funktionen finanziert werden, wie auch in der Art und Weise, wie die Haushaltsmittel dann verwandt werden können, liegt das repressive Potential des Haushalts. Dabei darf keine der beiden Seiten als ein für allemal gegeben verstanden werden. Sie unterliegen vielmehr einer ständigen Veränderung und verfügen zwischen verschiedenen historischen Abschnitten und selbst innerhalb dieser über eine mal größere, mal geringere Elastizität. Die Resultante der sich in diesem Spannungsverhältnis durchsetzenden Interessen tritt als Bedarf in Erscheinung, als ein in einem gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungsprozeß anerkanntes Recht auf den Verbrauch von Ressourcen.⁷ Dem vorgelagerte, bedarfsorientierte Ansprüche sind, einmal formuliert, der eigentliche Gegenstand haushaltspolitischer Auseinandersetzungen.

Der Haushalt ist weiterhin als ein retardierendes und stabilisierendes Moment gesellschaftlicher Entwicklung zu sehen, das das unmittelbare Durchschlagen politisch-konjunktureller Schwankungen in die Umverteilungsprozesse verhindert. Daran ändert sich auch dann grundsätzlich nichts, wenn man berücksichtigt, daß tatsächlich die unbestreitbare Langfristigkeit der Wirksamkeit von einmal getroffenen Haushaltsentscheidungen in deutlichem Widerspruch zu den vordergründig auf Kurzfristigkeit orientierten Verhaltensmustern von Politikerinnen und Politikern beziehungsweise Beamtinnen und Beamten steht. Der Haushalt verfügt tatsächlich über ein gewisses Eigengewicht, eine Eigendynamik, die selbst wieder stabilisierend wirkt. Dies schließt ein, daß die Geschwindigkeit von Veränderungsprozessen durchaus abgebremst wird. Haushalt erzwingt Prüfung und Planung nicht nur isolierter Prozesse, sondern auch der sie begleitenden Wirkungen. Daß dies selbst durchaus auch genutzt wird, um politisch nicht gewünschte Vorhaben auf dem Verfahrenswege sterben zu lassen, versteht sich von selbst, liegt aber eben im politischen Charakter eines Haushaltes begründet und ändert nichts an der grundsätzlich gesellschaftspolitisch und wirtschaftspolitisch

6 Auch hier zeigen sich bis in jüngere Vergangenheit vielfältige Beispiele, wie Exportförderung beziehungsweise die Ausgestaltung protektionistischer, also importhemmender und den heimischen Markt schützender Maßnahmen, die nicht nur den Haushalt beeinflussen, sondern über diesen vermittelt weitgehende strukturpolitische Wirkungen entfalten.

7 Der Autor ist sich dessen bewußt, daß die Frage nach dem Inhalt der Kategorien Bedarf und Bedürfnis, sowie ihr Verhältnis zueinander diskutiert werden. Hier soll Bedarf als artikulationsfähiges Bedürfnis verstanden werden, also jedes Bedürfnis, jeder Wunsch zur Gestaltung der individuellen oder gemeinschaftlichen Lebensumwelt, der eindeutig von den Interessentinnen und Interessenten formuliert und gesellschaftlich durchgesetzt werden kann.

erforderlichen »Verlangsamung« von Entwicklungen. Als fixiertes Regelwerk, das durch eine relativ selbständige Bürokratie ausgestaltet wird, repräsentiert der Haushalt vor allem längerfristig wirksame gesellschaftliche Entwicklungstrends, längerfristig wirkende Umverteilungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten.

Die langfristigen Wirkungen von haushaltspolitischen Entscheidungen, etwa hinsichtlich der Rentenreform oder im Zuge der endlosen Debatten um das zulässige Maß innerstaatlicher Verschuldung, sind Beispiele dafür, wie abgesehen von aktuellen politischen Bedürfnissen der Haushalt sehr verschiedenen Widersprüchen Bewegungsraum verschaffen muß.⁸ Diese Widersprüche sind selbst Spiegel der Widersprüche, in denen sich die Gesellschaftspolitik in ihrer Ganzheitlichkeit bewegt. Wohlgermerkt, Möglichkeiten und Notwendigkeiten sind nicht durch den Haushalt selbst gesetzter Natur, sondern sie sind aus dem Gewicht der verschiedenen Interessenkonstellation beziehungsweise Interessengruppen abgeleitet.

Haushalt als Ganzheitlichkeit

Der Haushalt gestaltet also Umverteilungsprozesse unter zwei Prämissen: a) unter der Prämisse der Durchsetzung der unmittelbaren Reproduktionserfordernisse beziehungsweise -bedürfnisse der herrschenden Schicht und b) unter der Prämisse der Sicherung eines solchen Typs der Reproduktion der Gesellschaft in ihrer Totalität, die den unter a) benannten Erfordernissen entspricht, aber gleichzeitig die unbedingt notwendigen konsensualen Momente aufgreift, also nicht unbedingt im Detail mit den Interessen der herrschenden Schicht identisch ist (!). Beide Prämissen bewegen sich wiederum in einem quantitativen Rahmen, der durch die Masse der in der Gesellschaft verfügbaren Ressourcen gezogen wird. Es gehört damit immer zu den Eigenschaften von Haushalten, tendenziell widersprüchliche Wirkungen einzuschließen.

Eben dieses Einschließen und teilweise Aufheben von Widersprüchen (Schaffung von Bewegungsspielräumen für Widersprüche) sowie die Langfristigkeit seiner Wirkungen verleiht der Haushaltspolitik die scheinbar von außen kommende Legitimität, verwandelt den Haushalt wiederum in eine Legitimation des Staates. Damit erklärt sich die Angst der Politikerinnen und Politiker vor Haushaltskrisen – sie sind automatisch komplexe politische Krisen, Krisen der herrschenden Macht. Sie erfassen sehr verschiedene gesellschaftliche Akteure, stellen bisherige Beziehungsgeflechte in Frage und ordnen politische und wirtschaftliche Kräfteverhältnisse neu. Sie sind End- und/oder Ausgangspunkt einer Neuordnung von Verteilungs- und Umverteilungsprozessen – oder tiefergehender auch gesellschaftlicher Strukturen insgesamt.⁹ Für politische Parteien ist daher das Verhalten in einer Haushaltskrise entsprechend bedeutend mit ihrer Positionierung in den Auseinandersetzungen um die Macht, in ihrem Selbstverständnis und in den Kompetenzzuschreibungen mitunter identitätsstiftend.

Die hier skizzierten Beziehungen und Prozesse sind natürlich im Alltagsbewußtsein nicht präsent. Das Alltagsbewußtsein bedient sich primär Stereotype – und ein solches Stereotyp ist der Zusammenhang von »funktionierendem Haushalt« und Legitimität des

8 Ablehnung oder Bejahung einer mehr oder weniger umfangreichen Haushaltsverschuldung sagt nichts darüber aus, welche Interessen mit ihr tatsächlich verfolgt werden. Fakt ist jedoch, daß Haushaltsverschuldung zumeist eine Verschiebung der Lösung aktueller reproduktiver Probleme in die Zukunft bedeutet; entweder, weil die aktuellen Kräfteverhältnisse eine Lösung nicht möglich erscheinen lassen, oder weil die erforderlichen Instrumente nicht vorhanden sind.

9 Auch hier kennt die Geschichte viele Beispiele – erinnert sei an die Bewilligung der deutschen Kriegskredite 1914. Ein politische Grundentscheidung war untrennbar mit einer haushaltspolitischen Frage verknüpft. Flottenbauprogramm ein anderes Beispiel. In ritualisierter Form spiegelt sich dieser Zusammenhang in den Haushaltsdebatten, insbesondere in der Abstimmung zum »Kanzleretat«.

Staates. Gerät der Haushalt »in Unordnung«, wird dementsprechend auch die Legitimität des Staates in Frage gestellt, ohne auf die tatsächlichen Ursachen der haushalterischen Verwerfungen, die wiederum meist primär in Verschiebungen von Interessenlagen zu finden sind, eingehen zu müssen/können.¹⁰

Halten wir fest: Wenn der Haushalt als Funktion von Politik ein Instrument der Realisierung widersprüchlicher Interessen ist und er gleichzeitig gesellschaftliche Reproduktionsnotwendigkeiten abbildet, ist es wenig sinnvoll, ihn als solchen in das Zentrum der Auseinandersetzung zu stellen, sondern die Art und Weise seines Entstehens, seiner Abarbeitung und seiner Abrechnung – also in seiner Ganzheitlichkeit. Der letztendlich zur Realisierung kommende Haushalt fixiert Umverteilungsprozesse, die ihre Grundlagen in anderen, vorgelagerten Auseinandersetzungen haben. Er ist Resultat wie Voraussetzung der übrigen Phasen gesellschaftlicher Reproduktion und in diese eingebunden. Für die hier zur Debatte stehende Frage des Verhältnisses von Bürgerinnen und Bürgern, Abgeordneten (Politikern) und Haushalt/Haushaltspolitik bedeutet das vor allem:

- sich immer vor Augen zu halten, daß der Haushalt grundsätzlich gestaltbar ist, keine gesellschaftliche Gruppe aber in der Lage ist, ohne weitgehende politische Machtverschiebungen die Richtung der Entwicklung völlig zu monopolisieren¹¹;
- daß der Haushalt seiner Natur nach immer politische Kompromisse erzwingt. Soweit nicht eine totale Verschiebung der Kräfteverhältnisse auf eine Gruppe erfolgt, liegen im Haushalt selbst Veränderungspotentiale;
- zu begreifen, daß nicht der Haushalt als solcher, sondern die Art und Weise seines Zustandekommens, seiner Abarbeitung und Kontrolle in den Mittelpunkt gesellschaftlicher Debatten zu stellen ist;
- zu verstehen, daß interessen geleitete Veränderungen in der Haushaltspolitik normal/alltäglich sind und auch sein müssen.

Diese Aussagen betreffen sowohl die Ausgaben- als auch die Einnahmeseite. In der öffentlichen Diskussion steht jedoch vor allem die Ausgabenseite, während die Einnahmen zumeist als nicht wesentlich erweiterbar dargestellt werden. Steuerpolitik und Beteiligungspolitik als mögliche wichtige Pfeiler der Einnahmeentwicklung spiegeln aber genauso wie die Haushaltspolitik (und meist in diese eingeordnet) Machtverhältnisse und Interessenkonstellationen wider.

Demokratisierung von Haushaltspolitik als weitgreifende Aufgabe

Ein gründlicherer Blick auf die heutige Realität von Haushaltspolitik zeigt, wie sehr diese tatsächlich beeinflussbar ist und stellt Haushaltspolitik als »einfache« Politik dar. Und genau weil dies so ist, und weil im Zusammenhang mit den gesellschaftspolitischen Weichenstellungen seit Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre, vor allem aber in den letzten zehn Jahren die Rücknahme konsensualer Elemente in der Haushaltspolitik immer stärker empfunden wird, werden Haushaltsprobleme zunehmend als Elemente einer weitergehenden Legitimationskrise der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse, vor allem des Staates, verstanden und entsprechende Gegenstrategien, in denen wiederum der Haushalt eine

10 Daraus ist die Problemlage kommunaler Haushaltspolitik deutlich abzuleiten und zu erklären. Der kommunale Haushalt wie auch die kommunale Haushaltspolitik sind Resultat einer mehrfachen Brechung, die neben differenzierten Interessenlagen auch verschiedenartige Stereotype einschließt. So ist letztlich der Kommunalhaushalt eben kein »kleiner Staatshaushalt«, er ist selbst nur Reflex des Staatshaushaltes.

11 Tatsächlich ist die deutsche Kriegswirtschaft eines der verhältnismäßig wenigen Beispiele für eine solche fast vollständige Ausschaltung konsensualer Momente aus der Haushaltspolitik.

wesentliche Rolle spielt – und spielen muß –, von verschiedenen Interessengruppen entwickelt. Dies ist umso dringender, als sich Haushaltspolitik wie Politik überhaupt in dem Widerspruch bewegen muß, daß auf der einen Seite die gesellschaftliche Organisation der Bewahrung jeglicher Grundlagen gesellschaftlicher Weiterexistenz gesellschaftliches Handeln erfordert (erinnert sei an Umweltschutz, Bildung, Wissenschaft, soziale Absicherung, Kampf gegen globale Probleme wie Hunger, Wassermangel etc.) und auf der anderen Seite die Möglichkeiten von Teilen der Führungseliten (Wirtschafts- und Verwaltungsspitzen, Finanzoligarchie), sich der Beteiligung an der Finanzierung dieser Aufgaben zu entziehen, bedeutend gestiegen sind.

Dieser offensichtliche Widerspruch bedarf einer Lösung – entweder, indem Umverteilungsprozesse ernsthaft eingeleitet werden, oder indem hinreichend Akzeptanz für diese krasse Ungerechtigkeit und die damit gesetzten Veränderungen der gesellschaftlichen Machtverhältnisse geschaffen wird. Beides ist nur durch Verhaltensänderungen bei den Bürgerinnen und Bürgern zu realisieren; selbst bloßes Dulden bedeutet: Sie müssen anders konsumieren, sich an ihren Arbeitsplätzen anders verhalten, andere individuelle und familiäre Überlebensstrategien entwickeln und umsetzen. Zwangsläufig tritt damit die Frage nach der Stellung »des Bürgers/der Bürgerin« in der Haushaltspolitik wieder stärker auf den Plan. Haushaltspolitik wurde und wird immer auf die eine oder andere Weise (und sei es durch passive Hinnahme) von den Bürgern beeinflusst. Tatsächlich soll nun dieser Mitwirkung eine wie auch immer geartete neue Qualität gegeben werden. Wie auch in anderen Bereichen – es sei nur an die Versuche zur Aufwertung des Ehrenamtes, die Debatten zur *good governance*, zur Regionalisierung, zur Staatsaufgabenkritik und ähnliches erinnert – wird nach Möglichkeiten gesucht, über die aktive Ansprache eines gesellschaftlichen Verantwortungsgefühls der Bürgerinnen und Bürger der Politik, den Politikerinnen und Politikern und einer bestimmten gesellschaftlichen Struktur Legitimation zu verschaffen. Anders gesagt, die klassischen politischen und Lobbystrukturen sehen sich außerstande, eine »richtige«, gesellschaftlich weitgehend akzeptierte Haushaltspolitik ohne die Einbeziehung weiterer Kreise der Gesellschaft zu konzipieren.

Daraus ergeben sich für die politischen Akteure neue Aufgaben. Vor allem geht es darum, die »Mystik« der Haushaltspolitik aufzubrechen und sie entsprechend ihrer Ganzheitlichkeit zu konzipieren. Neben der zentralen Frage der Öffentlichkeit des Gesamtprozesses geht es vor allem um die Herstellung neuer Kräftekonstellationen in bezug auf alle haushaltsrelevanten Fragen, das heißt vor allem, die Implementierung direkt-demokratischer Verfahren. Nur auf dieser Basis scheint es möglich, letztendlich ein realistisches Bild der Bedarfsstrukturen (also der gesellschaftlichen Reproduktionserfordernisse) und der Ressourcenstrukturen zu erlangen, gleichzeitig aber auch Akzeptanz von Umverteilungsnotwendigkeiten, die beispielsweise aus sozialen, ökologischen oder entwicklungspolitischen Anforderungen resultieren, zu erreichen.

JÜRGEN MEIER

Durch jedes Kunstwerk schimmert Weltanschauung

Kunst, befreit aus ihrem Bann, den Magie und Religion ihr auferlegt hatten, suchte Mitte des 19. Jahrhunderts neue Wege. Dies wird auch in der Malerei deutlich. Sie folgt dabei den zwei Hauptströmungen der Philosophie: Die *Realisten*¹ wollen die menschliche Gesellschaft, deren Beziehung zur Natur und Arbeit, konkret erfassen, die *Romantiker*² wollen dieser Welt entfliehen. Die Sehnsucht, ohne Entfremdung in einer technisierten und vom partikularen Streben bestimmten Welt zu leben, treibt dabei beide Richtungen an, allerorten »geistiges Material« aufzusaugen, um es bildnerisch zu verarbeiten.³

Der Webstuhl und die Dampfmaschine kamen in England, Frankreich und zuletzt in Deutschland immer mehr zum Einsatz. Die Gesetzmäßigkeiten der Natur wurden durch die Wissenschaften für den nun national produzierenden Bürger immer transparenter, der sich dieser Erkenntnisse immer besser anzunehmen verstand und sie in Produktivitätssteigerung umsetzte. Daß in Frankreich zu dieser Zeit die realistischen Maler dominierten, während in Deutschland die Romantiker die Malerszene beherrschten, hängt mit der unterschiedlichen ökonomischen und politischen Entwicklung beider Länder zusammen. Während man von Deutschland aus ängstlich die Liquidierung des Feudalismus in Frankreich beobachtete und sich sowohl vor den Entfremdungen der kapitalistischen Produktionsweise wie vor dem einfachen Volk zu fürchten begann, malte Delacroix (1830) sein Bild »Die Freiheit führt das Volk«, dessen Idee die Pariser Kommunarden 1870 erstmalig und einzigartig auf europäischem Boden gegen die Bourgeoisie einzulösen versuchten.

Das geistige »Material« für die französischen Realisten lieferten unter anderem die französischen Philosophen La Mettrie, Diderot, Helvétius und Holbach. Delacroix schöpfte besonders aus den Werken von Shakespeare, Dante Alighieri und Goethe.⁴ Natürlich verlaufen die Grenzen zwischen Frankreich und Deutschland in dieser Hinsicht nicht statisch, was besonders an Goethe deutlich wird. Dennoch blieben die Philosophen und Denker eines aufgeklärten Materialismus in Deutschland auf wenige Personen beschränkt, während sie in Frankreich Teil einer gewaltigen Volksbewegung waren. Die Malerei Courbets und Millets⁵, der gegen seinen Willen zum Künstler der Kommune ernannt wurde, waren in den Kreisen der Aristokratie verhaßt. Courbet⁶ wollte alle Klassen ohne Ansehen der Person zum Thema der Kunst machen. Sein Bild »Steineklopfer«⁷, das 1855 (Pariser Weltausstellung) der Öffentlichkeit präsentiert wurde, stieß auf enorme Ablehnung des Adels. Der Schriftsteller und Freund Cour-

Jürgen Meier – Jg. 1950; studierte »Intermedia« in Bielefeld. Viele Jahre PR-Berater/Designer. Jetzt freier Publizist (Radio, Zeitung, Dokumentarfilm). Autor mehrerer Bücher, unter anderem: »Werbung oder Kunst«, »Das moderne Krankenhaus«, »Fortunas Kinder – Eine kleine Geschichte des Glücks«, Aufbau Taschenbuch Verlag 2002. Zuletzt in *UTOPIE kreativ*: »Wer hat Angst vor Bürokraten? Wahlillusionen und Demokratie« Heft 143 (September 2002), S. 815-822.
Foto: privat

1 Honoré Daumier (1808-1899), Gustave Courbet (1819-1877), Jean-François Millet (1814-1875), Eugène Delacroix (1798-1863).

2 Caspar David Friedrich (1774-1863), Carl Spitzweg (1808-1885), Ludwig Richter (1803-1884), Karl Eduard Ferdinand Blechen (1798-1840).

3 Ein Spender solchen Materials an die Maler der Romantik war der Dichter Novalis, der die Nacht als Sphäre der Seele und des Geistes deutete, die von einer höheren Existenz zeuge als der Alltag der materiellen Welt.

4 Julien de La Metrie (1709-1751), Denis Diderot (1713-1784), Claude Adrien Helvétius (1715-1771), Paul-Henri von Holbach (1723-1789), William Shakespeare (1564-1616), Dante Alighieri, (1265-1321), Johann Wolfgang von Goethe (1749-1832).

5 Millet, Sohn eines Bauern, verdiente seinen Lebensunterhalt mühselig mit Porträtmalerei. Er galt lange als Umstürzler, »weil er die große Menschlichkeit voll großer Poesie« sich im Elend der Bauern offenbaren sah.

6 Courbet begann 1840 ein Jurastudium. Als Maler war er Autodidakt. Er war in der Pariser Kommune für die Museen verantwortlich, die er vor Kriegsschäden schützen sollte. Nach der Liquidierung der Kommune mußte er ins Gefängnis. Er emigrierte 1873 in die Schweiz.

7 »Steinklopfer« hing bis zur Zerstörung 1945 in der Dresdner Gemäldegalerie.

bets Champfleury kommentierte diesen Protest mit den Worten: »Man will nicht zugeben, daß ein Steinklopfer ebensoviel wert ist wie ein Prinz. Der Adel entrüstet sich, daß so viel Meter Leinwand Leuten aus dem Volk zuteil wurden. Nur die Herrscher haben das Recht, in ganzer Figur dargestellt zu werden...«.⁸ Die aristokratischen Protestler beschimpften die Malerei Courbets als flachen »Realismus«. Courbet nahm diesen Begriff auf und machte ihn zu seinem Programm.

Einen anderen Weg schlugen die Romantiker ein, die ihr geistiges Material der Philosophie Immanuel Kants, aber besonders dem Christentum entnahmen. Der Glaube sollte das Leben von höfischen Äußerlichkeiten befreien. Die Bilder von Caspar David Friedrich⁹ vermitteln eine melancholische Weltsicht. Die Hoffnung, daß der Mensch durch göttliches Licht des Kosmos in seiner irdischen Existenz Trost finden möge, war bei den Romantikern verbreitet. Dementsprechend wählten sie ihre Motive und setzten ihre zarten Farben.

Die Folgen von 1848 und 1870/71

Mit der Niederschlagung der Pariser Kommune veränderte sich das geistige Material, auf das sich die Maler stützten. Nicht nur die Kommune war gescheitert; mit ihr verschwand auch der Einfluß der realistischen Maler wie der materialistischen Philosophen. Sie traten in den Reihen der Intellektuellen und Künstler in den Hintergrund. An diesem Rückzug war sicher die Schwäche des frühen philosophischen Materialismus, der sich einseitig auf die Form des Objekts konzentrierte, mit schuld. Marx nannte diesen Materialismus einen mechanischen, der die tätige Seite des Menschen nicht in dialektischen Bezug zum Objekt setze.¹⁰ Dies ist ein Grund, weshalb Schopenhauer und Nietzsche nach 1848, besonders aber nach 1871, immer größeren Einfluß unter den Intellektuellen und Künstlern gewinnen konnten. Während die Romantiker sich ganz aus der pragmatischen Welt des Menschen zu entfernen versuchten, setzten die idealistischen Philosophen nach der unvollendet gebliebenen Revolution von 1848 nur noch auf das irdische Subjekt, das völlig frei von objektiven Bindungen und Klasseninteressen nur den eigenen »Willen« verwirkliche.¹¹ Jeder Mensch hat demnach seine eigene Wirklichkeit; es gibt kein objektives Band, das Menschen, unabhängig von ihrem Bewußtsein, verbindet. Schopenhauer negiert damit das objektive Band der gesellschaftlichen Arbeit und den daraus objektiv entstehenden Klassenbeziehungen. Das »Ursprüngliche« ist ausschließlich »der Wille« des einzelnen, der sich seine eigene Welt schaffen muß, unabhängig von den gesellschaftlichen Verhältnissen. Das Kunstwerk könne nur »Ausdruck einer Idee« sein, die durch den Willen des Künstlers, nicht aber durch dessen Teilnahme am gesellschaftlichen Leben entstehe.

Diese Form des Idealismus wollte und konnte nicht mehr die geistige Kraft einer Klasse sein, die das Ganze der Gesellschaft in menschlichere Zeiten führen wollte. Die Klasse der Bourgeoisie war ökonomisch längst den Kinderschuhen entwachsen und begann politisch mit der Aristokratie in eine Koalition einzutreten. Der Blick für das Ganze war damit beendet. Die Philosophie kehrte sich ab von weltanschaulichen Fragen. Die Bourgeoisie konzentrierte sich auf

die Expansion ihrer ökonomischen Dominanz und verlor das Interesse an Philosophie und Kunst, das sie zuvor gerade ausgezeichnet hatte. Philosophie und Kunst wurden somit zu Spezialterrains der Intelligenz und der Künstler, die sich hier austoben konnten, solange sie die Grenze des Subjektiven nicht überschritten. Dennoch blieb die Kunst an die Philosophie gebunden, die idealistische Antworten auf die Fragen zu formulieren versuchte: »Woher kommen wir? Was sind wir? Wohin gehen wir?« Diese Fragen wurden zum Titel eines 1897 von Gauguin¹² gemalten Bildes. Philosophie und Kunst verschlossen sich – jede separiert – vor den bestimmenden Prozessen des gesellschaftlichen Seins, um Ethik und Ästhetik auf die Ebene der persönlichen Entscheidung und des persönlichen Geschmacks zu reduzieren. Philosophie und Kunst wurden so gesellschaftlich immer gleichgültiger. Sie verschwanden hinter den Mauern der Universitäten, wo das Ziel ihrer führenden Persönlichkeiten die Professur war, oder etablierten sich als verflachte Spezialtechniken zum Zwecke partikulärer ökonomischer Interessen (heute: Unternehmensphilosophie, Werbung, Design).

Der Liberalismus war nach den abgebrochenen bürgerlichen Revolutionen an die Stelle demokratischen Strebens getreten. Nun bestimmten die idealistischen Maler die Kunstszene, die sich zwar auch, wie einst die Romantiker, auf die Wirkung des Lichts konzentrierten, aber nicht, um mit Hoffnung auf eine ferne göttliche Erlösung aus dem irdischen Jammertal zu setzen, sondern um in diesem Naturbezug die eigenen Impressionen des Subjekts zum Ausdruck zu bringen. Die *Impressionisten* verzichteten auf eine exakte Wiedergabe von Gegenständen und zeigten in ihren Bildern die Natur, das einfache Alltagsleben, die Nacktheit und das Nachtleben. Sie suchten das »Geheimnis«, die »Schönheit«, die »Seele« und die *décadence*. Dabei orientierten sie sich in ihren Darstellungen noch an der Gegenständlichkeit der Natur. Sich auch von diesen zu lösen, war erstmals dem *Expressionismus* vorbehalten. Nicht hohe Ideale, sondern der Bereich des Privaten, Intimen, Alltäglichen sollte von den Impressionisten lieblich verzaubert werden. Das moderne Subjekt, das sich bereits als vereinzelt und einsames erlebte, steht im Mittelpunkt dieser Malerei.¹³

Der *Expressionismus* wollte dann kühnen Schrittes von den äußeren Formen zum »Wesen« vordringen. Seine Formen und Farben waren dabei von ähnlicher Extravaganz wie die Schriften Nietzsches, die sprachgewaltig die Erscheinungen der menschlichen Entfremdung kritisieren, ohne diese aber auf ihr gesellschaftliches Wesen, die kapitalistische Produktionsweise, zurückzuführen. Statt dessen formuliert Nietzsche eine indirekte Apologetik dieser Produktionsweise, deren Dynamik er als Charakter für den einzelnen Menschen fordert.¹⁴ Das *ego*, nicht das Subjekt, wird bei Nietzsche zum Wesentlichen des menschlichen Lebens erhoben und von seiner eigentlichen Wurzel, dem Gesellschaftlichen, entfremdet. Das Subjektive existiert für ihn nicht wirklich, setzt es doch das Objektive, also das gesellschaftliche Sein, als vom Bewußtsein Getrenntes voraus.¹⁵ Das *ego* ist aber in nichts eingebunden als in sich selbst. Es wird erst dann zum Subjekt, wenn es sich aus seiner Vereinzelung zu erheben vermag, um als Gattungswesen – auch dies ein Begriff, den Nietz-

8 Brief von Champfleury an Madame Sand, 1850.

9 Caspar David Friedrich war Sohn eines Seifensieders und Lichtgießers. Er wurde 1816 Mitglied der Dresdner Akademie, später Professor. Er war ein entschiedener Gegner Napoleons.

10 »Der Hauptmangel alles bisherigen Materialismus ... ist, daß der Gegenstand, die Wirklichkeit, Sinnlichkeit nur unter der Form des *Objekts* oder der *Anschauung* gefaßt wird; nicht aber als *sinnlich menschliche Tätigkeit, Praxis*; nicht subjektiv. Daher die *tätige* Seite abstrakt im Gegensatz zu dem Materialismus von dem Idealismus – der natürlich die wirkliche, sinnliche Tätigkeit als solche nicht kennt – entwickelt.« (Karl Marx: Thesen über Feuerbach, in: MEW Bd. 3, S. 5.)

11 »Der Realismus, der sich dem rohen Verstande dadurch empfiehlt, daß er sich das Ansehn giebt tatsächlich zu seyn, geht gerade von einer willkürlichen Annahme aus und ist mithin ein windiges Luftgebäude, indem er die allererste Thatsache überspringt oder verleugnet, diese, daß Alles was wir kennen innerhalb des Bewußtseyns liegt.« (Arthur Schopenhauer: *Werke in zehn Bänden*, Zürich 1977, Bd. 3, S. 11.)

12 Paul Gauguin (1848–1903) arbeitete nach der Zerschlagung der Pariser Kommune zunächst als Börsenmakler in Paris.

13 Claude Monet (1840-1926) floh 1870-1871 von Paris nach London. Er verbannte das Schwarz von seiner Palette und ersetzte es durch Blau. Er war Mitbegründer der Gruppe »Société des Artistes Indépendents« (Gesellschaft unabhängiger Künstler). Frédéric Bazille (1841-1870) studierte Medizin und starb im Krieg 1870 auf französischer Seite. Alfred Sisley (1839-1899), Sohn wohlhabender Eltern, floh vor der Pariser Kommune nach Voisins-Louveciennes. Pierre-August Renoir (1841-1919), Sohn eines armen Schneiders, machte eine Lehre der Porzellanmalerei. Studierte mit Monet, Bazille, Sisley an der Kunsthochschule Paris. Paul Cézanne (1839-1906) sollte das Bankhaus seines Vaters übernehmen. Studierte Jura, dann Malerei. Er wurde Wegbereiter der modernen Malerei.

14 »Der Egoismus gehört zum Wesen der vornehmen Seele, ich meine jenen unverrückbaren Glauben, daß einem Wesen, wie ›wir sind‹, andre Wesen von Natur untertan sein müssen und sich ihm zu opfern haben.« (Friedrich Nietzsche: *Werke in drei Bänden*, Hg. Karl Schlechta, München 1954, Bd. 2, S. 739.)

15 »Das ›Subjekt‹ ist nur eine Fiktion: es gibt das ego gar nicht, von dem geredet wird, wenn man den Egoismus tadelt.« (Nietzsche, ebenda, Bd. 3, S. 534.)

sche negiert¹⁶ – eine bewußte Beziehung zur Natur und zur Menschheit einzunehmen. Das *ego*, das Ich, kann ohne Subjekt zu werden aber keine Kunstwerke schaffen und genießen. Wie kann dann Nietzsches Philosophie zum geistigen Material von Künstlern werden? Da bei Nietzsche nur die »vornehme Seele« als *ego* über andere herrschen kann, soll die Kunst der »vornehmen Seele« zu Diensten sein. In ihr soll sich das *ego* bestätigen und zeigen.¹⁷ Somit sind alle *Realisten*, deren Blick sich nach außen richtete, keine Künstler, zumal viele dieser Realisten die Forderung der frühen Bourgeoisie nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ernst nahmen und unterstützten. Nietzsche macht sich über diese »Esel« folgerichtig dann auch lustig.¹⁸ Die »modernen Ideen« der bürgerlichen Revolution, die sich in der Pariser Kommune dann gegen die Bourgeoisie selbst richteten und schließlich vollends scheiterten, zieht Nietzsche ins Lächerliche. Er beschimpft alle, die an der Tradition humanistischer Vorstellungen festhalten, als Philister: Es mußte »alles beim Alten bleiben, nur durfte um keinen Preis an dem ›Vernünftigen‹ und an dem ›Wirklichen‹, das heißt an dem Philister gerüttelt werden«¹⁹.

Von den Phrasen Nietzsches mitgerissen, wollten die Maler jener Zeit neue Wege gehen. Sie wollten keine Philister oder Spießer sein und bemerkten nicht, wie Nietzsche die Vernunft liquidiert hatte und damit das eigentliche Subjekt. Die Künstler spürten die Entfremdung, die das bürgerliche Zeitalter mit sich gebracht hatte, die Vernichtung des Handwerks, die Kinderarbeit in den Kohlegruben und Webereien, die Flucht der Landbevölkerung in die Städte und die wachsende Vereinzelung der Menschen. Die Kunst wollte »revolutionieren«, weg vom Alltagspragmatismus, in dem der einzelne an die Vorbestimmungen des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses angepaßt ist, hin zur Freiheit des einzelnen.

Jean Clair, Direktor des Musée Picasso, versuchte in seinem Buch »Die Verantwortung des Künstlers« die Legende des »humanistischen« Expressionismus zu stürzen. In Anlehnung an den Philologen Victor Klemperer weist er nach, daß die SS-Rune aus dem Formeninventar expressionistischer Maler wie Heckel, Kirchner oder Klee stammt.²⁰ Die Manipulation eines ganzen Volkes wurde zum blutigen »Gesamtkunstwerk« expressionistischer Intuition. Mit Hilfe der Intuition, nicht der Vernunft, sollte der Versuch des Unmöglichen gestartet werden. Die Intuition sollte eine überwissenschaftliche Weltanschauung schaffen. Die Intuition wird bei expressionistischen Künstlern zu einem Organ der Erkenntnis erhöht, das die Vernunft, die sich stets mit der gegenständlichen Welt in Beziehung setzt, entthront. Die Intuition wird dem begrifflichen, rationalen Denken entgegengestellt, statt sie als psychologisches Element einer jeden künstlerischen Arbeitsmethode zu sehen, das ein plötzliches Bewußtwerden sich unbewußt fortsetzender Gedankenprozesse darstellt. Diese Form des subjektiven Idealismus, die das Bewußtsein mit dem Bewußtsein des *ego* (Gefühl, Empfindung, Vorstellung) gleichsetzt, setzt das gesellschaftliche Sein nur als Produkt des individuellen Bewußtseins. Dadurch entsteht besonders beim Künstler die Vorstellung, er müsse nur dieses eigene, individuelle Bewußtsein auf seiner Leinwand vergegenständlichen, um eine Gesellschaft zu ermöglichen, in der jeder selbständig und frei leben kann.

Die ersten modernen Künstler folgten bis 1914 sehr betont der Philosophie Nietzsches.²¹ Picassos Bild »Les Demoiselles d'Avignon« (1907) verabschiedete sich erstmalig in der europäischen Malerei von den traditionellen Normen der klassischen Schönheit, indem es eine absichtliche Barbarisierung der menschlichen Figur zeigte. Das Bild ist ein Manifest gegen die sinnliche Wahrnehmung und für eine intuitive Erfahrung der Welt. Es wendet sich ab vom Materialismus des 19. Jahrhunderts, um ganz im subjektiven Idealismus aufzugehen. Dennoch träumte Picasso²² von einer kollektiven Kunst, innerhalb derer der einzelne nur noch an einem großen, gemeinsamen Werk mitwirkt.

Anders als die Philosophen, die in ihren geistigen Konstruktionen fernab vom Alltag leben können, bleiben die Künstler stets dem Alltag verhaftet, aus dessen Quelle jedes ihrer Motive und ihres Materials stammt. Während die Philosophie sich »im Allgemeinen« ergeben kann und selten vom Alltagsmenschen als richtiges oder falsches Denken erkannt wird, ist der Alltagsmensch bei der Einschätzung von Kunstwerken dazu sehr wohl in der Lage. Diese ordnet er zwar nicht als richtig oder falsch ein – dazu fehlt ihm in der Regel die ästhetische Bildung –, aber er negiert oder befürwortet sie mit Worten wie »Das gefällt mir!« oder »Damit kann ich nichts anfangen!«.

Picasso war stets eng mit dem Alltagsleben der Menschen verbunden. »Es gibt keine abstrakte Kunst«²³, pflegte er zu sagen. Er nahm Stellung zu dieser Wirklichkeit, die von Leid, Hunger, Not und Krieg (»Guernica« 1937; »Massaker in Korea« 1954) geprägt ist. Picasso ist gerade deshalb ein so bekannter Künstler geworden, weil er seine philosophische Orientierung bei der Darstellung der Wirklichkeit unmittelbar den philosophischen Strömungen anpaßte, von denen er eine Befreiung des individuellen Denkens erhoffte. Die unmittelbare Realität des Alltags prägte das Schaffen des jungen Picasso (»Der alte Jude« 1903; »Das karge Mahl« 1904). Dann, von 1907 bis 1914, löst er die »Spuren der Wirklichkeit« idealistisch auf. Der gemeinsame künstlerische Schaffensprozeß sollte ein erster Schritt sein, um die Umgestaltung der Gesellschaft einzuleiten: »Die Leute verstanden damals nicht recht«, schreibt er, »warum wir unsere Bilder sehr oft nicht signierten. Von denjenigen, die signiert sind, wurden die meisten erst Jahre später signiert. Das geschah, weil wir die Verlockung einer anonymen Kunst ... spürten. Wir versuchten, eine neue Ordnung aufzubauen. ... Aber der Individualismus war schon zu stark. ... Sobald wir sahen, daß das kollektive Abenteuer eine verlorene Sache war, mußte jeder einzelne von uns sein individuelles Abenteuer finden.«²⁴

Der Krieg zieht einen klaren Strich zwischen einem Picasso und einem Franz Marc. Anders als Marc, der hochgemut als Schüler Nietzsches in den Krieg zog, den er wie Dix als ein »Fegefeuer des alten, altgewordenen, sündigen Europas« verherrlichte, hat Picasso mit seinem spielerisch kubistischen Bild »Vive la France« (1914) allmählich wieder zu einer weniger die Wirklichkeit »auflösenden« Malweise zurückgefunden. Er nahm nie grundsätzlich gegen den Krieg Stellung, aber er stand auf seiten Frankreichs, wie er später auf seiten der spanischen Republik stand, obwohl er sich noch 1908 als Royalist bezeichnete. 1937 erklärte er: »Der spanische Krieg ist der Kampf der Reaktion gegen das Volk, gegen die Freiheit.«²⁵

16 Dort, wo Nietzsche den Begriff benutzt, bekommt er eine separierende, statt alle Menschen integrierende Bedeutung. Zum Beispiel: »Wenn man etwas ist, so braucht man eigentlich nichts zu machen – und tut doch sehr viel. Es gibt über dem ›produktiven‹ Menschen noch eine höhere Gattung (die geistige Elite – J. M).« (Nietzsche, ebenda, Bd. 1, S. 570.)

17 »Der künstlerische Schaffungsakt sei »gerade der kräftigste und selbsttätigste Zeugungsmoment im Innern des Künstlers..., ein Kompositionsmoment allerhöchster Art, dessen Resultat wohl ein künstlerisch wahres, nicht ein historisch wahres Gemälde sein wird.« (Nietzsche, ebenda, Bd. 1, S. 247.)

18 »Erst die französische Revolution hat dem ›guten Menschen‹ das Szepter vollends und feierlich in die Hand gegeben (dem Schaf, dem Esel, der Gans und allem, was unheilbar flach und Schreihals und reif für das Narrenhaus der ›modernen Ideen‹ ist).« (Nietzsche, ebenda, Bd. 2, S. 216.)

19 Friedrich Nietzsche: Werke, Bd. 1, S. 146.

20 »Die expressionistische Neigung, die Massen durch das Okkulte zu manipulieren, eher die Sinnlichkeit zu unterjochen, als den Verstand anzuregen, all das sind Züge, die den Absichten des Nazismus entgegenkamen.« (Jean Clair: *Die Verantwortung des Künstlers.*)

21 Bei Nolde hörte sich das so an: »Meine Kunst ist keine Gedankenarbeit – sie entsteht« (1906). Emil Nolde (1867-1956) besuchte eine Schnitzschule in Flensburg. Von 1892-1898 war er Gewerbelehrer in St. Gallen. 1933 rettete ihn seine positive Einstellung zum Nationalsozialismus nicht davor, als »entartet« verboten zu werden.

22 Pablo Picasso (1881-1973) war Sohn eines Kunstmalers. Er studierte an der Akademie von San Fernando.

23 »... immer muß man mit irgend etwas anfangen. In der Folge kann man alle Spuren der Wirklichkeit auflösen. Darin liegt dann keine Gefahr mehr, denn die Idee des Gegenstandes hat ihren unverwischbaren Eindruck hinterlassen. Sie ist es, die von Anfang an den Künstler reizt, seine Gedanken anregt, seine Empfindungen in Erregung bringt.« (Hans L. C. Jaffé: *Pablo Picasso*, Köln 1964, S. 11.)

24 Wilfried Wiegand: *Picasso*, Hamburg 1976, S. 79.

25 Werner Spies: *Picassos Traum und Lüge Francos*, Frankfurt 1968, S. 30.

26 Fernand Léger (1881-1955) arbeitete erst als Architekturzeichner und lebte 1908 in der Künstlerkolonie »Zone«.

27 George Grosz (1893-1959) studierte 1909 an der Dresdner Kunstakademie und 1911 an der Berliner Kunstgewerbeschule. 1932 emigrierte er nach New York.

Mit dem Bild »Sitzender Pierrot« (1918) kehrte Picasso zum Realismus zurück. Dennoch legte er sich malerisch wie weltanschaulich nicht fest. Er blieb ein Schwankender zwischen subjektivem, objektivem Idealismus und Materialismus. Fernand Léger²⁶, einer aus dem Kreis der Kubisten, war da in Fragen der Weltanschauung und der künstlerischen Gestaltung deutlicher. Er kritisierte den Kubismus, nachdem er seine Kriegserfahrungen gemacht hatte. Seine Bilder sollten nun »direkt, kurz und gesund« sein. Er brach mit dem Kubismus, was Picasso nicht tat. George Grosz²⁷ griff die kubistischen Maler noch schärfer an, indem er sie als indirekte Apologeten der kriegführenden Bourgeoisie anklagte: »Was seid ihr anders als klägliche Trabanten der Bourgeoisie?«²⁸ Die Kubisten waren aber keine »Trabanten«, sondern sie vergegenständlichten eine subjektiv idealistische Weltanschauung, von der sie sich einen Weg aus der Vereinsamung erhofften. Daß sie auf diesem Weg auch bürgerliche Interessen vertraten, indem sie die Kunst zu einer Separatwissenschaft degradierten, macht nur deutlich, wie schwer es dem suchenden Künstler fällt, seine Suche nach Humanität auf die Basis des gesellschaftlich tätigen Menschen zu stellen.

Picasso suchte nach dem 1. Weltkrieg nach einem Mythos, um seinem Leben und Schaffen eine Perspektive zu geben. Diese glaubte er schließlich in der exakten Anwendung der Wissenschaften zu erkennen, welche er in der griechischen Antike und Mythologie repräsentiert sah. Seine Werke dieser Zeit sind stark davon geprägt. Picasso ist damit, wie alle Mythensucher, beim objektiven Idealismus gelandet. Dies zeigt sich auch in seinem bekanntesten Werk: »Guernica«. Die Endfassung vereinigt den Stier, das Pferd, die Frau mit der Lampe – Motive, die schon in der Radierung der »Minotauromachie« vorkamen und mythische Zeichen des Leidens und der brutalen Gewalt sind. Der Idealismus hindert ihn, die eigentlichen Wurzeln des Krieges zu ergründen. Er rekonstruiert griechische Mythen, um Licht in das Chaos der kapitalistischen Konkurrenzgesellschaft zu bringen. Der objektive Idealismus sollte die Antwort auf den subjektiven Idealismus sein. Er erfindet Mythen, in deren Mittelpunkt das Erklären und Verstehen der weltenschaffenden Aufgabe des objektiven Bewußtseins steht, denn es ist klar, daß es ein solches von der Gesellschaft oder Natur unabhängiges Bewußtsein nicht geben kann. Also greift er nach Mythen verschiedener Gottesauffassungen oder der Welt als einer reinen Idee, wie sie Platon oder Buddha formulierten. Oder aber nach dem Mythos vom »Übermenschen«.

Objektiver und subjektiver Idealismus

Anders als zu Zeiten Hegels stützt sich der objektive Idealismus des 20. und 21. Jahrhunderts nicht mehr auf den dynamischen Willen einer aufstrebenden bürgerlichen Klasse, sondern auf deren weltweit aggressives Selbstbehauptungsstreben, das in krisenhaften Zeiten mit einer panischen Suche nach einer mythischen Richtung Erklärung finden soll. In diesen Zeiten wird der subjektive Idealismus vom objektiven abgelöst. Oder anders formuliert: An die Stelle der direkten Apologetik einer egoistischen Produktionsweise tritt die indirekte, die die gesellschaftlichen Ursachen von Vereinzelung, *Neid*,

Krieg und sozialer Kälte im Schein der Mythensuche und -bildung verschwinden läßt. Der moderne Künstler bewegt sich in diesem Bannkreis.

Ab 1920 entstand als Reaktion auf die Revolution von 1918 eine neue Kunstrichtung, die sich »neue Sachlichkeit« nannte.²⁹ Der subjektive Idealismus war an der harten Realität der politischen Kämpfe der Weimarer Republik gescheitert. Die neue Richtung repräsentierte einen objektiven Idealismus.³⁰ Zeitlos und ohne historische Wurzeln sollte die Kunst sein, die sich auf Mythen und anthropologische Ewigkeitswerte festlegte. »... die wahre Kunst«, schrieb Hitler pathetisch, »ist und bleibt in ihren Leistungen immer eine ewige. ... Ihre Würdigung verdient sie sich als eine aus dem tiefsten Wesen eines Volkes entstammende unsterbliche Offenbarung.«³¹ Auf der anderen Seite der »linke Flügel, grell zeitgenössisch, weit weniger kunstgläubig, eher aus Verneinung der Kunst geboren, sucht mit primitiver Feststellungs-, nervöser Selbstentblößungssucht Aufdeckung des Chaos, wahres Gesicht unserer Zeit«. Grosz und die Brüder Herzfelde plädierten in ihrer Schrift »Die Kunst ist in Gefahr« (1925) für eine sich sozial engagierende Kunst.³² Dieser »linke Flügel« der neuen Sachlichkeit war sicher tief davon überzeugt, in den Dienst einer »guten Sache« gegen eine »böse« treten zu müssen, aber sie blieb – wie ihr »rechter Flügel« – einer Philosophie verhaftet, die auf Mythen setzte. Ob diese Mythen nun tiefstes »Wesen eines Volkes« oder »Werte der Welt« lauten, ist hier nebensächlich. Tatsache ist, daß beide Flügel der »Neuen Sachlichkeit« an die Vollstreckung eines Willens im Volke appellierten, der andernorts, fernab vom konkreten Sein, anthropologisch und mythisch begründet wurde. Kulturkritik im Sinne Nietzsches also rechts wie links. Die Gemälde von Grosz »Stützen der Gesellschaft« (1926) und »Sonnenfinsternis« (1926) wollen die »Dummheit und willkürliche Brutalität der heutigen Machthaber«³³ darstellen: den Nachttopf auf dem Kopf des Journalisten, den dampfenden Döner im Kopf des Konservativen, das Duellschwert und die Schmissee des Nationalisten, den demokratischen Esel mit Scheuklappen, die gehirnlosen republikanischen Politiker, den boshafte General und den habgierigen Kapitalisten, deren Handlungen aus dem Bewußtsein ihres *ego* beschrieben werden.

Der abstrakte Gegensatz von »Mensch« und »Brutalität und Gewalt« kommt in vielen Werken Grosz' zum Ausdruck. Die »Stützen der Gesellschaft« werden nicht in ihrem objektiven Bezug zum gesellschaftlichen Sein gezeigt, aus dem sich ihre Handlungen und Brutalitäten erklären, sondern sie werden als bewußtlose Hornochsen vorgeführt.³⁴ Trotz drastischen Wortgebrauchs hat die Schilderung Grosz's nichts mit dem zu tun, was radikal genannt werden sollte. Denn Grosz setzt lediglich Menschen verschiedener Berufe gegeneinander. Die einen sind gut, die anderen sind böse und gewalttätig. Die Tatsache der Möglichkeit eines Krieges wird nicht aus der objektiven und dynamisch verlaufenden Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise beschrieben, sondern aus dem »Willen zur Macht« der einen wie der anderen »Front«. Grosz wie Nietzsche negieren die Tatsache einer menschlichen Gattung, deren bewußte Einheitlichkeit in der Arbeit und im Handeln durch eine partikularisierte

28 Willi Wolfradt: *George Grosz*, Leipzig 1921, S. 15.

29 In seiner Zeitschrift »Das Kunstblatt« führte Paul Westheim 1922 eine Umfrage durch. Er befragte unter anderem den Direktor der Städtischen Kunsthalle Mannheim, Gustav Friedrich Hartlaub, welcher erklärte, der Expressionismus sei »das höchst denkwürdige Zeichen für das Wiederaufleben eines metaphysischen, im weiteren Sinne des Wortes religiösen Erneuerungswillens innerhalb ganzer Generationen gewesen. Sobald dieser gemeinschaftliche Wille nachließ, mußte der abenteuerliche Vorstoß inmitten unserer materialistischen Gesellschaftsordnung und Weltanschauung fast wahnwitzig erscheinen und darum zersplintern. ... So mußte eine Reaktion zwangsläufig eintreten, genau wie auf politischem Gebiet heute Reaktion herrscht und Resignation nach all den mächtigen Utopien von 1918«.

30 »Der eine konservativ bis zum Klassizismus, im Zeitlosen Wurzel fassend, will nach so viel Verstiegtheit und Chaos das Gesunde, Körperlich-Plastische in reiner Zeichnung nach der Natur.« (G. F. Hartlaub).

31 Hans Dieter Huber: *Das Jahrhundert der Extreme*, Leipzig 2000.

32 »Der heutige Künstler, wenn er nicht ein Leerläufer, ein antiquierter Blindgänger sein will, kann nur zwischen Technik und Klassenkampfpromaganda wählen. In beiden Fällen muß er »die reine Kunst« aufgeben«. Der Künstler müsse »das Gesicht unserer Zeit spiegelnd,

als Propagandist und Verteidiger der revolutionären Idee und ihrer Anhänger sich einordnen in das Heer der Unterdrückten, die für ihren gerechten Anteil an den Werten der Welt, für eine sinnvolle, soziale Organisation des Lebens kämpfen«. »Die Kunst ist in Gefahr – Ein Orientierungsversuch«, 1925.

33 »George Grosz«, Ausstellungskatalog, Düsseldorf 1994, S. 178.

34 »Es gibt Arbeiter, Angestellte, Beamte, Reisende – Aktionäre, Unternehmer, Händler und Finanzmenschen«, schreibt Grosz (1925), »der Rest ist Etappe der beiden Fronten. Dieser Kampf ums Dasein, der in eine ausbeutende und in eine ausgebeutete Hälfte getrennten Menschheit, heißt in seiner schärfsten und letzten Form Klassenkampf«. Hans Dieter Huber: *Das Jahrhundert der Extreme*, Leipzig 2000.

35 Friedrich Nietzsche: *Werke*, Bd. 2, S. 215.

36 Sie zeichnete, während sie den Menschen zuschaute, sie blickte kaum aufs Papier. Was sie erfassen wollte, waren keine Konturen, das war das elementarste Menschsein, das von allen Seiten bedroht schien. Sie blieb diesem Sein konkret verbunden. Sie ließ sich vom Idealismus nicht infizieren. Roswitha Mair: »Käthe Kollwitz – Leidenschaft des Lebens«, Freiburg 2000, S. 125.

37 Die Intellektuellen, aber auch die SPD und KPD standen diesem objektiven Idealismus relativ hilflos gegenüber. Die KPD, der Grosz kurze Zeit angehörte,

Produktionsweise verhindert wird. Die Ökonomie wird nicht als menschliche Teleologie und Beziehung zur Natur und Gesellschaft erkannt, sondern verdinglicht zu einem Instrumentarium, das sich mit geschicktem Marketing oder brutaler Gewalt gegen andere zu behaupten hat. In diesen Instrumentarien (Konzerne, Banken, Versicherungen) sind Arbeiter, Angestellte, Reisende, Manager, Unternehmer und Aktionäre vereint, wodurch ein Wir-Gefühl entsteht, das in Hinblick auf die Menschheit und die Natur aber gar kein *Wir* ist, sondern nur ein »company-feeling«, das gegen andere »companies« zu Felde zieht.

Daß Grosz diesen Blick auf die Wirklichkeit nicht hatte, wird auch deutlich, wenn er vom »Kampf ums Dasein« spricht. Hier wird die menschliche Existenz auf ihr äußerstes *ego* reduziert. Aus diesem resultiert aber kein Bewußtsein über das gesellschaftliche Sein. Grosz erhebt diesen Kampf ums Dasein zu einem »Wert der Welt« analog Nietzsches »Willen zur Macht«, der »eben der Wille des Lebens ist«³⁵. Der Begriff »Dasein« vermittelt eine Objektivität, die er tatsächlich nicht hat. Das Da, also die Zeit, wird mit dem Sein identisch gesetzt. Dadurch verliert das Sein aber seinen typisch historischen Charakter. Das Dasein wird so zu einem Mythos der vereinzelt Existenz, die, ausgestattet mit dem »Willen zur Macht«, gegen andere Existenzen marschieren muß. Das wird zum ewigen Gesetz erhoben, sowohl links wie rechts. Käthe Kollwitz wurde von Grosz als »milde alte Frau« oder »säuerliche Käthe« verhöhnt, weil sie einem »erfundenen Armeleute-Edelballett« hinterherlaufe. Die Kollwitz lebte aber in der wirklichen Welt, am Prenzlauer Berg.³⁶

Die Stütze des »linken und rechten Flügels« der »neuen Sachlichkeit« war der objektive Idealismus, der das *ego* mit seinem »Willen zur Macht« in einen Mythos verwandelte, dessen Wurzeln beim »linken Flügel« abstrakt blieben³⁷, während der »rechte Flügel« es verstand, dieses in eine simple biologische Verbindung zur »arischen Rasse« zu setzen. Das klang viel plausibler als die abstrakten Klassenkampfparolen des »linken Flügels«, dessen Kunstwerke bald von den Nazis als »entartete Kunst« vernichtet wurden. Das »arische *ego*« vermittelte wieder das Gefühl, im Besitz einer Weltanschauung zu sein. Die Welt konnte wieder erklärt werden, das Chaos war am Ende. Deutschland hatte wieder ein *Wir*, an das sich Intellektuelle und Künstler anlehnen durften. Dieser objektive Idealismus hatte natürlich nichts mehr mit der dialektischen Kraft der Hegelschen Philosophie zu tun. Die Wirkung des »rechten Flügels« auf die Intellektuellen basierte vielmehr auf einem Trick: Wenn Hegel den »absoluten Weltgeist« als objektive Kraft des Seins setzte, also als ein höheres humanistisches Subjekt, so reduzierte sich die Objektivität des faschistischen Idealismus auf das »arische« Blutego. Dies reichte aus, um Intellektuelle und Künstler, Arbeiter, Angestellte und Beamte (»Volksgenossen«) zu mobilisieren, gegen »nichtarische Horden« zu marschieren und zu morden.

Daß die Nazis die Bilder des »linken Flügels« der »Neuen Sachlichkeit« und des Expressionismus als »entartete Kunst« diffamierten, hat mit den unterschiedlichen Mythen zu tun, denen diese Künstler folgten. Die Mythen des Expressionismus fanden bis in die Reihen der Nazis Zustimmung. Erst Hitler beendete den Richtungs-

kampf. Goebbels schätzte den Expressionismus, mochte aber den Naturalismus nicht, der »in Milieuschilderung und marxistische Ideologie entartete.« Im Expressionismus dagegen sah er »gesunde Ansätze, denn die Zeit hatte etwas Expressionistisches an sich«³⁸. Was soviel bedeuten sollte wie, daß er das expressionistische Weg-abstrahieren der Wirklichkeit, also die Verzerrung als Methode der Gestaltung der Wirklichkeit, für ein passendes Propagandamittel hielt.

Der objektive Idealismus trug in der Realität des 20. Jahrhunderts, wo die Bourgeoisie eben nicht mehr die Kraft der gesellschaftlichen Erneuerung darstellte, immer einen reaktionären Charakter. Er grenzte durchweg Teile der menschlichen Gattung aus, um sich selbst als objektiven Geist setzen zu können. Als solcher ist er aber nichts anderes als eine indirekte Apologetik der bürgerlichen Produktionsweise, die letztlich alle Menschen – die einen im goldenen Käfig, die anderen in ihren Blechhütten – gleichermaßen entfremdet von ihrem gattungsmäßigen Sein.

Die heutige zeitgenössische Kunst bringt deutlich zum Ausdruck, mit welchem »geistigen Material« wir uns belasten oder zu befreien versuchen. Die Künstler definieren ihre Werke häufig als impressive oder expressive oder sie fühlen sich als neue Sachliche, die weder mit den einen noch mit den anderen etwas zu tun haben, denn sie glauben, daß ihre Kunst im Gegensatz zu ersteren eine klare Botschaft besitzt. Diese entpuppt sich jedoch bei genauer Betrachtung auch wieder als ein Mythos des modernen objektiven Idealismus.

Dann gibt es natürlich noch jene Künstler, die sich als abstrakte Darsteller deklarieren und die sich mit keiner der genannten Stilrichtungen identifizieren. Von den im stillen arbeitenden und wenig anerkannten Vertretern des Naturalismus brauchen wir nicht zu sprechen, sie sind bedeutungslos geworden. Mit Erscheinungen der Wirklichkeit gibt sich die moderne Kunst nur selten ab. Nicht das Konkrete, sondern das Abstrakte scheint es zu sein, was dargestellt werden soll.

Was ist ein abstraktes Werk?

Es will sich von jeglicher Beziehung zur materiellen Wirklichkeit befreien. Es orientiert sich an nichts Konkretem. Jedenfalls scheint es in den Augen des Betrachters so, der mühsam die Zeichensprache des Bildes zu entschlüsseln versucht. Dabei gibt es nichts zu erklären, denn alles ist Zufall.³⁹

Die extrem gewachsene gesellschaftliche Arbeitsteilung entfernte die Künstler – von denen viele, wie Max Ernst⁴⁰, vor den Nazis in die USA emigriert waren – immer mehr von der unmittelbaren Beziehung zur gesellschaftlichen Arbeit und zum Leben der Menschen. Sie schienen mit allem, außer mit dem zufällig entstehenden Produkt ihrer Tätigkeit, nichts mehr zu tun zu haben. Hier bot sich Peggy Guggenheim⁴¹ an. Sie sammelte viele Zufallsbilder in ihrer Galerie in New York⁴² und avancierte so zur ersten Adresse für abstrakte Kunst. In Amerika war nach dem Zweiten Weltkrieg alles möglich: Der subjektive Idealismus herrschte und es gab, anders als in Deutschland, keinen objektiven Mythos, nach dem sich alle zu richten hatten. Kunst sollte frei sein. Sie sollte wie jede andere Handels-

huldigte der »glorreichen Sowjetunion« und deren Stalin. Statt sich die konkrete Situation in Deutschland vor Augen zu führen, folgte sie dem »linken Flügel« des objektiven Idealismus und beschimpfte die SPD als Sozialfaschisten, statt sich mit diesen zur Rettung der bürgerlich demokratischen Republik zu verbünden.

38 Goebbels in »Kunst der Nation«, *Zeitschrift der faschistischen Studentenschaft*, 1936.

39 Der Kritiker und Maler Ad Reinhardt (1913-1967) sagte, Kunst sei »ein klar definiertes Objekt, unabhängig und getrennt von allen anderen Objekten und Umständen, dessen Bedeutung nicht erklärbar oder übersetzbar ist.« *Malerei der Welt*, Köln 1999, S. 621.

40 Max Ernst (1891-1979), studierte Philosophie in Bonn und gründete nach seinem Kriegseinsatz eine Dada-Gruppe.

41 Peggy Guggenheim (1898-1979).

42 Jackson Pollock (1912-1956), Franz Kline (1910-1962), Willem de Kooning (1904-1997), Robert Motherwell (1915-1991), Clyfford Still (1904-1980), Barnett Newman (1905-1970), Mark Rothko (1903-1970), Ad Reinhardt.

43 »Was auf die Leinwand kam, war nicht ein Bild, sondern ein Ereignis. Nicht länger näherte sich der Maler seiner Staffelei mit einem Bild im Kopf, mit Material in der Hand ging er auf sie zu, etwas mit jenem Stück Material ihm gegenüber zu machen. Das Bild sollte das Resultat dieser Begegnung werden.«
(Harold Rosenberg)

44 Richard Rorty, geboren 1931 in New York, erhielt 2001 den »Meister-Eckhard-Buchpreis« in Berlin. Er nennt sich Schüler von Heidegger und gilt als der prominenteste Philosoph der amerikanischen »Linken«.

45 »Wie also das *Wesen*, der *Gegenstand* als Gedankenwesen, so ist das *Subjekt* immer *Bewußtsein* oder *Selbstbewußtsein*, oder vielmehr der Gegenstand erscheint nur als *abstraktes Bewußtsein*, der Mensch nur als *Selbstbewußtsein*, die unterschiedenen Gestalten der Entfremdung, die auftreten, sind daher nur verschiedene Gestalten des Bewußtseins und Selbstbewußtseins.«
(MEW Bd. 40, S. 573).

46 Viele »Installationen«, wie zusammengetragene Objekte des Alltags häufig in modernen Kunstausstellungen genannt werden, haben dieses Prinzip von Duchamp lediglich ausgebaut. (z. B. Peter Fischli/ David Weiss oder Susanne Weirich »Tokyo Rose« von 1989/Gerald Herold »Kulturgut« von 1990 bei dem Bimssteine, Holzstühle und Steine kriecht werden.)

47 Zum Beispiel Georges Mathieu (geb. 1921), dessen »Markenzeichen« ein impulsiv mit pastoser Farbe

ware einfach als Objekt »gedeckt« werden. Kunst wurde zur Dekoration von Luxushäusern und Museen, um eine »Ideologie der Entideologisierung« in die Denkweise der Intellektuellen zu bringen. Der Prozeß des Malens selbst wurde zum wichtigsten Anliegen (»Drip Paintings«). Jackson Pollock zum Beispiel ließ Farbe auf eine Leinwand am Boden tropfen.⁴³ – Der Zufall ist alles, der Mensch ist nichts. Obgleich selbst dies nicht einmal wirklich möglich ist. Denn selbst der »action-painter« (in Europa »Tachismus« genannt) muß mit seiner *action* anfangen und aufhören. Er muß zu bestimmten Farben greifen oder nicht. Also selbst hier bestimmt das Subjekt, in welche Richtung der Zufall geht.

Der Philosoph Rorty⁴⁴ bringt diese Philosophie der »Entideologisierung« treffend zum Ausdruck: Alles sei, schreibt er, »unsere Sprache, unser Bewußtsein, unsere Gemeinschaft, als Produkte von Zeit und Zufall« zu begreifen. Der Mensch als Subjekt des gesellschaftlichen Seins ist in dieser Aussage liquidiert. Das Bewußtsein, das ja nichts anderes ist als bewußtes Sein, entsteht nur in der Beziehung mit dem objektiven Sein, das sich vom subjektiven des Bewußtseins dadurch unterscheidet, daß es auch unabhängig von diesem existiert. Selbstbewußtsein, also das Bewußtsein des Subjekts über sich selbst als teleologisch setzendem und gesellschaftlichem Wesen, entsteht nur, wenn sich der Mensch als Subjekt seiner eigenen Geschichte begreift und dementsprechend ohne Mythen zu handeln befähigt ist.⁴⁵

Es gibt in den menschlichen Beziehungen objektive Seinsprozesse beziehungsweise -gesetze. Nur ist die Kunst mit diesen nicht einfach vergleichbar. Sie ist ein reines Produkt des Subjektes, das aber als solches nur lebenserhaltend tätig sein kann, wenn es sich mit der Objektivität des Seins der Natur und der Gesellschaft in Beziehung setzt.

Tut es dies nicht mit dem richtigen Bewußtsein, so kommt es zu Katastrophen. Kunst, die sich selbst nur als Objekt sieht und nicht als Entäußerung des Subjekts, nicht als Teil menschlicher Selbstbewußtheit, negiert die besondere Bestimmtheit der Kunst. Deutlich wurde diese Negation bereits, als Marcel Duchamp (1887-1968) industriell gefertigte Alltagsgegenstände in den Kontext der Kunst setzte (»ready mades«) oder andere die Sahara umpflügte, um dieses als »land-art« zu vermarkten⁴⁶.

Art-Aktionen, die ja scheinbar alles andere als abstrakt sind, da sie konkrete Alltagsgegenstände zur Kunst erheben, setzen das Zufallsprinzip der abstrakten Malerei konsequent auf Alltag und Natur um. Damit erreichen sie das gleiche, wie die abstrakte Kunst, nämlich die *Negation* von Kunst. Denn wenn der zufällig gefallene Farbtropfen aus der Leinwand ein Kunstobjekt macht, warum sollte dann nicht die maschinell gefertigte Leinwand ohne jeglichen Farbtropfen auch ein Kunstwerk sein? – Alles wird zur Kunst erklärt.

Der Zufall oder die Natur, beide nicht vollständig vom Menschen steuerbar, werden in der abstrakten Kunst zum Mythos erhoben, hinter dem in der Regel aber nur ein »Künstlermythos« steckt. Künstlermarketing oder Künstlerimage – der Künstler will berühmt werden. Er möchte auch einmal in einem Schloß wohnen. Die Bilder eines abstrakten Künstlers gleichen sich häufig. Dies gehört zu einer ordentlichen »corporate identity«⁴⁷ dazu.

Das Abstrakte kann nur abstrakt sein, weil es das Konkrete gibt. Dieses Konkrete ist in der Kunst der Mensch und seine Beziehung zur Natur. Während der Naturalismus sich an der konkreten Erscheinung festhält, ohne den Menschen als gesellschaftliches Wesen in historisch gewachsenen Arbeits- und Lebensbeziehungen, also abstrakt, wahrzunehmen, will die abstrakte Kunst ganz ohne konkreten Bezug zum menschlichen Sein auskommen. Sie abstrahiert sozusagen im luftleeren Raum und macht sich dadurch scheinbar ideologiefrei. Das Abstrakte in der abstrakten Malerei existiert in diesem Sinne aber nicht. Farbe und Formen zeigen bestenfalls dekorative Ornamente. Diese sind aber als solche immer ganz konkret.

Natürlich hängen nicht alle abstrakten Künstler dem subjektiven Idealismus an. Viele wollen Botschaften vermitteln. Sie wollen Mythen schaffen, die über jenen der Verehrer des Mythos von »Zeit und Zufall« angesiedelt sein sollen. Die Stilmittel dieses »höheren« oder objektiven Idealismus sind wieder jene der »Neuen Sachlichkeit« und des Expressionismus.

Der geistige Vater der heutigen »abstrakten« oder »Neo«-Expressionisten in Deutschland ist Joseph Beuys⁴⁸. Beuys knüpft wieder an Nietzsche und Rudolf Steiner (1861-1925) an.⁴⁹ Er argumentiert dabei ganz im Sinne Nietzsches, der verkündet hatte »Gott ist tot«, um seinen religiösen Atheismus begründen zu können: »Was geschieht, das geschieht nicht von ungefähr, ein höheres Wesen leitet berechnend und bedeutungsvoll alles Erschaffne.«⁵⁰ Beuys leitete den Geist des Menschen ebenso aus Übersinnlichem ab. Nicht der Mensch als Subjekt sei Schöpfer seiner gesellschaftlichen Situation, sondern eine über der Erde schwebende Kraft.⁵¹

Aus diesem objektiven Idealismus, demzufolge aus dem Reich des Geistes, das über dem menschlichen Sein schwebt, nur das richtige Verhältnis des Menschen zur Natur (Ökologie) entstehen könne, wächst der Beuys-Mythos vom ewigen Leben, von der ständigen Wiederverkörperung, »der wiederholten Erdenleben«. Beuys hat die Wiedergeburt, die Erweckung geistiger Energien wichtiger Persönlichkeiten in seiner Gestalt zu verkörpern versucht, was ihm nicht selten Spott einbrachte. Er wollte das Werk Rudolf Steiners weiterleben. Das Geistige sollte als Übergeistiges von der Kunst eingefangen werden, verliert dadurch aber als Kunstwerk die eigene Welt. Es steht nicht mehr für sich, sondern benötigt ein Übersinnliches an sich. Etwas Höheres, weil das menschliche Leben scheinbar unbegreiflich und unwirklich, langweilig oder kompliziert zu sein scheint. Nicht nur Werke von Sigmar Polke, von denen eines den vielsagenden Titel »Höhere Wesen befehlen« (1969) trägt, sind durch diese idealistische Weltsicht erklärbar. Auch populäre Szenen in Spielfilmen (»Terminator«, »Matrix«) lassen ihre Entstehung und Faszination bei den Zuschauern aus dieser Weltanschauung erklären.

Hinter der Gestaltung von Kunstwerken versteckt sich stets die Sehnsucht nach Weltanschauung. Durch jedes Werk eines Künstlers schimmert dessen Erklärung der Welt. Deshalb ist es nicht nur eine Geschmacksfrage, ob einem dieses oder jenes Bild, Plastik oder Film gefällt, sondern eine ideologische. Wenn die Bilder moderner Künstler des objektiven und subjektiven Idealismus hohe Marktpreise erzielen, so finden sie Anerkennung bei jenen, die diese Werke

hingeworfenes Emblem in Braunbeige ist.

48 Joseph Beuys (1921-1986) war 1941-1945 Sturzkampfflieger und stürzte über der Krim ab. Tataren retteten ihn, indem sie ihn in Fett und Filz hüllten. Beide Materialien wurden die Hauptträger seiner Arbeiten. 1947-1951 studierte er an der Kunstakademie Düsseldorf, wo er bis 1972 Professor war.

49 »Es hat mich von Anfang an die anthropologische Grundidee des Menschen beschäftigt«, erläuterte Beuys, »der Mensch also als ein Wesen, das einen ganz und gar irdischen Charakter hat, das sich aber nicht beschreiben läßt ohne eine übersinnliche Dimension. Der Mensch als geistiges Wesen ist als rein biologisches vorstellbar, das also zwischen Geburt und Tod aufgrund biologischer Gesetzmäßigkeit irgendwie entsteht und irgendwie vergeht. Besonders das Leben des Menschen und sein Geist sind für mich bestehende, bleibende Werte, die über den Raum-Zeit-Charakter irdischer Verhältnisse hinausweisen.« (Friedhelm Mennekes: *Joseph Beuys – Christus denken*, Stuttgart, 1993, S. 83.)

50 Friedrich Nietzsche: *Werke*, Bd. 3, S. 90.

51 »Ohne diese Anthropologie«, so Beuys, »läßt sich kein ökologisches Gesellschaftssystem entwickeln, das die Bedürfnisse der Menschen sowohl physisch als auch geistig zufrieden stellen kann.« (Friedhelm Mennekes: *Joseph Beuys – Christus denken*, a. a. O., S. 83.)

bezahlen können und Anhänger beziehungsweise soziale Träger dieser Weltanschauung sind. Denn diese Kunstwerke, gelobt von intellektuellen Kritikern, begreifen den Menschen nicht mehr als Subjekt der eigenen Geschichte, sondern als Objekt übersinnlicher oder innerlich triebiger, egoistischer Kräfte, die in den Rang von Ewigkeitswerten erhoben werden. Damit beraubt sich die Kunst aber der Möglichkeit, Fetische zu zerreißen, durch die sich der Mensch verdinglicht und von sich selbst entfremdet. Die bürgerliche Produktions- und Lebensweise hat in der idealistischen Weltanschauung unserer Tage scheinbar keinerlei prägende Bedeutung mehr für das Subjekt. Sie wird, wie die Kraft des Übersinnlichen, einfach als Ewigkeitswert gesetzt. Ein schwerer Irrtum. Ethik, aber auch Ästhetik haben hier keinerlei Bodenhaftung mehr im konkreten Leben. Der Mensch wird zu einer Marionette ihm fremder Kräfte. Diese »fremden Kräfte« spürt aber bereits jedes Kind, das in der Pisa-Studie in Deutschland bestätigt bekommen hat, daß es diesen »fremden Kräften« nicht genügt. Von den Erwachsenen ganz zu schweigen, die täglich in Sorge um ihren Arbeitsplatz und ihre finanzielle Existenz leben und darunter leiden. Es wird auf den Ausstellungseröffnungen zwar über Ethik und Ästhetik gesprochen. Aber eine Ethik oder Ästhetik, die im Übersinnlichen oder im *ego* erdet, gibt es nicht. Beides sind Begriffe der menschlichen Kulturgeschichte, die ohne Bezug zum tätigen, arbeitenden, gesellschaftlichen Wesen Mensch nie als alltägliche Moralrichtlinien für die einzelnen Menschen oder als Darstellungsrichtlinien hätten entstehen können. Es sind Begriffe, die nur in Verbindung mit dem Menschen, der Menschheit und dem Menschsein einen Sinn machen.

ROGER BEHRENS

Der Surrealismus im letzten Jahrhundert – Kunst, Politik und Erotik einer bürgerlichen Revolte

Walter Benjamin betrachtete den Surrealismus als »die letzte Momentaufnahme der europäischen Intelligenz«, die sich im Paris der 20er Jahre als Kunstbewegung formierte. Diese Bewegung kommt aus der Literatur, genauer: Der erklärte Niedergang der großen Formen bürgerlicher Literatur, die einmal für die geistige Stärke des bürgerlichen Selbstbildes verantwortlich waren, brachte im Augenblick seiner Krise den Surrealismus hervor. Von diesem Augenblick zeugt Benjamins Aufnahme, die eine künstlerische und soziale Krise gleichermaßen freigibt: Es ist die Krise des »humanistischen Freiheitsbegriffs«, die Idee der bürgerlichen Emanzipation, die im Kolonialismus und im imperialistischen Weltkrieg sich ruinierte, aber in der künstlerischen Avantgarde der Moderne ihren letzten, möglichen Aufbruch fand: Die Kunst sollte ihrer Totenstarre entrissen, ins Leben gebracht und selbst zur Lebenspraxis verwandelt werden. So schreibt Benjamin: »Hier wurde der Bereich der Dichtung von Innen gesprengt, indem ein Kreis von engverbundenen Menschen ›Dichterisches Leben‹ bis an die äußersten Grenzen des Möglichen trieb« (Gesammelte Schriften, Band II.1, S. 296).

An solchen Grenzen des Möglichen trifft der Schriftsteller, der eben noch im Kreise der bürgerlichen Intelligenz weilte, ganz andere Gruppen von Menschen, die ganz andere Erwartungen und Vorstellungen an die Kunst herantragen, die den Prozeß des Niedergangs der bürgerlichen Kultur erfahren haben: nicht im Verfall der ästhetischen Werte, sondern im steigenden Brotpreis! Eine Wirklichkeit, die auch der noch jungen künstlerischen Avantgarde nur surreal erscheinen kann, aus der sie aber ihren neuen Fundus an Sprache und Gegenständen, an Situationen und Formen schöpft. So trifft das Rebelle der avantgardistischen Kunst auf die sozialen Kräfte der Revolte und solidarisiert sich zunächst *als Kunstbewegung* mit den fortschrittlichen Sozialisten. Eine Solidarität, die Benjamin mit denen der Anarchisten vergleicht, auf die sich politisch der Surrealismus beziehen läßt: »Seit Bakunin hat es in Europa keinen radikaleren Begriff von Freiheit mehr gegeben. Die Surrealisten haben ihn.« (Gesammelte Schriften, Band II.1, S. 306) Kaum eine künstlerische Bewegung hat mehr die Notwendigkeit der politischen Praxis betont: Ab 1927 traten die Pariser Surrealisten der französischen Sektion der III. Kommunistischen Internationale beziehungsweise der KPF bei. Fanden sie dort zunächst noch den Freiraum, ihren radikalen (ästhetischen) Freiheitsbegriff umzusetzen, so wurde dies in der stalinistischen Ära immer fraglicher. Unmöglich schien die Umsetzung einer

Roger Behrens – Jg. 1967; Studium der Philosophie und der Sozialwissenschaften in Hamburg und Berkeley; Postgraduiertenstudium in Maastricht. Veröffentlichungen unter anderem: »Pop Kultur Industrie. Zur Philosophie der populären Musik« (1996), »Die Ungleichzeitigkeit des realen Humanismus. Konsequenzen, Experimente und Montagen in kritischer Theorie« (1996), in *UTOPIE kreativ* zuletzt: »Utopie im Widerspruch. Humanistische Bildungstheorie zwischen Krise und Experiment« Heft 75 (Januar 1997).

Walter Benjamin veröffentlichte im Februar 1929 in der *Literarischen Welt* eine Reihe von Texten zum Surrealismus. Er wählte dafür den Untertitel »Die letzte Momentaufnahme der europäischen Intelligenz«.

Revolution, die »alle menschlichen Bereiche – Geist, Psyche, Moral, Sensibilität, Weltanschauung, Kultur usw., kurz: den gesamten Überbau – mit einschloß und das kommunistische Programm folglich als bloßes Minimalprogramm betrachtete«. (Heribert Becker: *Es brennt!*, S. 10) – »Die Welt verändern« hat Marx gesagt; »das Leben ändern«, hat Rimbaud gesagt: Diese beiden Losungen sind für uns eine einzige«, schreibt André Breton 1936.

Die Kontroverse mit der kommunistischen Parteibürokratie stand freilich zu der Zeit schon im Schatten des vorrückenden Faschismus. So stand der künstlerische und politische Kampf der Surrealisten an zwei Fronten: gegen den Faschismus, gegen den Stalinismus. Die Flugschriften und Pamphlete der Pariser Surrealisten aus den Jahren 1925 bis 1939, die Heribert Becker unter dem Titel »Es brennt!« übersetzt und zusammengestellt hat, dokumentieren diese Auseinandersetzungen, auch als Findungsprozeß einer revolutionären Kunstpraxis.

Die Revolutionsidee der Surrealisten sollte keine Künstlerische sein, sondern die Kunst operativ zum revolutionären Impuls des Lebens machen; die Revolution selbst sollte Kunstwerk werden – allerdings blieb der Versuch, diese Idee in die Praxis umzusetzen, machtlos gegenüber der Gewalt des realgeschichtlichen Zusammenhangs; gegenüber Faschismus, Kapitalismus, Krieg. Die Kunstbewegungen der Moderne, die aus der Krise des Bürgertums erwachsen, wurden nunmehr zum Moment der Krise, der Surrealismus überwand die Grenzen der bürgerlichen Kunst nicht. Im Gegenteil, ohne es zu wollen, bestätigte er den Kulturbetrieb, wurde in ihn zurückgedrängt. Gleichwohl blieb damit die Kritik der Surrealisten und ihr revolutionäres Streben aktuell. Wahrscheinlich ist es dem Erbe des Surrealismus und seiner dadaistischen, vortizianischen Verwandtschaft zu verdanken, daß nach dem Nationalsozialismus (und nach dem Stalinismus) überhaupt noch ernst zu nehmende radikale künstlerische Avantgardebewegungen sich bemerkbar machen konnten: Lettristen, Situationisten, Cobra, SPUR, FLUXUS und andere Gruppen haben in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die bahnbrechenden Veränderungen in der Kunst und Ästhetik maßgeblich und nachhaltig bestimmt: Einerseits transformierten sie die künstlerische Form in die Massenkultur (und umgekehrt), andererseits akzentuierten sie eine neue Ästhetik, die nicht mehr auf das bürgerlich autonome Werk zielte, sondern auf die Rezeptionspraxis und die programmatische Künstlerästhetik – also eine konzeptuelle Ästhetik, die das »offene Kunstwerk« (Umberto Eco) verteidigt. In diesem Kraftfeld, welches um die Auflösung der klassischen Werkästhetik gelegt wurde, finden sich die Verbindungslinien vom Surrealismus zur gegenwärtigen Popkultur.

Ebenfalls in der Reihe »Kleine Bücherei für Hand und Kopf« sind unter dem Titel »Wetterleuchten!« wichtige Künstler-Manifeste des 20. Jahrhunderts veröffentlicht worden, von den Futuristen, Surrealisten bis zu den letzten politischen Künstlermanifesten der 80er Jahre. Am Ende steht Rolf Schwendters Gedichtmanifest »Dich singe ich, Sozialismus«: »Dich singe ich, Sozialismus, | Pessimismus des Wissens, Optimismus des Handelns, | herauszufinden in Solidaritäten und gegenseitigen Hilfen, | des Alltagslebens zumal, in

Der Surrealismus ist eine vor allem in Paris anzutreffende künstlerische Bewegung der zwanziger und dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts, deren poetische Bilder in der Sprache aller Künste noch heute unsere Phantasie entzünden. (Vgl. *Surrealismus in Paris 1919-1939. Ein Lesebuch*, Leipzig 1986.)

Besprochen werden hier folgende Bücher:
 Heribert Becker (Hg.), *Es brennt! Politische Pamphlete der Surrealisten*, Edition Nautilus Hamburg 1998, 160 S., br., 10,80 €;
 Heribert Becker (Hg.): *Geteilte Nächte. Erotiken des Surrealismus*, Edition Nautilus Hamburg 1999 (3. Auflage), 96 S., br. m. zahlr. Abb., 8,80 €;
 Heribert Becker (Hg.): »Das heiße Raubtier Liebe«, *Erotik und Surrealismus*, Prestel-Verlag München 1998, 128 S. m. zahlr. z. T. farb. Abb., 39,80 DM;
 Heribert Becker, Edouard Jaguer und Petr Král (Hg.): »Das surrealistische Gedicht«, Verlag Zweitausend-eins Frankfurt am Main 2001 (Neuausgabe), 1888 S. geb., 25,55 €.

genossenschaftlichem Leben | Die sechs Minuten sind um. | Dich singe ich, Sozialismus, jetzt erst recht«.

Benjamin schreibt in seinem ›Surrealismus‹-Essay: »Die Kräfte des Rausches für die Revolution zu gewinnen, darum kreist der Surrealismus...« (Gesammelte Schriften, Bd. II.1, S. 307). Das Bild des Sozialismus, welches der Surrealismus verteidigt, berührt in der Forderung nach Freiheit die ästhetische Dimension der Erotik. Die den Menschen bestimmende Kraft ist, so die Surrealisten, die »Allmacht der Begierde«; was die Welt im Innersten zusammenhält: die Erotik. Es kann von einer erotischen Avantgarde gesprochen werden. Diesen Eindruck legen die beiden, ebenfalls von Heribert Becker herausgegebenen Bände »Das heiße Raubtier Liebe. Erotik und Surrealismus« sowie »Geteilte Nächte. Erotiken des Surrealismus« nahe.

»Jenseits von Literatur und Kunst ist der Surrealismus das leidenschaftliche Bemühen, das Leben des Einzelnen und der Gesellschaft dadurch auf eine neue Grundlage zu stellen, daß an die Stelle des Realitätsprinzips, das seit jeher – und zumal im bürgerlichen Zeitalter – die abendländisch-christliche Zivilisation beherrscht, das Lustprinzip gesetzt wird«, schreibt Becker in »Geteilte Nächte«. Die Texte und Bilder, die Becker in den beiden Bänden versammelt hat, sind nicht nur welche der »klassischen« Phase des Surrealismus, sondern umfassen das ganze Jahrhundert. Zugleich informiert Becker aber auch über die Widersprüche dieser erotischen Kunst (in der Einleitung zu »Das heiße Raubtier Liebe«): die Ablehnung von Homosexualität beispielsweise, oder die Verteidigung einer »Liebesmoral«, die Libertinage und »Kopulieren um des Kopulierens willen« verwirft; der Blick auf die Erotik ist ein sexueller, männlicher.

Louis Aragon schreibt 1928: »Was für eine verdammte Traurigkeit in all diesen sexuellen Übungen! Ich denke an die Plumpeheit der Hunde auf der Straße, die sich zusammenrotten und sich um die Wette zu bepimpeln versuchen. Die Hunde von nebenan hatten Stiefel an, das war alles«. (Ebenda., S. 45) – Was der Surrealismus gegen alle seine Widersprüche verteidigt: »Liebe als erhellender, befreiender Rausch, als Erfahrung von magischer Fülle, von Ganzheit, von Heiligem« (Becker in ebenda, S. 27). Dies beschreibt mehr ein ästhetisch-künstlerisches als ein sexuelles Ziel; die Bilder und Texte der Surrealisten sind, trotz provoziertes und provokativer Obszönität und Eindeutigkeit, im Übrigen auch eine Anklage gegen das, was die Kulturindustrie an »sexueller Befreiung« proklamiert – oft auch als Reflex auf eben diese pseudo-pornographische Übersexualisierung des Lebens. Doch dem Surrealismus gelang es nicht, wirklich einen Gegenpol zur bürgerlichen Zwangsmoral zu formulieren. Die in den beiden Bänden versammelten Collagen, Gedichte, Fotografien, Briefe erscheinen vielfach als Vorbilder des modernen Mediensexismus, der längst gelernt hat, seine Schamlosigkeit durch die Ideologie der Informationsästhetik zu kaschieren: Wer nicht glaubt, daß auch die Nackttanzshows in den Discos Kunst sind, ist verklemmt oder wenigstens uninformiert.

So droht der Surrealismus schließlich selbst zur der Realität zu werden, die er zugleich zu transzendieren trachtet. Dem stehen die Bildsprache und die Sprachbilder entgegen, mit denen der Surrealis-

»Die Kräfte des Rausches für die Revolution zu gewinnen, darum kreist der Surrealismus in allen Büchern und Unternehmen. Das darf er seine eigenste Aufgabe nennen.« (Walter Benjamin: »Der Surrealismus«, ebenda, S. 307)

»Die für den Menschen greifbarste, alltäglichste Manifestation des Begehrens ist das geschlechtliche Verlangen. Es strebt mit Macht nach der Aufhebung der Distanz zwischen Ich und Du und nach der lustvoll-ekstatischen Auflösung des einen im anderen: Inbegriff und Metapher des Wiedereinswerdens alles Getrennten. So ist es nur natürlich, daß Ende der 20er Jahre die *Liebe ...* ins Zentrum des surrealistischen Interesses rückte, eine Position, die sie danach nicht wieder geräumt hat.« (Heribert Becker: Einleitung zu »Das heiße Raubtier Liebe«, S. 14)

Louis Aragon (1897–1982) zählt – zusammen mit Philippe Soupault und André Breton – zu den Mitbegründern des Surrealismus. Seine »Traumwooge« (1924) ist das erste surrealistische Manifest. Aragon trat 1928 der KPF bei; ab 1954 gehörte er dem ZK der KPF an.

»Die Zeit ist gekommen, wo alle Dichter das Recht und die Pflicht haben, darauf zu bestehen, daß sie zutiefst im Leben der anderen Menschen, im gemeinschaftlichen Leben verwurzelt sind.«
 (Paul Eluard: *Die poetische Evidenz*, 1937).

mus sich wenigstens ein Bewußtsein von seinem Ort in der Kultur der Moderne verschafft. Und das bleibt ein Ort innerhalb des Kunstfeldes; die alte und erste Idee der Avantgarde, Kunst in die soziale Praxis zu überführen, wird zurückgeführt in die Kraft der Sprache, in die Kunst der Literatur.

Heribert Becker hat zusammen mit Edouard Jaguer und Petr Král die fast zweitausend Seiten umfassende Anthologie »Das surrealistische Gedicht« herausgegeben; es ist die umfangreichste Sammlung surrealistischer Poesie, die hier in einer ergänzten Neuauflage erscheint und etwa 200 Autorinnen und Autoren präsentiert. Das sind dann die Bildunterschriften zu dieser »letzten Momentaufnahme« europäischen Intelligenz« des 20. Jahrhunderts.

WOLFGANG FRITZ HAUG

1. Volxuni des »social forum« Tübingen/Reutlingen«

Die Westberliner Volksuni¹ ist 1979 gegründet worden und wurde 1980 zum ersten Mal und mit großem Erfolg durchgeführt. Ein schöner Bildband² und eine Schallplatte vom Volksuni-Konzert Wolf Biermanns legen davon Zeugnis ab. Der Name war angeregt von der Stockholmer »Folkuniversitet«, die vom »Centrum för Marxistisk Samhällestudier« (CMS), das der schwedischen Linkspartei nahesteht, jährlich veranstaltet wurde. (1979 war ich zur 2. Stockholmer Volksuniversität als Referent eingeladen worden und brachte die Idee, etwas Ähnliches zu organisieren, nach Berlin mit.) Die Schweden hatten die Impulse aus London bezogen. Später entdeckte ich immer neue, immer weiter in die Vergangenheit der Arbeiterbewegung zurückführende Spuren des gleichnamigen Projekts – im Italien Antonio Gramscis, im Peru José Carlos Mariáteguis, der als der erste autochthone Marxist Lateinamerikas bezeichnet worden ist. Immer handelte es sich darum, dem durch die herrschenden Ideologien, durch den jeweiligen Staat, durch den Zugriff des Kapitals und die atomisierenden Effekte der Konkurrenz geprägten akademischen Betrieb eine autonome und solidarische Wissens- und Erfahrungsvermittlung von unten entgegenzusetzen, sich eine soziale Universität herauszunehmen.

Die Gründungskonstellation der Berliner Volksuni ist aufschlußreich: Es war die Zeit, als Althusser die Krise des (westlichen) Marxismus ausgerufen hatte, als in Polen ein Staatsstreich – mit der Ausrufung der Diktatur über die Arbeiterklasse im Namen derselben – das Ende des Staatssozialismus ankündigte und als in der Bundesrepublik die grüne Bewegung eine Partei hervorbrachte und damit den Sprung ins Parlament schaffte. Der Bedarf nach Umorientierung war groß, und die Gräben zwischen linken Fraktionen fingen an, albern zu wirken.

Die Gründung wurde möglich, weil eine Gruppe Westberliner Betriebs- und Personalratsvorsitzender sie mittrug. Linke Intellektuelle gab es nicht wenige, denn »intellektuell« und »links« waren damals fast Synonyme. Aber erst eine Dosis Arbeiterbewegung gab die Chance, ein Projekt zu formen, das im Unterschied zum schwedischen Vorbild ohne tragende Institution, ohne Geld und ohne andere als auf Überzeugung gründende Macht halten können mußte.

In Konflikten lernten wir einige kategorische Grundsätze: parteipolitische Unabhängigkeit; Wirken für eine weit und offen verstandene Linke; keine Ausgrenzungen; last not least eine Quotierung bei Vortragenden beziehungsweise Diskussionsleitungen nach Geschlech-

Wolfgang Fritz Haug – Jg. 1936; Sozialwissenschaftler, bis 2001 Professor am Institut für Philosophie der Freien Universität Berlin, u. a. Begründer und Herausgeber der Zeitschrift »Das Argument« und des »Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus«. Wichtige Publikation der letzten Zeit: »Dreizehn Beiträge zur Erneuerung marxistischen Denkens« (2001). Zuletzt in *UTOPIE kreativ*: Perspektiven gegenwärtigen marxistischen Denkens. Interview mit Vesa Oitinen, Heft 126 (April 2001).

1 *Volksuni '80. Bilder und Texte*, Berlin/W 1980.

2 Vgl. den gleichnamigen zweiten Teil von W. F. Haug: *Pluraler Marxismus*, Bd. 1, Berlin/W 1985.

tern (die Volksuni war die erste Institution, die eine Quotierung eingeführt hat).

Zwei strukturierende Gründungsgedanken verdienen es, besonders herausgestellt (und weitergegeben) zu werden. Erstens: Im Selbstlauf haben normalerweise Staat und Kapital das Monopol, die von der gesellschaftlichen Arbeitsteilung auseinandergesetzten Individuen und ihre Fähigkeiten produktiv zusammensetzen. Die Volksuni soll dieses Herrschaftsmonopol wenigstens punktuell durchbrechen und die Möglichkeit bieten, daß die von der Herrschaftsordnung auseinandergespaltenen Elemente sich selbst zusammensetzen.

Zweitens: So wie heute im Blick auf die globalisierungskritische Bewegung von einer ›Bewegung der Bewegungen‹ die Rede ist, so sollte die Volksuni ein Handlungsfeld öffnen, auf dem Aktive der sozialen Bewegungen sich autonom artikulieren, aber zugleich die Erfahrung machen konnten, daß sie in dieser Struktur handlungsfähiger waren als in der Isolation. Diesen erwünschten Bindungseffekt einer pluralen Linken nannten wir *strukturelle Hegemonie*.³ Wir übersetzten damit Gramscis auf die Arbeiterbewegung und ihre politische Vertretung zugeschnittenen Hegemoniebegriff in eine Zeit, in der diese soziale Bewegung nur mehr *eine*, wenngleich besonders gewichtige, unter mehreren sozialen Bewegungen war.

Die »Volksuni«, heißt es im Gründungsmanifest in einer vom Eurokommunismus beeinflussten Sprache, »soll den Kräften der Arbeit, der Wissenschaft, der Kultur und der Umweltbewegung eine Möglichkeit bieten, sich mit ihren Problemen theoretisch auseinanderzusetzen.« Eine weitere tragende Säule, auf die sich das Projekt gründete, war der Feminismus. Die linken Christen beider großen Konfessionen, Friedensbewegung, Antirassismus und Internationalismus bildeten weitere autonome Ressorts. Später kam ein Schwulensressort hinzu.

Zum Verhältnis von Arbeit und Wissenschaft hieß es im Manifest: »Die sprunghaft gewachsene Rolle der Wissenschaft in der Produktion droht die Stellung vieler Arbeitnehmer zu schwächen. Automation und Rationalisierung gefährden Arbeitsplätze und entwerten herkömmliche Qualifikationen. Zugleich ist es die Automation, die Arbeit und Wissenschaft zusammenführen muß und die den Arbeitenden auch einen Zuwachs an Handlungsfähigkeit bringen kann. In dieser Situation darf nicht das Kapital das Monopol im Zusammenbringen von Arbeit und Wissenschaft behalten.«

1990 gründete sich die Volksuni im vereinigten Deutschland neu. Im neuen Manifest heißt es: »Sie versucht, in ihrer Form des ›wissenschaftlichen Volksfestes‹ radikaldemokratische, soziale und ökologische Traditionen zu erneuern und zu vernetzen, insbesondere der ›Volksuniversitäten‹ der Arbeiter(innen)bewegung, der Kritischen Universität der Student(inn)enbewegung, der Sommer-Universitäten der neuen Frauenbewegung, der Kirchentage-von-unten, der neuen Friedensbewegungen usw. Darüber hinaus will die ›neue‹ Volksuni die Impulse der Bürger(innen)bewegungen aufnehmen, der Volkserhebung gegen den undemokratischen Sicherheitsstaat, der politischen Kultur der ›Runden Tische‹. Der Sinn, den das Wort ›Volk‹ in der berühmten Losung ›Wir sind das Volk‹ erhalten hat, soll in der Volksuni immer wieder konkretisiert werden können ...

3 Vgl. den gleichnamigen zweiten Teil von W. F. Haug Pluraler Marxismus, Bd. 1, a. a. O.

Hier soll Kommunikation zwischen sozialen Bewegungen stattfinden, die in der großen Politik keinen oder nur verzerrten Ausdruck finden und oft genug in ein linkes Ghetto eingeschlossen bleiben; hier sollen auch politische Richtungen miteinander sprechen können, zwischen denen es keine Zusammenarbeit in der Parteienpolitik gibt. Hier soll kritische Theorie geschärft und ›soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen‹ geübt werden können. Nicht zuletzt geht es darum, Chancen zu schaffen, daß Solidarität und Elemente einer sinnvollen Lebensweise ›diesseits‹ des Konsumismus erfahren werden können.«

Idee und Praxis der Volksuni haben sich in den 1980er Jahren weithin ausgebreitet: die Volksunis Hamburg und Zürich waren besonders erfolgreich, in Münster und Göttingen griffen die ›Autonomen‹ die Idee auf. In Finnland versuchte sich ein ähnliches Projekt. Manche dieser Gründungen hielten sich über Jahre. Heute sind sie alle verschwunden, und von der Berliner Volksuni lebt nicht viel mehr als der Name fort. Nur die schwedische ›Mutter‹ lebt noch und hat sich mit kleineren Veranstaltungen von Stockholm auf andere schwedische Städte ausgebreitet.

Unter anderen Namen aber lebt die Idee bei Attac, bei der BuKo. Der heute startende Versuch des ›social forum Tübingen/Reutlingen‹ ist der jüngste Versuch, bescheiden unseren – trotz Krise von keiner virulenten sozialen Bewegung umgetriebenen – Verhältnissen angepaßt und eben doch auch hier und heute von einer ›Bewegung von Bewegungen‹ möglich gemacht. Davor war die jüngste Neugründung, von der ich Kenntnis habe, die *Universidad popular ›Madres de plaza de Mayo‹* aus der argentinischen Hauptstadt, momentan einem der Zentren der Krise, die die kapitalistische Globalisierung wie ein antikes Schicksal um den Globus schickt. Daß der Funke der Solidarität und der Empörung gegen Gewalt und Ungerechtigkeit überspringt zwischen den Bewegungen des Nordens und des Südens, hat uns hier zusammengebracht. Jetzt heißt es, zwei Tage lang Protest und Wissen, das leidenschaftliche und das intellektuelle Moment einander durchdringen zu lassen, um der Möglichkeit einer anderen Weltordnung nach Kräften zuzuarbeiten. Gelingt etwas davon, ist der Zweck der Volksuni erreicht und kann es überlegt werden, im nächsten Jahr einen zweiten Versuch zu wagen.

HARALD LANGE

SED und SPD im Dialog

In den achtziger Jahren schien sich in der Systemauseinandersetzung eine Phase anzukündigen, die für beide Seiten mehr Sicherheit und Stabilität, intensivere Wirtschaftsverflechtungen und eine Versachlichung der ideologischen Auseinandersetzungen mit sich bringen könnte. Eine Erinnerung daran verknüpft sofort die Gedanken mit Gorbatschows »Neuem Denken« und dem »Haus Europa«.

Doch schon einige Jahre vor Gorbatschow hatte die DDR-Führung – unter dem Eindruck der sogenannten Nachrüstung, die die Gefahr einer totalen atomaren Zerstörung der beiden deutschen Staaten zweifellos verstärkte – politische Initiativen ergriffen, die dazu verhelfen sollten, die Spannungen nicht zu einer »Eiszeit« in den zwischenstaatlichen Beziehungen ausufern zu lassen. »Koalition der Vernunft« war der von Erich Honecker benutzte zentrale Begriff für den Versuch einer Bündelung unterschiedlichster sozialer und politischer Kräfte zum Kampf für die Verminderung der Kriegsgefahr und für eine »Schadensbegrenzung«.

In der Nachrüstungsdebatte hatte sich auch Konfliktstoff zwischen der UdSSR und anderen Staaten des Warschauer Vertrags angesammelt. Es war nunmehr die Frage, ob die Ost-West-Beziehungen in erster Linie von den Interessen der USA und der UdSSR bestimmt würden und in der gegebenen Situation auf Geheiß der UdSSR einzufrieren seien, bis die amerikanische »Nachrüstung« rückgängig gemacht sei, oder ob die Entspannung als Besitzstand aller europäischen Nationen anzusehen sei und daher in gemeinsamer Verantwortung durch ein Geflecht von bilateralen Kontakten und nationalen Initiativen wiederbelebt werden solle. Letztere Position wurde insbesondere von Ungarn und der DDR vertreten. Im Sommer 1984 kam es zu einer regelrechten Medienfehde zwischen Moskau und Prag auf der einen und Budapest und Ostberlin auf der anderen Seite. Honecker sagte schließlich seine schon vorbereitete Reise in die BRD ab. Der Kurs auf »die uneingeschränkte Bereitschaft der DDR, jeden zu unterstützen, jeden Weg zu beschreiten, jede Idee konstruktiv zu prüfen, die uns einem gesicherten Frieden in Europa näher bringen und dem Weltfrieden dienen«, wie es in dem schon erwähnten Schreiben Honeckers an Bundeskanzler Kohl hieß, blieb jedoch erhalten. Die DDR-Führung hatte im Ergebnis der internationalen Anerkennung der DDR und der Aufgabe des Bonner Alleinvertretungsanspruchs sowie durch die Aufnahme in die UNO offenbar zu einem gestärkten Selbstbewußtsein gefunden. In einem Klima entspannter Ost-West-Beziehungen hoffte sie, ihren Zielen – der

Harald Lange – Jg. 1934;
Prof. Dr. sc., Historiker,
Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der Sozialdemokratie.

Besprochene Bücher:
Erich Hahn: SED und SPD.
Ein Dialog. Ideologie-
gespräche zwischen 1984
und 1989, edition ost 2002,
280 S. (14,90 €)
Rolf Reißig: Dialog durch die
Mauer. Die umstrittene
Annäherung von SPD und
SED. Mit einem Nachwort
von Erhard Eppler, Campus
Verlag Frankfurt/New York
2002, 449 S. (29,90 €)

vollständigen Anerkennung als Staat durch die BRD und einer gefestigten inneren Stabilität – näher zu kommen als in einem Klima des Kalten Krieges. In diesem Zusammenhang spielte die Erweiterung der Theorie der friedlichen Koexistenz – ihre weitgehende Kompatibilität mit entspannungs- und abrüstungspolitischen Strategien des Westens, wie der in der SPD vertretenen Konzeption einer »gemeinsamen Sicherheit« – eine wichtige Rolle. Damit konnte eine wesentliche Voraussetzung für die als notwendig erachtete Verbesserung der Beziehungen zur BRD wie auch für die Neugestaltung des Verhältnisses zur SPD geschaffen werden. Auf diese historische Konstellation hinzuweisen ist nötig, um den Hintergrund für den tollkühnen Versuch der SED zu verstehen, sich mit der SPD auch auf eine Diskussion über ideologische Fragen einzulassen.

Die SPD war – nach ihren insgesamt positiven Erfahrungen beim Aushandeln des Grundlagenvertrags und anderer Vereinbarungen mit der DDR – ihrerseits zu der Auffassung gelangt, daß ein schrittweiser Aufbau der Parteibeziehungen zur SED im Sinne der Weiterführung ihrer deutschlandpolitischen und ihrer friedenspolitischen Vorstellungen läge, zumal sie seit 1982 nicht mehr Regierungspartei war. Es war dann eine Initiative Willy Brandts, die im Politbüro der SED zu dem Beschluß führte, Parteibeziehungen mit der SPD aufzunehmen.

In der Vielfalt der sich danach entwickelnden Kontakte nahmen die Gespräche zwischen der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (AfG) und der Grundwertekommission der SPD eine Sonderrolle ein, weil sie sich den brisanten ideologischen Problemen zuwandten. Im Ergebnis der 4. Gesprächsrunde entstand das 1987 veröffentlichte gemeinsame Dokument »Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit«. Es enthielt neben dem Bekenntnis beider Seiten zur friedlichen Koexistenz und zur gemeinsamen Sicherheit, neben Selbstdarstellungen der weiterhin bestehenden weltanschaulichen und politischen Gegensätze neue Aussagen zur Anerkennung der Friedens-, Entwicklungs- und Reformfähigkeit beider Systeme, das nachdrückliche Einräumen des gegenseitigen und gleichen Rechts auf Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen des jeweils anderen Systems, darüber hinaus auch die Forderung nach dem Recht auf offene Diskussion von Vorzügen und Nachteilen innerhalb der Systeme sowie Forderungen nach einer differenzierten Analyse und Darstellung der jeweils anderen Seite statt der Propagierung pauschaler Feindbilder; auch die gegenseitige Verbreitung von Druckerzeugnissen sei zu erleichtern.

Keine Frage, daß nicht das Kernstück des Dokuments – die Gemeinsamkeiten in der Friedens- und Sicherheitspolitik – in den Mittelpunkt rasch aufbrechender allgemeiner Diskussionen rückte, sondern jene Fragen an Bedeutung gewannen, in denen ein mehr oder weniger starkes Abrücken der SED von ihrem bisher verteidigten Wahrheitsmonopol, eine Einschränkung der bisher geltenden Imperialismusanalyse, ein Infragestellen der marxistischen Auffassung vom gesetzmäßigen Fortgang der Geschichte und eine Annäherung an bürgerliche Demokratie-Vorstellungen erkannt oder vermutet wurden. Es kam hinzu, daß auch diese Aktivität der SED von Moskau wiederum mit dem Verdikt des unerwünschten Alleingangs be-

Honecker benutzte den Begriff »Koalition der Verbündeten« zum ersten Mal in einem Schreiben vom 5. 10. 1983 an Bundeskanzler Kohl, in dem er eineinhalb Monate vor dem Beschluß über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen an die gemeinsame Verantwortung für den Frieden in Europa appellierte. In: Europa-Archiv 1/1984, D 11 f.

Der Ablauf dieser Angelegenheit ist dokumentiert in: Deutschland-Archiv 8/1984, S. 991 f.

Das Dokument ist bei Reißig abgedruckt S. 393-398, bei Hahn S. 267-277.

legt wurde, weil das gemeinsame Dokument – anders als die Gespräche mit der SPD über chemiewaffenfreie- und atomwaffenfreie Zonen – nicht mit der KPdSU abgestimmt war. Schon kurze Zeit später wandelte sich das Bild allerdings völlig, als die Reformeuphorie in Moskau die vergleichsweise vorsichtigen Formulierungen im gemeinsamen Dokument als marginal erscheinen ließ. Nunmehr geriet die SED-Führung in eine Lage, in der sie sich – da sie das Schrittmaß der »Perestrojka« nicht nachvollziehen wollte und konnte – von Gorbatschow, von den SED-Reformern, von der immer offener agierenden Bürgerrechtsbewegung und von der eben noch umworbenen SPD »umzingelt« sah. Ihre eigene Konzeptionslosigkeit, die sich im Zusammenhang mit dem SED-SPD-Dialog auch darin ausdrückte, daß das gemeinsame Dokument nur ein einziges Mal im Politbüro – ohne Honecker und weitere wichtige Mitglieder wie Hager, Mittag, Mielke und Kessler – zur Beratung stand, machte es der SED-Führung schließlich unmöglich, mit den anwachsenden Problemen fertig zu werden. Honeckers erste Einschätzung, die es sich bei dem Dokument »Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit« um ein Dokument von großer historischer Bedeutung handle, sollte auf eine von ihm ungeahnte Weise Bestätigung finden.

Zwei der kompetentesten Teilnehmer an den seinerzeitigen Gesprächen zwischen der AfG und der SPD-Grundwertekommission haben jetzt in getrennten Publikationen ihre Erinnerungen an jene Gespräche, ihre Interpretationen und Schlußfolgerungen vorgelegt. In den beinahe anderthalb Jahrzehnten, die seit dem Abbruch der insgesamt sieben Gesprächsrunden vergangen sind, konnten die eigenen Positionen überprüft, Archivalien eingesehen und Interviews mit Zeitzeugen geführt werden. Letzteres hat besonders Reißig sehr umfangreich getan.

Hahn und Reißig haben ihre Publikationen auf unterschiedliche Weise angelegt. Bei Hahn, der Gespräch für Gespräch chronologisch beschreibt und einschätzt – schließlich hat er neben Otto Reinhold als dem Leiter der SED-Delegation als einziger an allen Gesprächsrunden teilgenommen –, kann der Leser recht genau das Auftreten der beteiligten Personen kennenlernen. Indem Hahn fast jedes Kapitel seines Buches mit einem Abschnitt »Aus heutiger Sicht« beschließt, gelingt es ihm, nachdrücklich darauf aufmerksam zu machen, »daß mit dem Fortfallen des einen Partners der andere nicht aus dem Kreuzverhör entlassen sei!« (Hahn mit Berufung auf Günter Krusche, dem ehemaligen Generalsuperintendenten der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, S. 125.)

Reißig gewährt ebenfalls Einblicke in den konkreten Verlauf der Gesprächsrunden. Er konzentriert sich jedoch einerseits stark auf das maßgeblich von ihm und Thomas Meyer (SPD) verfaßte Dokument, bezieht andererseits aber auch immer den gesamten politischen Dialog der SED mit der SPD in seine Betrachtungen ein. Reißig befaßt sich vor allem auch ausführlich mit den Reaktionen, die das Dokument in beiden deutschen Staaten und im Ausland hervorrief. Insonderheit behandelt er dessen Aufnahme in den verschiedenen Schichten der DDR-Bevölkerung, in den kirchlichen Kreisen, auf seiten der oppositionellen Gruppierungen und natürlich innerhalb der SED.

Eine Dokumentation zu dieser Problematik mit Beiträgen von Erhard Eppler, Iring Fetscher, Erich Hahn, Thomas Meyer, Otto Reinhold, Rolf Reißig, Johano Strasser und Karsten Voigt erschien 1988 unter dem Titel »Kultur des Streits« im Verlag Pahl-Rugenstein Köln.

»Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen im anderen System sollte auf nachprüfbaren Tatsachen beruhen. Sie sollte auch getragen sein von dem Versuch, sich zunächst in die Logik der anderen Seite hineinzudenken, freilich nicht um deren Absichten stets gutzuheißen, sondern um die Zusammenhänge ihres Handelns zu verstehen.« (Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, Abschnitt V.)

Die politische Gewichtung des gemeinsamen Dokuments fällt bei Hahn und Reißig sehr verschieden aus. Reißig weist dem Dokument eine herausragende Rolle – wenn auch nicht die entscheidende – bei der in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre sich entfaltenden Reformdiskussion in der DDR zu. Hahn hingegen verneint eine solche Rolle. Er beruft sich darauf, daß »Kausalbeziehungen zwischen dem Dokument und oppositionellen Tendenzen in der SED ... bislang nicht schlüssig bewiesen« seien (Hahn, S. 235). In der Regel werde »die Feststellung einer durch das Dokument ausgelösten oder beförderten Reform-Opposition indirekt aus Reaktionen der SED-Führung abgeleitet« (Hahn, S. 235). Aus entsprechenden Veröffentlichungen, zum Beispiel die Begründungen für Parteiausschlüsse betreffend, gehe jedoch »ein direkter Zusammenhang mit dem Dokument nicht hervor« (Hahn, S. 236). Reißig bringt seinerseits eine beträchtliche Anzahl von Nachweisen, daß es derartige Zusammenhänge durchaus gegeben habe. Reißig deckt zudem in jedem Kapitel seiner Arbeit den Widerspruch auf, der zwischen der von ihm seinerzeit erhofften Umsetzung des produktiven Reformansatzes des gemeinsamen Dokuments und der Unfähigkeit und dem Unwillen der SED-Führung bestand, einen Dialog in den eigenen Reihen zu gestatten. Die Hoffnung auf systemstabilisierende Reformen erwies sich letztlich als illusionär. Reißig verweist auch immer wieder – was leider zu zahlreichen Wiederholungen führt – auf eigene und von anderen Personen beziehungsweise Gruppierungen innerhalb und außerhalb der SED vorgetragene Reformideen, die – so zaghaft sie auch sein mochten – stets an der Intransigenz der SED-Führung scheiterten. Die Tatsache, daß sich Teile der Bürgerrechtsgruppen ebenfalls auf das Dokument beriefen, machte die Situation nicht einfacher. Hahn verschweigt keineswegs die Reformverweigerung der SED-Führung; er billigt jedoch beispielsweise den SPD-Gesprächspartnern nicht jenes Maß an Kritik zu, das sie in jener Zeit gegenüber der DDR anwandten. Denn – so schreibt er – ein Gesprächsvermerk über eine Begegnung Honeckers mit Brandt zitierend, Brandt »teile die Auffassung, daß die Linie des gemeinsamen Dokuments zwischen SPD und SED gut sei, vor allem sei der Grundgedanke richtig, daß die bestehenden Gegensätze kein Hindernis für die Schaffung einer bleibenden Friedensordnung sein dürften« (Hahn, S. 147). Das heißt, die Ursachen, die den Streit zwischen der SED und der SPD schließlich zu einem Streit in der SED werden ließen, beurteilen die beiden Autoren unterschiedlich. Beide legen hingegen Wert auf die Feststellung, daß mit den Gesprächen und mit dem gemeinsamen Dokument keine Absicht der SPD zur Erosion der DDR verbunden gewesen sei (Reißig, S. 97), wie das nach der Wende von einigen Sozialdemokraten behauptet wurde. Bei Hahn und mehr noch bei Reißig spürt man den Druck, dem sich beide durch die Aufrechterhaltung der Parteidämonie ausgesetzt sahen, wenn sie in den Gesprächen in die Defensive gedrängt wurden (Reißig, S. 68/69), wenn sie Repressionen in der DDR zu verteidigen suchten, »die selbst unter einem engen sicherheitspolitischen Gesichtswinkel fragwürdig waren« (Hahn, S. 147). Reißig befaßt sich in seiner Arbeit sehr differenziert mit den unterschiedlichen Auffassungen, die über die Wirkungen des gemeinsamen Doku-

ments existieren: ob es der »kommunistischen Diktatur« eher genutzt oder geschadet, ob es die Wende befördert oder behindert hätte etc. Die ursprünglichen Absichten der Dialog-Politik faßt Reißig so zusammen: »Dialog als Entwicklung einer neuen politischen Streitkultur zwischen unterschiedlichen Parteien und zwischen den gesellschaftlichen Systemen in Ost und West, Dialog als neuer Schub im Entspannungsprozeß und in den deutsch-deutschen Beziehungen und Dialog als gesellschaftlicher Wandel und Reform in der DDR, aber auch in der Bundesrepublik, als Ko-Evolution in Ost und West.« (Reißig, S. 374) Als Ergebnis – so schreibt er – bleibe ein wesentlicher positiver Wert des SED-SPD-Papiers bestehen: »Es kann bis heute als ein Beispiel dafür gelten, wie politische Konkurrenten und ideologische Widersacher mit gesellschaftlichen Grundkonflikten und ideologischen Auseinandersetzungen umgehen könnten: Nicht um diese Konflikte vollends zu lösen, sondern um Bewegungsformen zu finden, die den Streit in der Kooperation ermöglichen.« (Reißig, S. 378)

»Es gehört zur Souveränität sich selbst gegenüber, um mit einem solchen Partner friedlich, partnerschaftlich umzugehen. Das Papier setzt Zeichen in dieser Hinsicht. Nicht nur ein Bekenntnis zu gemeinsamer Sicherheit, zu Frieden kamen da in Frage, sondern Anwendung auf das eigene Verhalten angesichts einer nicht einfachen Tradition der Geschichte der Beziehungen.«
(Erich Hahn in der Diskussion mit Johano Strasser auf dem 6. Krefelder Forum am 2./3. Oktober 1987 in Nürnberg.)

Hahn argumentiert ähnlich. Er spitzt seine Schlußfolgerungen jedoch weiter zu, indem er schreibt: »Der Streit müßte jetzt beginnen.« Seine Begründung: 1987 seien die Gesprächspartner stolz darauf gewesen, die Geschichte als »offen« anzusehen; jetzt werde das Ende der Geschichte deklariert (Fukuyama). 1987 sollte keine Seite der anderen die Existenzberechtigung absprechen; im neuen Jahrtausend stehe das »Gute« wiederum einer »Achse des Bösen« gegenüber. 1987 sei man einig gewesen, daß die These vom gerechten Krieg der Korrektur bedürfe; jetzt würden Kriege wieder sanktioniert. 1987 hätte die »Fähigkeit zum Dialog, zur Vertrauensbildung, zum Konsens, zum Abbau von Mißtrauen« die bestimmende Rolle gespielt; jetzt werde der »Kampf der Kulturen« propagiert. (Hahn, S. 124/125)

Beide Autoren bieten dem interessierten Leser erstmals einen umfangreichen Einblick in die Materie des problemreichen Dialogs zwischen der SED und der SPD. Bei Hahn werden die damals neuen theoretischen Implikationen deutlich, die bei den Diskussionen über das Menschenbild, über Gesetzmäßigkeiten in der Geschichte, über den Freiheitsbegriff, über die Menschenrechte und über Sicherheitspartnerschaft zutage traten. Bei Reißig lassen sich zahlreiche Beziehungsebenen finden, die sich zwischen der Vielfalt der Reform- und Oppositionsströmungen jener Zeit und dem Parteiendialog ergeben hatten.

Es wäre falsch zu sagen, das Lesen des einen Buches erübrige die Lektüre des anderen. Sie ergänzen sich beide gerade durch ihre unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen. Und selbst die Widersprüche, die es zwischen ihnen gibt, sind geeignet, das eigene Nachdenken über die Ursachen der Wende zu vertiefen.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Man muß ja nicht alles verstehen wollen – es sei denn, man beabsichtigt, verrückt zu werden. Denn wie, bitte sehr, sollte ich verstehen, daß am 7. Dezember eine Berliner Zeitung titeln konnte: »SPD stürzt ab – Merkel vor Schröder«. Gewiß, gewiß, es gibt vielerlei Gründe (und jeden Tag kommen neue hinzu), den Staatsschauspieler Schröder immer weniger zu mögen und ihn immer kritischer zu sehen. Aber die erste Ungereimtheit bei diesem Stimmungsumschwung ist doch, daß der Staatsschauspieler Nr. 2 und seine Partei davon nicht betroffen sind, die Grünen verharren stabil auf 12 Prozent Wählerstimmen (»Sonntagsfrage«); und die zweite Ungereimtheit: daß die uckermärkische Oberwessi, die es in Bundestagsdebatten an Koddrigkeit schon längst mit den Herren Glos oder Merz aufnehmen kann (obwohl ihr das Angelernte immer noch aus allen Knopflöchern trieft), die Alternative sein soll. Das verstehe, wer will.

Apropos Bundestagsdebatte. Manchmal frage ich mich, ob sich Abgeordnete am Tag danach so eine Veranstaltung per Video noch einmal ansehen. Ich vermute: nein. Denn sonst hätten sie vielleicht eine Vorstellung davon, wie sie auf Außenstehende, zum Beispiel auf Fernsehzuschauer, wirken und würden sich – vielleicht – künftig anders verhalten. Wenn wir den Fernsehton abschalteten und wenn wir nicht wüßten, worum es sich handelt, könnten wir auf den Gedanken kommen, einer Versammlung von Flegeln und Rülpsen zuzuschauen. Den allermeisten Abgeordneten ist nicht anzusehen (Ton an: und nicht anzuhören), daß ernste Angelegenheiten besprochen werden. Nein, dort wird nicht beredet, da wird nicht um Varianten gestritten, da wird nicht hin und her bedacht – nein, da wird geblö-

delt, da wird gehöhnt, gegrinst, unterstellt, gelacht, da wird demonstrierend nicht zugehört, da wird sich künstlich aufgeregt, Zeitung gelesen oder sich im Sessel langgemacht – unsere Abgeordneten streiten um die beste Lösung eines Problems? Daß ich nicht lache! Nein, tue ich nicht – es bleibt mir im Halse stecken.

Einen schönen Erfolg – jetzt kommt das Positive – meldeten die Zeitungen aus der Hauptstadt: CocaCola kommt! Und wer hat uns das gefingert, und wer ist stolz auf CocaCola: unser Freund und Talkmaster Gregor Gysi. Gar nicht auszudenken, wen er noch alles hätte überreden können, nach Berlin zu kommen, wenn er nicht auf den Gedanken gekommen wäre, das Hasenpanier zu ergreifen und zu lafontainisieren. Nun gut, das ist inzwischen Schnee von gestern. Doch eine Frage in diesem Zusammenhang hat sich mir immer noch nicht erledigt: Was ist eigentlich mit dem von gewählten Politikern immer so gern strapazierten sogenannten Wählerwillen? Aber es gibt eben Fragen, die erledigen sich nie. Weil sie nie – oder unzureichend – beantwortet werden oder sich schlicht ihrer Beantwortung entziehen. Siehe oben: Man muß nicht alles verstehen wollen.

Zu den im Berichtszeitraum in den Medien veröffentlichten Umfrage-Ergebnissen gehörten auch jene, die dokumentierten, daß prozentual mehr Ostdeutsche die USA-Politik kritisch bewerten als Westdeutsche. Daran zeigt sich wieder einmal der Ostdeutsche als Avantgardist. Er hat seine – positiven wie negativen – Erfahrungen von unverbrüchlicher Freundschaft schon hinter sich. Nun muß sich nur noch zeigen, ob er etwas daraus zu machen versteht.

Geben Sie es doch zu: Auch Sie sehen Vorabend-Serien, gelegentlich jedenfalls. Dann also kennen Sie auch Harry Rowohlt, der in der »Lindenstraße« einen Penner gibt. Harry Rowohlt hat jetzt ein neues Buch veröffentlicht. Dabei handelt es sich – dem *Tagesspiegel* zufolge – »um die 220seitige Aufzeichnung eines Interviews, das der taz-Journalist Ralf Sotscheck mit Rowohlt geführt hat«. Harald Martenstein rezensierte das Buch und schrieb unter anderem: »Einmal ist Harry Rowohlt dem einzigen Staatschef vorgestellt worden, der ihm ähnlich sieht, Fidel Castro. Rowohlt sagte auf spanisch, er arbeite für die *Zeit*, ein ›semanal liberal‹, eine liberale Zeitung aus Hamburg. Aber leider heißt ›liberal‹ auf spanisch gar nicht liberal, sondern freizügig, und ›semanal liberal‹ heißt auf Kuba ›Sex-Blatt‹. Castro sah Rowohlt verwirrt an. Dann sagte er: ›Ah, Hamburg.««

Wie ich Sie kenne, erwarten Sie jetzt von mir eine Art Moral von der Geschichte'. Aber vielleicht kenne ich Sie gar nicht gut genug und Sie haben längst den »Wert an sich« derartiger Riemels und Dönchens begriffen. Denn erstens ist ja Moral inzwischen bekanntermaßen ohnehin immer etwas für andere, und zweitens hat »Wert an sich« mindestens seit dem Mitregieren der PDS sozusagen die höheren sozialistischen Weihen erhalten.

Achgottchen, nun sind wir ja schon wieder bei der PDS. An der führt eben doch kein Weg vorbei.

Harpal Brar:
Imperialismus im 21. Jahrhundert.
Sozialismus oder Barbarei,
Pahl-Rugenstein Verlag Köln
 2001, 206 S. (15,30 €)

Geboren im indischen Muksar, Panjab, lebt und arbeitet Harpal Brar seit 1962 in Großbritannien. Seit 1979 ist er Herausgeber der »Lalkar«, dem Organ des Indischen Arbeitervereins Großbritanniens. Bis 1996 lehrte er Recht an der Westminster University London. Zu seinen Publikationen zählen Schriften über Perestrojka, Sozialdemokratie und Trotzismus.

Die vorliegende Arbeit entstand im Ergebnis einer vom Verein zur Förderung des Studiums der Arbeiterbewegung in Deutschland veranstalteten internationalen Konferenz »Imperialismus und neue Weltordnung« im November 1996. Der Autor sprach dort zu der Frage: »Ist Lenins Imperialismustheorie heute noch aktuell?« Im Vorwort der Herausgeber wird dazu bemerkt, daß im Ergebnis dieser Konferenz das »Antiimperialistische Forum Deutschland (AIF)« entstand, das eine Vernetzung aller antiimperialistischen Kräfte erreichen will. Dazu gehört auch die Herausgabe des hier vorgestellten Buches in deutscher Sprache, nachdem es 1997 bereits in Englisch unter dem Titel: *Imperialismus: dekadenter, sterbender, parasitärer Kapitalismus – Der Imperialismus ist der Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats* erschienen war.

Daß für ihn Lenins Lehren über den Imperialismus der Leitfadens für sein ganzes politisches Leben waren, betont Brar im Vorwort, ja es scheint für ihn Credo zu sein. So jedenfalls verstehe ich seine unkritische Herangehensweise an die Analyse besagten Werkes. Schon nach kurzer Lektüre liegt auf der Hand: Brar hat sich aufgemacht, die Aktualität der fünf grundlegenden Merkmale der Imperialismusdefinition Lenins zu beweisen. Dementsprechend gliedert sich der Band in die Abschnitte »Konzentration der Produktion und Monopole«, »Die Banken«, »Kapitalexport«, »Aufteilung der Welt unter die imperialistischen Länder«. Auf der Basis öffentlich zugänglicher Statistiken zeichnet Brar ein Bild atemberaubender Konzentration ökonomischer Macht. Das Buch

ist von A bis Z ein Sammelsurium statistischer Daten und Fakten, die das enorme Wachstum der Industrie, die Konzentration der Produktion und das Wachstum der Monopole belegen sollen. Es fällt auf, daß der Autor dafür umfangreiches Quellenmaterial erschlossen hat. Der Leser findet im Text unzählige Hinweise auf Artikel aus *The Economist*, *Financial Times*, *Independent*, *Business Week* und erstaunlich vielen anderen Zeitungen und Zeitschriften aus aller Welt. Im Anhang befindet sich ein fünfseitiges Literaturverzeichnis, das eindeutige Rückschlüsse auf die Intentionen Brars vermittelt. Der Autor bemüht Veröffentlichungen der UNO und ihrer Spezialorganisationen, jährliche Weltbankberichte, Factbooks der CIA, die Top 200 von Sarah Anderson und John Cavanagh vom Institute for Policy Studies Washington und OECD-Berichte. Seine statistischen Vergleiche sind jedoch nicht immer schlüssig, zumindest dann nicht, wenn die zu beurteilenden Daten aus unterschiedlichen Quellen stammen. Da verwendete Parameter, Bemessungsgrundlagen beziehungsweise statistische Methoden nicht nachvollziehbar sind, drängt sich der Gedanke auf, hier werden zuweilen Äpfel mit Birnen verglichen. Namhafte Wissenschaftler wie Noam Chomsky (S. 23), Paul Hawken (S. 17), Trevor Rayne (S. 22, 54, 79, 104), Jonathan Greenberg und William Kistler (S. 88) zitiert Brar völlig zusammenhanglos und gefällt sich in dem Nachweis unreflektierter »absoluter Gültigkeit« von Lenins Imperialismustheorie ausgangs des 20. Jahrhunderts.

Daß auch Jossif W. Stalin in Zitaten herangezogen wird, verwundert nicht. Der Autor ist auf die von ihm eingeschworene Tendenz festgelegt. Mehr als säuerlich stößt allerdings auf, daß Stalin ungeachtet der nachweislich Millionen ermordeter und verhungertes Menschen unter seiner Diktatur und des Sackgassen-Sozialismus von Brar nahezu glorifiziert wird. Voller Inbrunst propagiert er den historischen Auftrag des Proletariats, »sich der Herrschaft der modernen, aber altersschwachen imperialistischen Bourgeoisie zu entledigen« (S. 14). Im Zusammenhang mit den Transformationsprozessen nach 1990 spricht Brar von »der Konterrevolution in der ehemaligen UdSSR« (S. 63). Der Leser oder die Leserin gewinnt den Eindruck, daß die Lebensüberzeugung des

Autors unumstößlich ist und tatsächliche historische Prozesse negiert werden. Die Absicht von Harpal Brar, eine Anhäufung exorbitanten Reichtums auf der einen Seite und entsetzliche Verelendung von Millionen Menschen in der Dritten Welt auf der anderen Seite mit Zahlenmaterial zu belegen, verliert in diesem Kontext an Glaubwürdigkeit, was ich bedaure. Denn das Cover des Bandes reizt durch eine auf den Punkt gebrachte nachhaltig wirkende Fotomontage: Mit dem symbolischen Höhenflug des Dollars scheint der, mit schwärzlichen, tuberkulös anmutenden Flecken übersäte Erdball auf dem Boden liegende Obdachlose erbarmungslos zu zermalmen. Nach 206 Seiten aufmerksamer Lektüre wundert sich jedoch möglicherweise der Leser oder die Leserin, warum sich Pahl-Rugenstein hat hinreißen lassen, diese in mancher Hinsicht pseudowissenschaftlich anmutende Arbeit zu verlegen.

SIGRID PFEIFFER

**Christoph Butterwegge,
Gudrun Hentges (Hrsg.):
Politische Bildung
und Globalisierung,
Leske + Budrich Opladen 2002,
320 S. (18,00 €)**

»Globalisierung« – ob kritisch betrachtet wie durch die sogenannten Globalisierungsgegner, als Herausforderung angesehen, wie durch die Politik, freudig begrüßt oder aber, von sehr wenigen, als irreführend ganz verworfen – ist sicherlich zu *dem* Schlagwort geworden, mit dem sich jede Disziplin der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften nebst ihren Unterabteilungen meint auseinandersetzen zu müssen. Da ist es nur naheliegend, daß auch in der politischen Bildung Tätige respektive zum Thema politische Bildung theoretisch arbeitende Menschen sich wissenschaftlich an ihm abarbeiten. Ein Versuch, die Bedeutung der Globalisierung für die politische Bildung – welche, wie alle anderen Bereiche des Staates und der Gesellschaft auch, durch selbige »vor ganz neuen Herausforderungen« (S. 7) stehen soll – zu erfassen, wurde mit der Herausgabe

dieses Buches durch Butterwegge und Hentges gemacht.

Unterteilt ist das Buch in sieben Abteilungen: 1. Wolfgang Sander (S. 11 ff.) und Peter Massing (S. 25 ff.) setzen sich mit »Grundlagen und geschichtlichem Hintergrund« der Globalisierung auseinander; 2. Klaus Seitz (S. 45 ff.) und Klaus-Peter Hufer (S. 59 ff.) beschäftigen sich mit »globalem Lernen«; 3. Christoph Butterwegge (S. 73 ff.) und Wolfgang Beer (S. 109 ff.) bearbeiten »ökologisches und solidarisches Lernen«; 4. dem Gegenstand »Lernen und Geschlechterverhältnis« widmen sich Annette Kuhn (S. 129 ff.) und Dagmar Richter (S. 143 ff.); 5. bearbeiten Albert Scherr (S. 163 ff.) und Rudolf Leiprecht (S. 181 ff.) »Rechtsextremismus als Herausforderung für die politische Bildung: anti-rassistisches und interkulturelles Lernen als Gegenstrategie«; 6. wird »Handlungsorientiertes Lernen« von F. Klaus Koopmann (S. 197 ff.) und Tatjana Leidig (S. 217 ff.) behandelt. Abschließend untersuchen 7. Frank Nonnenmacher (S. 237 ff.), Gudrun Hentges (S. 251 ff.), Klaus-Peter Hufer (S. 283 ff.) und Siegfried Schiele (S. 297 ff.) die »Perspektiven der politischen Bildung im Zeichen der Globalisierung«.

In diesen sieben Kapiteln werden Themen von »Demokratiethoretische Grundlagen der politischen Bildung im Zeichen der Globalisierung« (Peter Massing, S. 25 ff.) über »Politische Bildung auf dem Weiterbildungsmarkt« (Klaus-Peter Hufer) bis hin zu »Zwischen Fortschrittsglauben und Nachhaltigkeit: Politische Bildung im Paradigmenwechsel« (Wolfgang Beer) behandelt.

Wie schon die Breite der zitierten Themen andeutet, ist dieser Sammelband thematisch sehr bunt gemischt. Dies kann als Bereicherung empfunden werden, da für fast jedes Interesse vermutlich ein Aufsatz dabei sein dürfte. So kann man sich einen guten Überblick über die diversen Möglichkeiten, politische Bildung in den Zusammenhang mit Globalisierung zu stellen, verschaffen. Sehr gut für einen Einstieg ist auch die gut sortierte Literaturliste im Anhang geeignet – sofern man sich hauptsächlich mit »linken« Autoren beschäftigen möchte.

Die Breite der behandelten Themen hat andererseits aber auch etwas Beliebiges. So als

ob viele Autoren ihr Lieblingsthema nun auch noch einmal unter dem Gesichtspunkt der Globalisierung beziehungsweise selbige im Verhältnis zur politischen Bildung betrachtet und damit einen Beitrag für dieses Buch geschrieben haben. Dieser Mangel ist aber (leider) nichts Spezifisches, sondern betrifft allgemein die Literatur zum Thema Globalisierung, so daß Butterwegge und Hentges nur zuzustimmen ist, wenn sie schreiben, daß »die wachsende Literaturflut zum Thema ›Globalisierung‹ ... kaum noch zu überblicken« (S. 7) ist.

Daß es trotz der Büchermenge zum Thema Globalisierung wenig Literatur gibt, in der das Verhältnis von Globalisierung und politischer Bildung behandelt wird, heißt nicht, daß dieser Sammelband rundweg zu empfehlen ist. Als Fazit läßt sich daher – leider – nur sagen, daß man das Buch lesen kann. Man kann es aber auch gut sein lassen.

ALJOSCHA JEGODTKA

**Horst Mathes (Hrsg):
Priorität Politische Bildung.
Sprockhöveler Werkstatt,
VSA-Verlag Hamburg 2002,
192 S. (12,80 €)**

Mit dem Thema »Neue Wege wagen« ist die Zukunftsdebatte der IG Metall überschrieben, deren zweite Phase im Juni diesen Jahres ihren Abschluß gefunden hat. Als Teil dieser Debatte verstand sich die »Sprockhöveler Werkstatt 2001« des IG-Metall-Bildungszentrums. Hauptgegenstand der Diskussion war hier die Zukunft der politischen Bildung.

»Wi(e)der Sprechen lernen – für eine kritische Gegenöffentlichkeit« lautete der selbst gesetzte Arbeitsauftrag. Gewerkschaftler/innen, Wissenschaftler/innen, Journalisten und Kulturschaffende haben sich ihm gestellt. Da allerdings auch in diesem Fall, wie so oft, über die Zukunft politischer Bildung die streiten, die sie machen, verwundert es nicht, daß diese Zukunft unstrittig ist. Dennoch muß auch die politische Bildungsarbeit mit der Schwierigkeit umgehen, den herrschenden Trends der Ökonomisierung und Vermarktli-

chung sowie der betriebswirtschaftlichen Logik widersprechende eigene Ziele und Maßstäbe zu entwickeln, die der Diskussion um alte und neue Bildungskonzeptionen eine sichere Orientierung geben.

Der vorliegende Band, herausgegeben von Horst Mathes, Leiter des IG-Metall-Bildungszentrums Sprockhövel, präsentiert die wichtigsten Beiträge der geführten Debatten. Darunter finden wir sehr spezifische Überlegungen zu einem neuen Bildungskonzept der IG Metall (unter anderem von Wolf Jürgen Röder, Horst Mathes), aber auch grundsätzlichere Standpunkte zu wichtigen Gegenwartsproblemen, wie Globalisierung und Markt (Klaus Dörre), Rechtsextremismus (Klaus Ahlheim), neoliberales Bewußtsein (Harald Werner) und weitere Beiträge zum Thema »Politik in der Mediokratie«.

»Um die Bedingungen gewerkschaftlicher Interessenvertretung zu verbessern«, meint Frank Deppe, »ist es für die Gewerkschaften geradezu existenznotwendig, gegen das herrschende Modell von Öffentlichkeit, das sich inzwischen institutionell, politisch, ideologisch, aber auch in den Köpfen der Menschen etabliert hat, Widerspruch zu mobilisieren. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, ist politische Bildungsarbeit – als wesentlicher Teil gewerkschaftlicher Bildungsarbeit – unverzichtbar.« Ihr Beitrag, so Deppe, müsse auf »die Rekonstruktion einer Gewerkschaftspolitik der sozialen Bewegung von unten und einer kritischen Gegenöffentlichkeit« zielen. Dörre nimmt diese Idee auf und stellt weitergehende Fragen: »Soll gewerkschaftliche Bildungsarbeit auf radikale Gesellschaftskritik verzichten? Auf welche Gesellschaftstheorie kann sich gewerkschaftliche Bildungsarbeit beziehen? An welchem Leitbild soll sie sich ausrichten? Welche Formen und Methoden soll sie wählen?«

Die Antworten, und das überrascht nicht, sind differenziert. Klar scheint zu sein, viele traditionelle konzeptionelle Vorstellungen der Vergangenheit lassen sich nicht einfach in die Zukunft fortschreiben. Und immer dann, wenn es um neue innovative Ansätze geht, stellen sich Fragen nach den identitätsstiftenden Grundsätzen, den Grenzen des eigenen Selbstverständnisses politischer Bildung.

Der Sammelband gibt Einblicke in die Suchbewegungen der mitgliedstärksten deut-

schen Gewerkschaft nach einer neuen, den »Realitäten des flexiblen Kapitalismus angemessenen Identität« und den Möglichkeiten politischer Bildungsarbeit unter diesen Bedingungen. Er enthält ein Diskussionsangebot mit Problemsichten und praktischen Schlußfolgerungen. Er ist also sowohl für Theoretiker als auch Praktiker politischer Bildung von Interesse.

DIETER SCHLÖNVOIGT

Erwin Strittmatter:
Geschichten ohne Heimat,
Aufbau-Verlag Berlin 2002,
239 S. (14,90 €)

In manchen Gegenden ist die Kunst, Geschichten zu erzählen, bis heute lebendige Tradition. Der Geschichtenerzähler ist ein wichtiges Bindeglied zwischen Altem und Neuem, zwischen Vergangenheit und Gegenwart. Er weckt Erinnerungen an vergangene Zeiten, ruft längst vergessene Ereignisse ins Gedächtnis zurück und schärft so die Wahrnehmung seiner Zuhörer oder Leser für die Jetztzeit. Zugleich baut er dadurch eine Brücke zwischen der Vergangenheit und der Zukunft. Es ist schade, daß diese Form der Vergangenheitsbewältigung und -bewahrung heute im Schwinden begriffen ist.

Erwin Strittmatter (1912-1994) hatte diese Begabung noch. Er beherrschte die Kunst des Erzählens, die Kunst, frühere Begebenheiten zu »Geschichten« zu verarbeiten und sie als solche dann weiterzugeben, meisterhaft. Eine Vielzahl dieser, zumeist kurzen, schlichten Texte, Kalendergeschichten und Kurzerzählungen, worin der Autor sich mal als Poet, mal als Philosoph, oder einfach auch nur als »Zeitzeuge« offenbart hatte, wurde bereits veröffentlicht. Ein weiterer Band solcher Geschichten wurde jetzt von Eva Strittmatter posthum herausgegeben. Es ist ein schöner Band geworden, nicht zuletzt wegen der beigefügten acht Faksimiles, eine treffende Auswahl kleiner Geschichten, welche die »Dichterin«, wie Erwin Strittmatter seine Gattin immer liebe- und respektvoll nannte, aus dem Nachlaß zusammengestellt hat. In der Vielfalt der Texte, ihrer Themen und ihrer Stile, spie-

gelt sich die Vielfalt des Lebens ihres Autors, aber auch seiner Sprache wider. Erwin Strittmatter hatte diese Arbeiten zu Lebzeiten nicht für eine Veröffentlichung vorgesehen, sondern in einer Mappe mit der Aufschrift »Geschichten ohne Heimat« abgelegt. Teils paßten sie in keine der bisherigen Sammlungen, teils waren sie noch nicht ganz fertig. An einigen dieser Texte hatte er immer wieder gearbeitet. »Er hat sie immer weiter zu *verdichten* versucht«, schrieb Eva Strittmatter. Dem Geschick und Einfühlungsvermögen der Herausgeberin ist es auch zu verdanken, daß diese Aufschrift vom Verlag als Titel des Bandes übernommen wurde und dadurch die Authentizität gesichert blieb.

Eva Strittmatter kannte die meisten dieser Geschichten. Sie kennt auch »den Urrund« all dieser Geschichten – und auch die Menschen, die in ihnen vorkommen. Es gibt niemanden, der besser dazu in der Lage wäre, diese Schätze des Nachlasses zu sichten und herauszugeben. Trotzdem schreibt sie in dem sehr ehrlichen und entwaffnend offenen Nachwort über ihre Selbstzweifel bei diesem Tun und bekennt, daß ihr ein Gefühl des Unerlaubten, ja sogar des Unrechts geblieben ist, in den bis zum Tode ihres Mannes völlig respektierten Arbeitsbereich eingegriffen zu haben. Insbesondere betrifft dies die Auswahl der zu veröffentlichenden Texte bei Vorliegen mehrerer Fassungen sowie die behutsame Bearbeitung einiger Erzählungen. Insgesamt handelt es sich bei den hier veröffentlichten Erzählungen um Arbeiten, deren Ursprung zum Teil mehr als vier Jahrzehnte zurückreicht. Wer das literarische Werk Erwin Strittmatters kennt, wird diese kleinen Stücke mit großem Vergnügen lesen. Beziehungen zu anderen Werken lassen sich unschwer erkennen, ebenso zu Ereignissen im Leben des Schriftstellers. Die Texte sind ein Stück Zeitgeschichte, das uns verloren zu gehen droht. Die Vergangenheit zu bewahren, so wie sie war und wie sie erlebt wurde, ist den Menschen wichtig. Deshalb werden Bücher wie das hier vorliegende gedruckt, gekauft – und gelesen. Die Geschichten sind anschaulich, nachdenklich, poetisch, aufmunternd. Zwar Marginalien nur, aber Marginalien zu einem für das Verständnis unserer Epoche bedeutsamen Werk.

SIGRID BUSCH

**Hans J. Kleinsteuber (Hrsg.):
Aktuelle Medientrends
in den USA.
Journalismus, Politische Kommunikation und Medien im Zeitalter der Digitalisierung,
Westdeutscher Verlag GmbH
Wiesbaden 2001, 328 S. (27,90 €)**

August des Jahres 2001, die Tagung »Zwischen Info-Highway und Computer Assisted Journalism« des Amerikazentrums Hamburg ist bereits Geschichte und der die Welt erschütternde Anschlag auf die Zwillingstürme des World Trade Center liegt gedanklich noch Welten entfernt. In dieser Zeitspanne sammelte Hans J. Kleinsteuber Beiträge, welche breit gefächert die Entwicklung der Medienlandschaft der Vereinigten Staaten beleuchten. Kleinsteuber, selbst Professor an den renommierten Instituten für Politische Wissenschaft und Journalistik der Universität Hamburg, versammelt hier hochkarätige deutsche und amerikanische Autoren, die sich umfassend und kritisch in der akademischen Medienforschung profiliert haben. Neben Weischenberg (Professor Universität Hamburg und DJV-Präsident), Haller (Professor Universität Leipzig), Esser (Professor Universität Mainz) und Nitz (Professor University of Arizona) finden sich unter anderem auch Praktiker wie Sybille Kurz (Moderatorin NDR 4) und Manfred Redelfs (Leiter Rechercheabteilung GREENPEACE), um ihre Sicht der Medienentwicklung zu schildern.

Der Struktur der Tagung folgend, teilt sich das Buch grob in drei Teile: Im Mittelpunkt des ersten Teils stehen die Akteure der Medienlandschaft (Journalisten im Zeitalter von Computer und Netzen). Klar von diesem getrennt versuchen die Autoren im zweiten Teil die politischen Einflußgrößen zu beleuchten (Neueste Trends der politischen Kommunikation). Die abschließenden Beiträge des dritten Teils gehen ergänzend auf technische Innovationen des Medienmarktes ein (Neue Techniken – Neue Inhalte).

Warum sollte man dieses Buch lesen? Auch in diesem Jahr hörte man die politischen Kommentatoren und Analysten die Floskel von der

Amerikanisierung des deutschen Wahlkampfes herunterbeten. Spätestens seit 1998 hat dieser ja Einzug gehalten in den deutschen Parteizentralen und Kampas. Doch steckt hinter dem im Guidomobil reisenden Westertelle, dem mit Hymne auftretenden Schröder oder dem mediengerecht Hände schüttelnden Stoiber wirklich der amerikanische Wahlkampfstil? Ist der deutsche mit dem transatlantischen Wahlkampf vergleichbar? Sind die Inszenierungen der letzten Monate eine 1:1-Kopie der Shows von Bush und Gore? – Fundiert finden sich hier einige Anhaltspunkte, die diese These stützen (Marion G. Müller), andererseits aber auch erhebliche Unterschiede. So verweisen unter anderem Kathrin Voss und auch Müller auf die sehr realen Unterschiede im politischen System sowie auch in der Art und Weise der politischen Auseinandersetzung. Sie prognostizieren, daß es trotz der starken Kopierbereitschaft der politischen Strategen immer einen deutschen Wahlkampf geben wird. Betrachtet man allein die Grundlagen der Systeme, so finden sich Unterschiede in Verfassung, Wahlrecht und Finanzierung der politischen Akteure. Wer allerdings auf die erstgenannte These der Angleichung beider Wahlkampf szenarien setzt, kann sich schon einmal anlesen, was den mündigen Bürger dann wohl in den nächsten Jahren erwartet.

Neben den genannten Wahlkampf betrachtungen kann und will der Herausgeber nicht auf den leichten, gar boulevardesken Teil der Medienbetrachtung verzichten. Meines Erachtens wird auch zwischen diesen Buchdeckeln der bekanntesten Praktikantin der amerikanischen Geschichte zuviel Platz eingeräumt. Detailgetreu gehen mehrere Autoren auf die Lewinsky-Affäre ein und analysieren sowohl Verlauf als auch Ergebnis (beziehungsweise Schlußfolgerungen) erschöpfend aus den Blickwinkeln der verschiedensten akademischen Disziplinen (Christoph Rybarczyk, Laura Downhauer, Hans J. Kleinsteuber). Die Schlußfolgerungen sind dem interessierten Leser zumeist schon bekannt und wirken daher eher langatmig. Dies liegt aber zum Großteil an der doch schon erheblichen Zeitverzögerung zwischen Forschung und Veröffentlichung. Gut hingegen ist der angestrengte empirische Hintergrund, welcher doch ab und an ein paar un-

erwartete Erkenntnisse offenbart. Dies ist zum Beispiel bei der Auseinandersetzung mit den Akteuren beziehungsweise Machern der Affäre zu erkennen, was wiederum für die Ausführlichkeit der Textsammlung spricht.

Erwähnenswert im ersten Teil ist besonders ein Beitrag von Sybille Kurz, welcher sich mit der »Managing Diversity« beschäftigt – ein Forschungsansatz zur Minderheitenbetrachtung in US-amerikanischen Redaktionen. An Beispielen wird deutlich und sehr schnell offensichtlich, wie komplex Integrationsbemühungen und Gleichstellungs Ideen in der tagtäglichen Praxis sind. Allein die »richtig« gewichtete Anzahl afrikanisch abstammender Kollegen kann bei ebenso benachteiligten Minoritäten schnell zum Konflikt werden, welcher sich dann nicht mehr nur auf die Redaktion beschränkt, sondern schnell die Öffentlichkeit erreicht und dort zur Existenzbedrohung eines Presseergebnisses werden kann, obwohl die Anfangsintention eine richtige war.

Andere ebenso interessante Schlaglichter auf die Institution Redaktion werden auf hohem Niveau von Frank Esser und Bettina Kaltenhäuser (The Modern Newsroom), Stephan Ruß-Mohl (Benchmarking. Transparenz und Interaktivität bei führenden amerikanischen Zeitungen) und Michael Haller (Medienjournalismus: Instrument der journalistischen Selbstreflexion) geworfen. Hier fällt insbesondere die starke Orientierung der »deutschen Presse« auf, die die hier erwähnten redaktionellen Innovationen schon in vielen Punkten auf deutsche Publikationen übertragen hat. Erwähnt seien hier nur die fast obligatorische Email-Adresse des Autors unter seinem Text zur Rückkopplung oder die schon öfter erprobte Selbstkritik bei Fehlern in der vorherigen Ausgabe.

Auch dem bisher weniger Interessierten bieten diese Texte spannende und nicht erwartete Ansätze, um sich eventuell nun näher mit dem komplexen Thema der Medien und speziell der Presse zu beschäftigen. Der Blick auf die technischen Rahmenbedingungen beschränkt sich auf das hochauflösende TV-HDTV (Marcel Rosenbach), welches zum Betrachtungszeitpunkt in der Krise steckte und auch heute nicht viel weiter zu sein scheint. Zu stark sind die Lobbyisten der analogen Technik, zu tief

sitzt der Glaube an das Alte und Gewohnte und zu kostspielig waren bis zum heutigen Tage alle Versuche, diese Technik attraktiv zu machen und an den Kunden zu bringen. Zum einen hätte man sich eventuell noch weitere technisch orientierte Beiträge gewünscht, zum anderen hat die Beschränkung auf die ersten beiden Kernthemen auch positive Effekte, eine zu stark differenzierte Betrachtung hätte zu einer Verwischung der interessanten Ansätze zu Beginn des Buches geführt.

Leider sind einige Texte ausschließlich in der Originalversion abgedruckt (Englisch). Dies verleitet allerdings schnell zum Überlesen entscheidender Erkenntnisse durch den hohen Anteil von fachlichen Fremdwörtern. Ein Glossar wäre hier hilfreich und wertvoll gewesen.

Zusammenfassend kann ich dieses Stück der Zeitgeschichte zur Medienbetrachtung jedem empfehlen, die vierte Macht im Staate wird somit ein wenig überschaubarer.

MARTIN FUCHS

Werner Stegmaier: Lévinas
Herder Verlag Freiburg
im Breisgau 2002, 224 S. (9,90 €)

Die Literatur zu Emmanuel Lévinas nimmt im Laufe der Jahre beträchtlich zu. Neben vielen Studien, die sich mit Lévinas' Philosophie oder seinen Talmud-Lektüren befassen, existieren auch schon brauchbare Einführungen zu Lévinas. Warum gibt uns Werner Stegmaier also noch eine weitere zur Hand und wieso lohnt es sich, vor allen anderen ausgerechnet dieses Buch zu lesen? Kurz: Weil es ganz anders ist! Stegmaier schreibt ganz anders über Lévinas als die anderen.

Der Unterschied liegt vor allem in der Herangehensweise an Lévinas' Werk. Stegmaier strebt keine »vollständige«, keine »neutrale«, keine »kritische« und auch keine wirkungsgeschichtliche Übersicht an. Vielmehr will Stegmaier den Leser unmittelbar in das Denken von Lévinas einführen und läßt sich deshalb von den Lévinas'schen Texten selbst leiten. Das Besondere an diesem Buch liegt daran, daß dem Leser anhand wichtiger Textstellen und deren oftmals minutiösen Interpretationen

exemplarisch die zentralen Gedankengänge Lévinas' vermittelt und rekonstruiert werden. Dies wird besonders deutlich, wenn es um den Kernsatz »Du wirst nicht töten« geht. Dieser Satz, der in den deutsch-sprachigen Bibeln mit dem Gebot »Du sollst nicht töten« übersetzt wird, ist eine der schwierigsten zu interpretierenden Stellen bei Lévinas.

Aus dem Gesicht des anderen spricht nach Lévinas als »erstes Wort« die Sentenz: Du wirst nicht töten (*tu ne tueras point*). Lévinas selbst gab nur wenige Hinweise, um diesen Satz plausibel zu machen und verwies dabei aber, wie Stegmaier bemerkt, auf Leo Tolstois »Krieg und Frieden« und auf Alexander Puschkins Tragödie »Boris Godunow« (135). Es ist nun das Verdienst Stegmaiers, anhand der zwei Beispiele aus der russischen Literatur und anderer aus der hebräischen Bibel (der Akeda z. B.) zu verdeutlichen, daß die Bitte des anderen, das »Du wirst nicht töten«, eben als ethischer Widerstand zu verstehen ist. Lévinas behauptet nicht, der andere sei physisch nicht zu töten. Der Satz bedeutet auch nicht, »Du sollst mir das Leben nicht erschweren« oder den anderen »in seinem lebenslangen Sterben nicht allein zu lassen« (132), wie manche Interpreten meinen. Lévinas bestreitet keineswegs die Möglichkeit, den anderen zu ermorden. Der Mord verursacht den physischen Tod, aber dieser bedeutet nach Lévinas eben nicht das Ende der Andersheit des anderen. In allem, worin der andere dem Sein zugehört, kann ihm Gewalt angetan werden, aber nicht in seiner Andersheit, die Lévinas jenseits des ontologischen Seins »verortet«. Man merkt, wie schwierig es ist, hier Lévinas rein rational und logisch noch zu folgen. Um so besser, daß Stegmaier es vermag, Spuren dafür vorzubereiten.

Nach einem einleitenden biographischen Abriss erläutert Stegmaier die wichtigsten philosophischen Werke, die Texte über das Judentum und die Talmud-Lektüren Lévinas' und verdeutlicht hierbei schon Lévinas' »Grenzgang« zwischen westlicher und jüdischer Tradition. Will man Lévinas verstehen, ist ein Kapitel zu dessen Verhältnis zu Husserl und Heidegger unumgänglich und für jede Einführung in Lévinas eigentlich Pflicht. Husserl und Heidegger sind für Lévinas diejenigen Philosophen gewesen, die die europäische Philosophie am schlüssigsten zu Ende gedacht

haben. Stegmaier folgt bei der Erläuterung der Anschlüsse und Kritiken Lévinas' gegenüber diesen Denkern wiederum seiner bewährten Methode, kleine Textstellen aus dem Werk von Lévinas herauszunehmen und an ihnen exemplarisch seinen Gedankengang zu erläutern. Dadurch gelingt Stegmaier wiederum eine Textnähe, die in anderen Einführungen nicht in diesem Maße vorhanden ist. Besonders interessant ist auch jene Passage, die einen Knotenpunkt zwischen Lévinas, Nietzsche und Dostojewski herzustellen versucht.

Gegen Ende der Einführung läßt Stegmaier wiederum Lévinas selbst zu Wort kommen, indem er dessen Text »Namenlos« in der notwendig neu übersetzten Form abdruckt. »Namenlos« geht insbesondere der Frage nach, wie ein anderer Anfang der Philosophie nach der Shoa eröffnet werden kann: »Seit Ende des Krieges hat das Blut nicht aufgehört zu fließen. Rassismus, Imperialismus, Ausbeutung bleiben erbarmungslos« (178). Daran wird deutlich, daß für Lévinas' Philosophie nicht nur seine philosophischen Erfahrungen, sondern auch die Erfahrungen des Antisemitismus und der Shoa von Bedeutung sind und seine Philosophie von biographischen Elementen durchdrungen ist, auch wenn sie nicht darauf reduzierbar bleibt.

Stegmaier spürt im weiteren Lévinas' Aktualisierung der jüdischen Tradition sowie der Nebeneinanderstellung der »griechischen Universalität« und der »jüdischen Singularität« nach. Nach Lévinas habe sich erwiesen, daß der »westliche Universalismus« keine ausreichenden Mittel gegen die Grausamkeit hatte. Darum müsse eine andere Universalität gedacht werden (189), eine, in der die Gefahren der »Politisierung der Wahrheit und der Moral« berücksichtigt sind (203).

Die Einführung wird abgerundet durch ein ausführliches Verzeichnis weiterführender Literatur zu Lévinas, das von der Biographie über Sammelbände bis hin zu Denkbewegungen Lévinas' zu Kant, Hegel, Cohen und – nicht zu vergessen – Derrida reicht.

Insgesamt kann Stegmaiers Einführung allen, die sich mit Lévinas beschäftigen wollen oder dies bereits tun, empfohlen werden, gerade weil sie – anders als die anderen Einführungen – eine tiefgehende Lektüre des Lévinas'schen Werkes eröffnet.

STEPHAN MOEBIUS

Merz-Benz, Peter-Ulrich/
Wagner, Gerhard (Hg.):
Soziologie und Anti-Soziologie.
Ein Diskurs und seine
Rekonstruktion
Universitätsverlag GmbH
Konstanz 2000, 256 S. (29 €)

Was ist der Sinn der Soziologie? Impliziert die Frage nach dem Sinn von Soziologie nicht schon eine Krise der Soziologie? Ausgehend von dieser Fragestellung und ihrer inzwischen medialen Ausbreitung, das heißt der aktuell in Zeitungen ebenfalls erörterte Sinn der Soziologie, rekonstruieren die Beiträge dieses Bandes vergangene Debatten mit denselben Fragestellungen. So gab es schon in den Anfängen der deutschen Soziologie Reflexionen über die Aufgaben, die Zielrichtungen und die Grundlagen der Disziplin. Vielleicht, so die Herausgeber, kann man mit Helmut Schelsky, der den Begriff Anti-Soziologie prägte, überhaupt von einer institutionalisierten Dauerreflexion der Soziologie sprechen. Der Band widmet sich verschiedenen historischen Argumenten der Soziologie und der Anti-Soziologie, um diese auf die aktuelle Debatte über das Selbstverständnis der Soziologie zu beziehen. Die Dringlichkeit einer solchen sowohl von innen als auch von außen positionierten Reflexion zeigte sich nicht zuletzt auf dem Soziologiekongreß im Oktober 2002 in Leipzig, bei dem ebenfalls auf einer Veranstaltung darum gestritten wurde, ob Soziologie eine kritische Wissenschaft sei – eigentlich hat dies nur der Gast Loic Waquant vertreten – oder nicht.

Nach dem Vorwort der Herausgeber rekonstruiert Klaus Lichtblau die anti-soziologischen Diskurse von Wilhelm Dilthey, Max Weber und Georg Simmel. Deren Anti-Soziologie richtete sich gegen die Übernahme naturwissenschaftlicher Metaphern und Methoden in die Sozialwissenschaften, charakteristisch für die Soziologie Auguste Comtes und Herbert Spencers. Die von Weber und Simmel begründete und in der Tradition der Diltheyschen Kritik der englischen und französischen Soziologie des 19. Jahrhunderts stehende Richtung der Soziologie stelle somit

zugleich eine spezifische Form von Anti-Soziologie dar (S. 18). Der Beitrag von Volker Kruse vertieft die Sichtweise Max Webers. Anhand von drei Beispielen, der Kritik an der Historischen Schule der Nationalökonomie, an der Schrift des Chemikers Wilhelm Ostwald »Energetische Grundlagen der Kulturwissenschaft« und am Methodenstreit um Karl Lamprecht verdeutlicht Kruse anti-soziologische Tendenzen Webers. Allerdings muß man beachten, daß es um die Jahrhundertwende zwei idealtypisch zu unterscheidende Soziologiebegriffe gab: Soziologie als Naturwissenschaft der Geschichte oder – weg von der Methode auf den Gegenstand gerichtet – als Lehre von der Vergesellschaftung. Nur hinsichtlich des ersten Soziologiebegriffs ist Weber Anti-Soziologe (S. 49), also dann, wenn die »Wirklichkeitswissenschaft« Soziologie als nomologische Disziplin mit exklusivem Anspruch auftritt. Weber läßt also auch nomologische Tendenzen zu, solange sie nicht einen exklusiven Geltungsanspruch erheben (S. 55).

Harald Homann zeigt in seinem Beitrag über Friedrich Tenbruck, inwiefern dieser das Erbe von Simmel und Weber fortführte und den neuen Grundriß einer Kultursoziologie freilegte, die der Pluralität von kulturellen und gesellschaftlichen Ordnungen gerecht zu werden versucht. Schelskys Begriff der Anti-Soziologie wird dann von Peter-Ulrich Merz-Benz verdeutlicht. Die Alternative einer »Soziologisierung der Person« konnte für Schelsky nur in einer äußeren Reflexion, in einer außerhalb der Soziologie definierten Sinnebene gefunden werden. Merz-Benz und im folgenden Beitrag auch Gerhard Wagner arbeiten Schelskys Anti-Soziologie zugrunde liegende Logik und die Verbindungen zur Philosophie Gotthard Günthers und Niklas Luhmanns heraus, dessen Systemtheorie sich nach Wagner in den 1990er Jahren »zu einer neuen Heilslehre« aufwarf, die im Einklang mit dem neoliberalen Weltbild in dunklesoterischen, weltformelhaften Begriffen vom Segen eines durchfunktionalisierten welteinheitlichen Gesellschaftssystems kündete, zu dem es historisch angeblich keine Alternative gibt (S.129 f).

Die gegenwärtigen Diskussionen nehmen Heinz Bude und Johannes Weiß auf. Bude

widmet sich der an Lévinas angelehnten postmodernen Ethik Zygmunt Baumans, in der die Beziehung zum anderen immer eine Beziehung ist, die innerhalb und doch jenseits der sozialen Ordnung als außerordentliche geschieht und somit selbst die Soziologie überschreitet. Deutlich werde dies, wo Menschen anderen Menschen gegenüber moralisch handeln, jenseits sozialisierter »Moral«: »Wer wollte bestreiten, daß moralisches Handeln etwas mit Mut, Entscheidung und Verantwortung zu tun hat? Ausdrücke wie Kommunikation, Sozialisation oder Identität klären da wenig.« (S. 137) Johannes Weiß verdeutlicht, wie Ulrich Becks Thesen – trotz seiner Werbewirksamkeit für die Soziologie – soziologisch entweder hinter den Klassikern zurückbleiben oder nicht begründbar sind. Während sich Raymond Boudin in seinem Artikel um einen »sanften Positivismus« bemüht, der jenseits des Beobachtbaren auch geistige Gebilde als Erklärungssachverhalte zuläßt, zeigt Felix Keller anhand des Konflikts zwischen dem George-Kreis und Max Weber instruktiv auf, wie ästhetische Aspekte immer schon in die Soziologie hereinspielen. In seinem Beitrag verdeutlicht er die Gemeinsamkeiten zwischen Weber und George, die er beispielsweise in der ästhetisierenden Weltbearbeitung ausmacht.

Abgerundet wird der Band mit einem Essay von Gerald Mozeti, der sowohl die Reduzierung des Reflexionspotentials verdeutlicht, die mit einer die (sozial)philosophischen Fragen ausschließenden Soziologie einhergeht, als auch die Schwächen der Rational-Choice-Theorie (RCT) darlegt, die sich besonders geschmeidig der Rationalisierungs- und Wettbewerbsrhetorik einfügt. Aufgrund der zentralen Stellung des Individuums stelle sich die Frage, ob die RCT nicht viel anti-soziologischer ist, als man vermutet: »Die Prognose sei daher gewagt, daß die Soziologie auf den Spuren von RCT keines ihrer fundamentalen Probleme wird lösen können.« (S. 225) Kurz: Das Buch ist zu empfehlen!

STEPHAN MOEBIUS

Gunnar Heinsohn, Otto Steiger:
Eigentum, Zins und Geld.

Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft. Zweite, durchgesehene Auflage, Metropolis-Verlag Marburg 2002, 540 S. (29,80 €)

Dies.: Eigentumstheorie des Wirtschaftens *versus* Wirtschaftstheorie ohne Eigentum, Metropolis-Verlag Marburg 2002, 134 S. (14,80 €)

Mit ihrem 1996 veröffentlichten Buch »Eigentum, Zins und Geld« ist den Autoren etwas gelungen, was man gemeinhin als einen »großen Wurf« bezeichnet, möglicherweise sogar ein »Jahrhundertbuch«. Inzwischen liegt die zweite Auflage vor, wie bei »Klassikern« üblich, mit umfänglichen Vorworten und Vorreden versehen, einem Register sowie einer sorgfältig ausgearbeiteten Seitenkonkordanz. Das umfängliche Werk basiert auf einer langjährigen Forschungsarbeit Gunnar Heinsohns und Otto Steigers, einem Historiker und einem Volkswirt. Dem gingen zahlreiche Einzeldarstellungen, Entwürfe und Diskussionspapiere voraus. Vor allem aber verdankt es seine Entstehung der Tatsache, daß die vorherrschende neoliberale Wirtschaftslehre weder über eine Eigentumstheorie noch über eine in sich schlüssige Geldtheorie verfügt und daher das Phänomen des Zinses nicht wirklich zu erklären vermag. Die keynesianische Alternative dagegen, auch der Monetärkeynesianismus Hajo Rieses, bietet für Geld und Zins zwar eine Erklärung an, bleibt damit jedoch in der monetären Sphäre verhaftet und stellt den Zusammenhang zum Eigentum nicht her. Überhaupt ist es der Eigentumsbegriff, der hier, indem er von den beiden Autoren zur Grundkategorie hochstilisiert wird, dem Ganzen eine neue Basis verleiht und die Originalität des Konzepts ausmacht.

Indem die Autoren in bezug auf das Eigentum, den Zins und das Geld einen neuen Ansatz versuchen, unternehmen sie einen Paradigmenwechsel. Ziel desselben ist es, endlich zu einer befriedigenden Erklärung von Geld und Zins zu kommen. Ferner aber auch, die

Weltgeschichte neu zu klassifizieren auf der Grundlage der Differenzierung der Gemeinwesen/Gesellschaften in wirtschaftende und nicht wirtschaftende Gebilde.

Wesentlich für das Verständnis des Anliegens ist dabei die Unterscheidung zwischen Eigentum und Besitz. Während andere Autoren zwar von Eigentum reden, ihre Texte letztlich aber immer nur vom Besitz handeln, unterscheiden Heinsohn/Steiger hier definitiv: *Eigentum* ist in ihren Augen ein Rechtstitel, *Besitz* hingegen bezeichnet »Rechte zur Verfügung über und damit die physische Nutzung von bestimmten Gütern oder Ressourcen« (I, S. 91). Da Eigentum die volle Dispositionsfreiheit des Eigentümers über sein Eigentum bedeutet, also die Möglichkeit, dieses zu verpfänden, zu belasten oder zu verkaufen, ist ihm ein besonderer immaterieller Ertrag immanent, die *Eigentumsprämie*. Diese an die Keynes'sche Liquiditätsprämie erinnernde kategoriale Wortschöpfung bildet fortan bei Heinsohn/Steiger das Hauptelement der theoretischen Argumentation. Denn, wird durch die Belastung eines Eigentumstitels temporär auf die Eigentumsprämie verzichtet, so entsteht, auf dem Wege eines Kreditkontrakts, *Geld*, das mithin nichts anderes ist als ein »notifizierter anonymer Titel auf Eigentum« (II, S. 19). Dabei verlieren sowohl Gläubiger als auch Schuldner die Eigentumsprämie, also die Möglichkeit, ihr Eigentum zu belasten oder zu verkaufen. Dieser Verlust wird dem Gläubiger durch den *Zins* ausgeglichen, dem Schuldner durch die Liquiditätsprämie des Geldes, worüber er, solange der Kreditvertrag läuft, verfügt.

Mit ihrer Begründung des Zinses versuchen Heinsohn/Steiger eine Antwort auf die Frage, welcher Verlust durch den Zins eigentlich ausgeglichen wird, zu geben und warum das so ist. Dabei unterscheidet sich ihre Antwort grundlegend von denen anderer Ökonomen, welche entweder auf einen temporären Güterverlust oder einen temporären Geldverlust rekurrieren. Konstitutiv für ihre Theorie ist dabei, daß Geld als anonymisierter Anspruch auf Eigentum in einem Kreditkontrakt geschaffen wird, das heißt *Kreditgeld* ist, da sonst der temporäre Verlust der Eigentumsprämie nicht als Grundlage für die Zinserklärung dienen kann. Denn es ist allein dieser Verlust, der

durch den Zins kompensiert wird: In der Zinsfestsetzung findet die Eigentumsprämie ihre »Materialisierung«, womit dann auch der Maßstab feststeht, woran sich der Wert des Eigentums messen läßt.

Diese in sich durchaus schlüssige, nichtsdestotrotz aber keineswegs unstrittige Hypothese (vgl. *UTOPIE kreativ* 123/2001, S. 79 ff.) wird dann in dem Hauptwerk (I) breit ausgeführt. Das kleinere Buch (II) dient der argumentativen Ergänzung, vor allem aber präzisiert und pointiert es die im Hauptwerk umfassend und ausführlich dargelegten Positionen. Bei der Suche nach Verbündeten für ihre Auffassung in der Theoriegeschichte wurden die Autoren vor allem in der vorklassischen Ökonomie fündig, bei James Steuart (1712-1780). Alle Ökonomie dagegen, die auf dem sogenannten *Tauschparadigma* aufbaut, namentlich die klassische und die neoklassische, verdiene nicht den Namen »Wirtschaftstheorie« (II, S. 10). Erst die Ersetzung des Tauschparadigmas durch das *Eigentumsparadigma*, wie sie 1982 zuerst von Gunnar Heinsohn vorgenommen wurde, macht, so die Autoren, eine »wissenschaftliche« Wirtschaftstheorie möglich. Dies ist kein geringer Anspruch; die Zeit wird darüber richten, ob er zu Recht erhoben worden ist oder vorschnell. Fest steht jedoch, daß niemand, der sich ernsthaft mit Geld und Zins beschäftigt, künftig an Heinsohn/Steiger vorbeikommt. Ignorieren läßt sich ein derartiges Werk nicht, auch wenn viele der hierin vorgetragenen Thesen ziemlich unkonventionell sind und daher auf Widerspruch stoßen werden. In ihrem Umgang mit anderen Theoretikern sind die beiden Autoren nicht zimperlich. Ältere wie neuere Ökonomen werden gleichermaßen, sofern sie mit ihren Vorstellungen zur Theorie von Heinsohn/Steiger quer liegen, ironisch abgetan oder gar abqualifiziert. So ergeht es James Tobin und John R. Hicks nicht anders als Jürgen G. Backhaus und Michael Heine. Auch Hajo Riese, der einst ihr Lehrer war, wird nicht geschont. Selbst Karl Marx, dem immerhin wenigstens noch »eine blitzhaft aufleuchtende ... Ahnung davon, was es ökonomisch heißen könnte«, Eigentum zu haben beziehungsweise dieses zu verlieren, zugestanden wird, dient ihnen letztlich nur dazu, bestimmte »Konfusionen« im Umgang mit dem Eigentumsbegriff zu exem-

plifizieren (I, S. 92 f.). Am härtesten trifft ihre Kritik jedoch die neoklassische Schule, deren ahistorische Modelle nichts mit der tatsächlichen Ökonomie zu tun haben, sondern sich ausschließlich auf Fiktionen gründen. Solange die Neoklassik innerhalb ihrer Annahmen bleibt, sich ausschließlich innerhalb ihrer Fiktionen bewegt, sind ihre Aussagen zwar logisch, aber realitätsfremd. Die Neoklassik sei deshalb, so das Resümee der Autoren, »nicht als logisch inkonsistente, sondern als nicht zutreffende Theorie zu kennzeichnen (I, S. 222).

Die Lektüre des Buches ist nicht einfach. Sie setzt nicht nur umfassende Kenntnisse der Geschichte der ökonomischen Theorie voraus, was noch angeht, nein, sie verlangt auch die genaue Kenntnis der Auseinandersetzungen der letzten zwei Jahrzehnte zu diesen Fragen. Und das ist schon schwieriger. Vor allem läßt sich die geld- und zinstheoretische Kontroverse der 80er und 90er Jahre nur schwer nachholen, was es Neueinsteigern fast unmöglich macht, die in den Fußnoten reichlich ausgeteilten Stilet- und Nadelstiche immer richtig zu deuten. Aber das Buch ist, im Unterschied zu vielen anderen wirtschaftstheoretischen Abhandlungen, auch ein Lesevergnügen und Bildungsakt, denn die Autoren verstehen es ganz hervorragend, mit den Quellen umzugehen, Beispiele zu formulieren und überraschende Schlußfolgerungen zu präsentieren. So wäre die Lektüre, selbst wenn der hohe Anspruch der Autoren, die ökonomische Theorie neu zu schreiben, nicht eingelöst wird, keineswegs umsonst. – Man lernt sehr viel dabei.

ULRICH BUSCH

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Bestellkupon

An
UTOPIE kreativ – Redaktion
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

- Ich abonniere UTOPIE kreativ zunächst für ein Jahr zum nächstmöglichen Termin zum Preis von 57 € incl. Versand (Inland) bzw. 75 € (Ausland).
- Ich abonniere UTOPIE kreativ im Förderabonnement zum Preis von 75 € incl. Versand.
- Ich bestelle das aktuelle Heft zum Preis von 6 € bzw. 10 € (Doppelheft)
- Ich bestelle ein kostenloses Probeheft
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 99 bis 134 zu je 2,50 €
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 1 bis 98 (soweit vorrätig) zum Preis von je 1 €

(bitte ankreuzen)

.....
Name, Vorname

.....
Straße

.....
PLZ, Ort

.....
Kontonummer

.....
BLZ / Geldinstitut

.....
Datum/Unterschrift:

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird. Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen widerrufen. Es gilt das Datum des Poststempels.

Datum, 2. Unterschrift

Beiträge

- ADOLPHI, WOLFRAM: 16. November 2001 (Heft 136)
- AMZOLL, STEFAN: »Man muß die Ränder wachsen lassen.« (Interview mit Georg Katzer) (Heft 141/142)
- BHOWMIK, SHARIT K.: Arbeitergenossenschaften und Marginalität (Heft 141/142)
- BISCHOFF, JOACHIM: Die Memoranden – Alternativen zur neoliberalen Wirtschaftskonzeption (Heft 146)
- BOCK, HELMUT: Erbe und Tradition. Zum geschichtlichen Denken in der PDS (Heft 141/142)
- BOLLINGER, STEFAN: PDS-Programmatik und das Schlüsseljahr 1989 (Heft 141/142)
- BOLLINGER, STEFAN: Die Gewaltfrage während der Revolution 1989/90 und die Gegenwart (Heft 138)
- BOURDIEU, PIERRE: Für eine neue europäische Aufklärung (Heft 139)
- BRIE, ANDRÉ: Zukunft der Arbeit: Eine alternative Agenda für Vollbeschäftigung (Heft 137)
- BRIE, MICHAEL: Das Gespenst des Antiamerikanismus – Nebelwand der amerikanischen Herrschaftsideologie (Heft 138)
- BRONNER, STEPHEN ÉRIC: Sozialismus neu verstehen (Heft 135)
- BUSCH, ULRICH: Berlin-Brandenburg: Zweiter Anlauf für eine Fusion (Heft 144)
- BUTTERWEGGE, CHRISTOPH: Globalismus, Neoliberalismus und Rechtsextremismus (Heft 135)
- CHRAPA, MICHAEL: »Fremdenfeindlichkeit« im Meinungsbild (Heft 135)
- CLAUS, ROLAND: Die Linke und die Macht (Heft 141/142)
- CROME, ERHARD: Sozialismus als Politik (Heft 139)
- DEHM, DIETHER: Bourdieu contra Tuis (Heft 137)
- DRAHEIM, HANS-GEORG: Fritz Behrens und Arne Benary als kritische Vordenker einer sozialistischen Wirtschaftstheorie (Heft 144)
- DWARS, JENS-FIETJE: »... in der elitären Ebene.« Ein Gespräch mit Karl Schirdewan (Heft 139)
- ENGEMANN, CHRISTOPH: Das Internet und die neue Gestalt bürgerlicher Herrschaft: Electronic Government (Heft 135)
- FLECHSIG, STEFFEN; HOPFMANN, ARNDT; JANKE, DIETER: Jenseits der Selbstgewißheit – alternative Wirtschaftstheorien in Vergangenheit und Gegenwart (Heft 143)
- FÖRSTER, PETER: Die Generation der zweifach Enttäuschten. Junge Ostdeutsche im Jahr 12 nach der Vereinigung (Heft 145)
- FRITZE, LOTHAR: Ein Gott, der keiner war (Heft 139)
- FUCHS, CHRISTIAN: Die Bedeutung der Fortschrittsbegriffe von Marcuse und Bloch im Informationsgesellschaftlichen Kapitalismus (Heft 141/142)
- FÜRTIG, HENNER: Islam, Islamismus und Terrorismus (Heft 135)
- GALTUNG, JOHAN: Rudolf Bahro und neue Ansätze in der Globalisierungskrise (Heft 146)
- GÖHRING, WOLF: Was kommt nach dem E-Commerce? – Eine Perspektive für die Informationsgesellschaft (Heft 137)
- HALLER, GRET: Deregulierung der Menschenrechte (Heft 138)
- HECKER, ROLF: Auf der Suche nach dem authentischen Marx (Heft 139)
- HELMERS, BERNFRIED: Zum Verfassungskonflikt bei der Fusion von Berlin und Brandenburg (Heft 144)
- HEYER, ANDREAS: Georg Kerner: Vom Revolutionär zum Armenarzt (Heft 145)
- IVEN, MATHIAS: »Eine Tugend gibt es, die liebe ich sehr ...« Hermann Hesse in seinen Briefen (Heft 143)
- JOHN, JÜRGEN: DDR-Geschichtswissenschaft als prominenter Forschungsgegenstand (Heft 143)
- KALUZA, ANDRZEJ: Zuwanderer aus Polen in Deutschland (Heft 141/142)
- KATZER, GEORG: »Man muß die Ränder wachsen lassen.« Im Gespräch mit Stefan Amzoll (Heft 141/142)
- KLEIN, INGOMAR; TRIEBEL, WOLFGANG: Terrorismus und die internationalen Beziehungen (Heft 136)
- KNOELL, DIETER RUDOLF: Die Bahnreform als technokratische »Sozialrevolution« (Heft 138)
- KOSTRZEBSKI, KAROL: Rechtsextreme in Polen (Heft 141/142)
- KRAUSE, GÜNTER: Die Geschichte der ökonomischen Theorien zwischen Mainstream und Alternative (Heft 143)
- KUCZYNSKI, THOMAS: Anfang und Ende der ersten Marx-Engels-Ausgabe (Heft 140)
- KÜCK, MARLENE: Bankenkrise und Marktaustrittsprozeß (Heft 146)
- LAABS, ANJA: Schächten oder Schlachten? (Heft 140)
- LAITKO, HUBERT: Bildung zwischen Anspruch und Kommerz (Heft 143)
- LASCHITZA, ANNELIES: Ein neuer Brief von Rosa Luxemburg (Heft 141/142)
- LEHNERT, ERIK: Imperialismus und Welteinheit. Globalisierungsvorstellungen bei Spengler und Jaspers (Heft 145)
- MEIER, HELMUT: »Die DDR war anders« (Heft 144)
- MEIER, JÜRGEN: Wer hat Angst vor Bürokraten? Wahlillusionen und Demokratie (Heft 143)

- MEIER, KLAUS: Netzwerke für eine nachhaltige Gesellschaft (Heft 140)
- MERKENS, ANDREAS: Ungleichheit für Alle. Bildungsreform und gesellschaftlicher Widerspruch (Heft 140)
- MEVES, HELGE: Der Dampfmaschinenkapitalismus und das Kommunikationsmedium Internet (Heft 137)
- MEYER, HANSGÜNTER: Die Krise der Universitäten (Heft 140)
- MEYER, HANSGÜNTER: Reform oder Revolte? (Heft 136)
- MÜHLBERG, DIETRICH: Konnte Arbeiterkultur in der DDR gesellschaftlich hegemonial sein? (Heft 145)
- MÜLLER, KAY: Abschied vom historischen Materialismus (Heft 143)
- NAHRADA, FRANZ: Globale Dörfer und Freie Software (Heft 135)
- NARR, WOLF-DIETER: Weltmarkt und Menschenrechte (Heft 141/142)
- OSKAMP, KATJA: Du hast ja ein Ziel vor den Augen (Heft 139)
- OWCZAREK, LIDIA: Die Situation der nationalen Minderheiten in Polen während der Systemtransformation (Heft 141/142)
- PETERSEN, THIEB: Von der Arbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft (Heft 141/142)
- PLENER, ULLA: Schumacher 1949-1952: Konfrontativ gegen DDR – zu Lasten der Einheit Deutschlands (Heft 145)
- REUTER, NORBERT: Die Wachstumsoption im Spannungsfeld von Ökonomie und Ökologie (Heft 136)
- RICHTER, EDELBERT: Zur militärischen Hegemonie der USA (Heft 144)
- RILLING, RAINER: Verirrt im Amerika-Diskurs? (Heft 136)
- RÖSCHERT, NIKOLAI: Trauer um Pierre Bourdieu (Heft 139)
- SABATH, WOLFGANG: Die Wochen im Rückstau (Heft 135-146)
- SCHÄFER, PAUL: Die Wahl 2002 und die Krise der PDS (Heft 146)
- SCHÖNEBURG, VOLKMAR: Volkssouveränität und Bundesverfassungsgericht (Heft 139)
- SCHRÖTER, LOTHAR: Bundeswehrreform. Der Krieg ist der Ernstfall (Heft 138)
- SCHUBERT, THOMAS: Rudolf Bahro – ein deutsch-deutscher Denker zwischen vorgestern und übermorgen (Heft 140)
- SCHUBERT-LEHNHARDT, VIOLA: Die Selbstbestimmung der Frau und die Gentechnologie (Heft 137)
- SEIFERT, ILJA: Würdevoll oder würdehalb? (Heft 137)
- SORG, RICHARD: Neues zur Geschichte der menschlichen Gesellschaft (Heft 144)
- SPANGENBERG, JOACHIM H.: Nachhaltiges Wirtschaften und Wachstum (Heft 136)
- STAHL, JÜRGEN: Wohneigentum und die Linke (Heft 137)
- Stiehler, Gottfried: Fortschritt und Reaktion im Staatssozialismus (Heft 141/142)
- TANDON, YASH: Globale Herrschaft und Gerechtigkeit (Heft 136)
- THIE, HANS: Zukunftsprojekte aus der Vergangenheit (Heft 146)
- THÜRMER-ROHR, CHRISTINA: Die Stummheit der Gewalt und die Zerstörung des Dialogs (Heft 143)
- TRIEBEL, WOLFGANG; KLEIN, INGOMAR: Terrorismus und die internationalen Beziehungen (Heft 136)
- TRUBE, ACHIM: Paradigmenwechsel im Sozialstaat (Heft 141/142)
- WEICHOLD, JOCHEN: Abschied von Visionen (Heft 140)
- WEICHOLD, JOCHEN: Die vergoldeten Diäten. Zusatzeinkünfte und Versorgungen der Abgeordneten (Heft 143)
- WERNER, HARALD: Reales Sein und neoliberales Bewußtsein (Heft 137)
- WIRTH, GÜNTER: Hans Peters – ein Berliner Politiker (Heft 144)
- WITTICH, DIETMAR: Die Operation Anaconda und die ahnungslosen Deutschen (Heft 138)
- WITTICH, DIETMAR: Schlüsselproblem: Politische Kultur. Zum Wahlergebnis der PDS (Heft 146)
- WOLSKI-PRENGER, FRIEDHELM: Arbeitslosenprojekte in der Bürgergesellschaft (Heft 141/142)
- WURL, ERNST: Macht und Last der Tradition. Das Exempel PDS (Heft 141/142)
- WURL, ERNST: Die öffentliche Geschichtsdebatte und die Linke – Tendenzen und Probleme (Heft 145)
- ZWERENZ, GERHARD: Ernst Bloch oder die Kopernikanische Wende im Hörsaal 40 (Heft 140)
- ZWERENZ, GERHARD: Blochs doppelte Revolte (Heft 144)

Berichte

- CANDEIAS, MARIO: Links ist nicht genug (Heft 139)
- HOFF, JAN: Klassen – Revolution – Demokratie (Heft 141/142)
- HOPFMANN, ARNDT: Ab wann ist der Mensch ein Mensch – politisch gesehen? (Heft 137)
- HOPFMANN, ARNDT: Frustrierender Klimawechsel – Bericht über eine nachhaltige Ernüchterung (Heft 146)
- LANGE, HARALD: Globales Management (Heft 138)
- RIPPEL, RALF: Nichts mehr zu verteilen? (Heft 138)
- SCHARRER, SIEGFRIED: Medizin-Ethik – quovadis? Versuch einer Antwort (Heft 146)

Bücher & Zeitschriften

- AG Perspektiven für Ostdeutschland (Hrsg.): Ostdeutschland – eine abgehängte Region? Perspektiven und Alternativen, Junius-Verlag Dresden 2001 (JÖRG ROESLER – Heft 138)
- Antistalinistische Opposition an der Universität Jena und deren Unterdrückung durch SED-Apparat und Staatssicherheit (1956-1958). Eine Dokumentation von Werner Fritsch und Werner Nöckel, hrsg. vom Landesbeauftragten des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Erfurt 2000 (JOCHEN ČERNÝ – Heft 135)
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2002, PapyRossa Verlag Köln 2002 (ULRICH BUSCH – Heft 141/142)
- Auer, Peter; Hausendorf, Heiko (Hrsg.): Kommunikation in gesellschaftlichen Umbruchsituationen. Mikroanalytische Aspekte des sprachlichen und gesellschaftlichen Wandels in den Neuen Bundesländern, Max Niemeyer Verlag Tübingen 2000 (WOLFDIETRICH HARTUNG – Heft 137)
- Bieling, Hans-Jürgen, Dörre, Klaus; Steinhilber, Jochen; Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.): Flexibler Kapitalismus. Analyse, Kritik und politische Praxis, VSA-Verlag Hamburg 2001 (ARNDT HOPFMANN – Heft 146)
- Blume, Georg; Yamamoto, Chikako: Modell China. Im Reich der Reformen, Wagenbachs Taschenbuch 424 Berlin 2002 (WOLFRAM ADOLPHI – Heft 144)
- Boldorf, Marcel: Sozialfürsorge in der SBZ/DDR 1945-1953. Ursachen, Ausmaß und Bewältigung der Nachkriegsarmut, Franz Steiner Verlag Stuttgart 1998 (DIERK HOPFMANN – Heft 144)
- Borg, Eric: Projekt Globalisierung: Soziale Kräfte im Konflikt um Hegemonie (IRIS NOWAK – Heft 146)
- Bozay, Kemal: Exil Türkei – Ein Forschungsbeitrag zur deutschsprachigen Emigration in die Türkei (1933-1945), Band 15 in der Reihe »Fremde Nähe – Beiträge zur interkulturellen Diskussion«, Lit Verlag Münster – Hamburg – London 2001 (SIGRID PFEIFFER – Heft 136)
- Bronner, Stephen Eric: Albert Camus. Porträt eines Moralisten, Verlag Vorwerk 8 Berlin 2002 (SIGRID PFEIFFER – Heft 144)
- Bundesvorstand der KPÖ (Hrsg.): Stalin und wir. Stalinismus und die Rehabilitierung österreichischer Opfer, Globus-Verlag Wien 2001 (STEFFEN KACHEL – Heft 144)
- Busch, Ulrich: Am Tropf. Die ostdeutsche Transforgesellschaft, trafo verlag dr. wolfgang weist Berlin 2002 (ARNDT HOPFMANN – Heft 140)
- Castells, Manuel: Die Netzwerkgesellschaft. Das Informationszeitalter: Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Leske+Budrich Opladen 2002 (JUSTINE SUCHANEK – Heft 141/142)
- Castells, Manuel: Die Macht der Identität. Das Informationszeitalter II: Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Leske+Budrich Opladen 2001 (JUSTINE SUCHANEK – Heft 146)
- Dietrich, Torsten; Wenzke, Rüdiger: Die getarnte Armee. Geschichte der Kasernierten Volkspolizei der DDR 1952-1956, Ch. Links Verlag Berlin 2001 (STEFAN BOLLINGER – Heft 143)
- Ditfurth, Jutta: Das waren die Grünen, Econ Taschenbuch Verlag München 2000 (JOCHEN WEICHOLD – Heft 138)
- Döge, Peter; Meuser, Michael (Hrsg.): Männlichkeit und soziale Ordnung. Neuere Beiträge zur Geschlechterforschung, Leske + Budrich Opladen 2001 (STEPHAN MOEBIUS – Heft 139)
- Dornuf, Stefan; Pitsch, Reinhard (Hrsg.): Wolfgang Harich zum Gedächtnis. Eine Gedenkschrift in zwei Bänden, Müller & Nerding Verlag München 1999 (ULRICH BUSCH – Heft 143)
- Dwars, Jens-F.; Günther, Mathias (Hrsg.): Das braune Herz Deutschlands? Rechtsextremismus in Thüringen, quer-verlag & vertrieb Jena 2001 (PEER JÜRGENS – Heft 146)
- Fiehler, Fritz: Die Gesellschaft der Vermögensbesitzer. Über Geld, Chicago und Milton Friedman, VSA-Verlag Hamburg 2000 (ULRICH BUSCH – Heft 139)
- Fingerle, Stefan: Waffen in Arbeiterhand? Die Rekrutierung des Offizierskorps der NVA und ihrer Vorläufer, Ch. Links Verlag Berlin 2001 (STEFAN BOLLINGER – Heft 143)
- Gaßmann, Heiner: Politische Ökonomie des Sozialstaats. Einstiege. Grundbegriffe der Sozialphilosophie und Gesellschaftstheorie,

- Band 10, Westfälisches Dampfboot Münster 2000 (CHRISTIAN BRÜTT – Heft 141/142)
- Gerken, Lüder; Schick, Gerhard (Hrsg.): Grüne Ordnungsökonomik: Eine Option moderner Wirtschaftspolitik?, Metropolis-Verlag Marburg 2000 (JOCHEN WEICHOLD – Heft 146)
- Glowczyk, Jan: Uniwersalny Slownik Ekonomiczny (Universelles Handbuch der Ökonomie), Fundacja Innowacja Warszawa 2000 (EDITA DIETZ – Heft 145)
- Harder, Bernd; Hemminger, Hansjörg: Seher – Schwärmer – Bibeldeuter; Prophezeiungen zum Weltende und ihre Bedeutung, Gütersloher Verlagshaus Gütersloh 2001 (KLAUS ROEBER – Heft 135)
- Heismann, Günter: Überholen ohne einzuholen. Neue Hochtechnologien zwischen Ostsee und Thüringer Wald, Aufbau Verlag Berlin 2000 (HARRY NICK – Heft 136)
- Heuer, Uwe-Jens: Im Streit. Ein Jurist in zwei deutschen Staaten, Nomos Verlag Baden-Baden 2002 (NORBERT PODEWIN – Heft 143)
- Hickel, Rudolf; Strickstock, Frank: Brauchen wir eine andere Wirtschaft? Rowohlt Taschenbuch Verlag Berlin 2001 (HERBERT JAUCH – Heft 144)
- Hinkelammert, Franz J.: Der Schrei des Subjekts. Vom Welttheater des Johannesevangeliums zu den Hundejahren der Globalisierung, Edition Exodus Luzern 2001 (MICHAEL BRIE – Heft 136)
- Hinrichs, Wilhelm; Prillner, Eckhard (Hrsg.): Handeln im Wandel. Akteurskonstellationen in der Transformation, Edition Sigma Berlin 2001 (ULRICH BUSCH – Heft 146)
- Hopmann, Arndt; Wolf, Michael (Hrsg.): Transformationstheorie – Stand, Defizite, Perspektiven, Lit Verlag Münster 2001 (ULRICH BUSCH – Heft 138)
- Initiative Sozialistisches Forum: Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten. Über Israel und die linksdeutsche Ideologie, ça ira Verlag Freiburg 2000 (ALJOSCHA JEGODTKA – Heft 140)
- Jäger, Siegfried: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, DISS Duisburg 1999 (MANFRED UESSELER – Heft 141/142)
- Jünke, Christoph (Hrsg.): Am Beispiel Leo Koflers. Marxismus im 20. Jahrhundert, Verlag Westfälisches Dampfboot Münster 2001 (RICHARD HEIG – Heft 140)
- Kaiser, Gerd: Katyn. Das Staatsverbrechen – das Staatsgeheimnis, Aufbau Taschenbuch Verlag Berlin 2002 (RONALD LÖTZSCH – Heft 145)
- Klenke, Olaf: Ist die DDR an der Globalisierung gescheitert? Autarke Wirtschaftspolitik versus internationale Weltwirtschaft – Das Beispiel Mikroelektronik, Peter Lang Verlag, Frankfurt/Main 2001 (HARRY NICK – Heft 136)
- Kollontai, Alexandra Michailowna: Diplomatische Tagebücher 1922 – 1940 in 2 Bänden, Akademie-Verlag Moskau 2001 (HELLA HERTZFELDT – Heft 139)
- Kößler, Reinhart; Wienold, Hanns: Gesellschaft bei Marx, Verlag Westfälisches Dampfboot Münster 2001 (FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER – Heft 138)
- Krebs, Hans Peter; Rein, Harald (Hrsg.): Existenzgeld. Kontroversen und Positionen, Westfälisches Dampfboot Münster 2000 (ULRICH BUSCH – Heft 144)
- Kühnel, Martin; Reese-Schäfer, Walter; Rüdiger, Axel (Hrsg.): Modell und Wirklichkeit. Anspruch und Wirkung politischen Denkens. Festschrift für Richard Saage zum 60. Geburtstag, Mitteldeutscher Verlag Halle 2001 (STEPHAN MOEBIUS – Heft 141/142)
- Lindner, Doris: Schreiben für ein besseres Deutschland: Nationenkonzepte in der deutschen Geschichte und ihre literarische Gestaltung in den Werken Stefan Heyms, Königshausen & Neumann Würzburg 2002 (CLAUDIA KUPFER-SCHREINER – Heft 145)
- Maar, Michael: Das Blaubartzimmer. Thomas Mann und die Schuld, Suhrkamp Verlag Frankfurt/M. 2000 (MATHIAS IVEN – Heft 141/142)
- Manz, Günter; Sachse, Ekkehard; Winkler, Gunnar (Hrsg.): Sozialpolitik in der DDR. Ziele und Wirklichkeit, trafo Verlag Berlin 2001 (ULRICH BUSCH – Heft 138)
- Meyer, Thomas: Die humane Revolution. Plädoyer für eine zivile Lebenskultur, Aufbau-Verlag Berlin 2001 (JÜRGEN MEIER – Heft 139)
- Morgenthal, Josef: Staat und digitale Revolution, Libri books on demand o. J. (HARRY NICK – Heft 136)
- Müller, Andreas; Tausch, Arno; Zulehner, Paul Michael (under Collaboration of Henry Wickens) (eds.): Global Capitalism, Liberation, Theology and the social Sciences. An analysis of the contradictions of modernity at the turn of the millennium, Nova Science Publishers Inc., Huntington, New York 2000 (JENS LANGER – Heft 135)
- Paech, Norman; Stuby, Gerhard: Völkerrecht und Machtpolitik in den internationalen Beziehungen, VSA-Verlag Hamburg 2001 (GREGOR SCHIRMER – Heft 137)
- Pickshaus, Klaus; Schmitthenner, Horst; Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.): Arbeiten ohne Ende. Neue Arbeitsverhältnisse und gewerkschaftliche Arbeitspolitik, VSA-Verlag Hamburg 2001 (JUSTINE SUCHANEK – Heft 143)
- Radcke, Antje: Das Ideal und die Macht. Das Dilemma der Grünen, Henschel Verlag Berlin 2001 (JOCHEN WEICHOLD – Heft 138)

- Raschke, Joachim: Die Zukunft der Grünen. »So kann man nicht regieren«, Campus Verlag Frankfurt am Main/New York 2001 (JOCHEN WEICHOLD – Heft 138)
- Richter, Horst-Eberhardt: Das Ende der Egomane – Die Krise des westlichen Bewußtseins, Verlag Kiepenheuer & Witsch Köln 2001 (JÜRGEN MEIER – Heft 145)
- Röhl, Klaus Rainer: Linke Lebenslügen oder Der lange Marsch durch die Illusionen, Universitas Verlag München 2001 (JÜRGEN MEIER – Heft 136)
- Röhr, Werner; Berlekamp, Brigitte; Roth, Karl Heinz (Hrsg.): Der Krieg vor dem Krieg. Politik und Ökonomik der »friedlichen« Aggressionen Deutschlands 1938/1939, VSA-Verlag Hamburg 2001 (STEPHAN MOEBIUS – Heft 140)
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.: Moskau 1938. Szenarien des Großen Terrors, hrsg. von Klaus Kinner in Verbindung mit Willi Beitz, Leipzig 1999 (ROLF RICHTER – Heft 141/142)
- Rüstow, Alexander: Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus, hrsg. von Frank P. Maier-Rigaud und Gerhard Maier-Rigaud, Metropolis-Verlag Marburg 2001 (ULRICH BUSCH – Heft 140)
- Schefold, Bertram (Hrsg.): Exogenität und Endogenität, Metropolis-Verlag Marburg 2002 (ULRIKE BUSCH – Heft 146)
- Schindowski, Waldemar; Voß, Elisabeth (Hrsg.): Jahrbuch Nachhaltiges Wirtschaften, Ausgabe 1, AG SPAK Bücher Neu-Ulm 2001 (ARNDT HOPFMANN – Heft 143)
- Seeflen, Georg; Metz, Markus: Krieg der Bilder – Bilder des Krieses. Abhandlung über die Katastrophe und die mediale Wirklichkeit, Edition TIAMAT Berlin 2002 (PAUL C. MARTIN – Heft 139)
- Soukup, Uwe: Ich bin nun mal Deutscher – Sebastian Haffner. Eine Biographie, Aufbau Verlag Berlin 2001 (JÜRGEN MEIER – Heft 135)
- Steinbicker, Jochen: Zur Theorie der Informationsgesellschaft. Ein Vergleich der Ansätze von Peter Drucker, Daniel Bell und Manuel Castells, Leske+Budrich Opladen 2001 (JUSTINE SUCHANEK – Heft 141/142)
- Stolzenburg, Margit (Hrsg.): Biographien des 20. Jahrhunderts. Elf europäische Frauen im Interview, Band 12 der Schriftenreihe »Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft«, trafo-Verlag Berlin 2001 (CAROLA MÖLLER – Heft 137)
- Stroczan, Katherine: Der schlafende Dax oder das Behagen in der Unkultur, Verlag Klaus Wagenbach Berlin 2002 (ULRICH BUSCH – Heft 145)
- Thielen, Helmut: Die Wüste lebt. Jenseits von Kapital und Staat, Verlag Graswurzelrevolu-
tion Heidelberg 2001 (HELLA HERTZFELDT – Heft 137)
- Thierse, Wolfgang: Zukunft Ost. Perspektiven für Ostdeutschland in der Mitte Europas, Rowohlt Verlag Berlin 2001 (JÖRG ROESLER – Heft 138)
- Thießen, Friedrich (Hrsg.): Zwischen Plan und Pleite. Erlebnisberichte aus der Arbeitswelt der DDR, Böhlau Verlag Köln/Weimar/Wien 2001 (JÖRG ROESLER – Heft 140)
- Trömmer, Markus: Der verhaltene Gang in die deutsche Einheit. Das Verhältnis zwischen den Oppositionsgruppen und der (SED) PDS im letzten Jahr der DDR, Peter Lang Verlag Frankfurt/M. (STEFAN BOLLINGER – Heft 146)
- Wagenknecht, Sahara: Die Mythen der Modernisierer, Dingsda-Verlag Querfurt 2001 (HORST DIETZEL – Heft 138)
- Weber, Hermann: Damals als ich Wunderlich hieß. Vom Parteihochschüler zum kritischen Sozialisten, Aufbau-Verlag Berlin 2002 (MI-CHAEL HERMS – Heft 145)
- Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Deutschland Ost – Deutschland West. Eine Bilanz, Leske+Budrich Opladen 2002 (ULRICH BUSCH – Heft 145)
- Weltbank (Hrsg.): Weltentwicklungsbericht 2000/ 2001: Bekämpfung der Armut, UNO Verlag Bonn 2001 (ALJOSCHA JEGODTKA – Heft 135)
- Wilke, Gerhard: John Maynard Keynes, Campus Verlag Frankfurt am Main/ New York 2002 (FABIO DE MASI – Heft 145)
- Wilson, Edward O.: Die Zukunft des Lebens, Siedler Verlag Berlin 2002 (ERICH LANGE – Heft 141/142)
- Wirsching, Andreas: Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918-1933/39. Berlin und Paris im Vergleich, Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte. Bd. 40, R. Oldenbourg Verlag München 1999 (STEFAN BOLLINGER – Heft 135)
- Wittich, Dietmar: Wahlzeiten, Kriegszeiten, andere Zeiten. Betrachtungen eines ostdeutschen Soziologen, VSA-Verlag Hamburg 2002 (LOTHAR HERTZFELDT – Heft 141/142)
- WuDunn, Sheryl; Kristof, Nicholas D. : Ferner Donner. Der neue Aufstieg Asiens, Siedler Verlag Berlin 2002 (WOLFRAM ADOLPHI – Heft 144)

ULRICH BUSCH

Property Tax and perverted envy

Envy is a common emotion. It is as old as human civilization. There have always been attempts to avert it from oneself or even to avoid it completely. This is especially true for public or social envy, that is politically harnessed in all societies. At present a perversion of envy can be recognised. As a consequence, social envy is not aimed at the higher social class or at the wealthy but at the unemployed, those on welfare, and at immigrants.

DIETER KLEIN

Democratic Socialism – a Transformation Project

The principal idea of this article is that modern bourgeois society, itself, offers tendencies, possibilities and points of departure for a process of emancipative transformation. The author draws the conclusion that today, it is necessary to reinforce these inherent tendencies against the domination of conservative powers, and their prevailing strategies of privatisation, deregulation and economic liberalisation. Visions are needed to achieve this goal. The 'utility value' of the PDS is measured by its ability to combine practical reform policies with a perspective of creating a just society, living in peace and in harmony with the environment.

KLAUS HÖPCKE

The moral gap

The author criticises the neglected ethical approach in writing the PDS programme draft. The PDS' relationship, and that of its members, to socialism is not only a result of their comprehension of socialist aims and methods, but also derives from their moral principles. The author elaborates on the interrelations between ethical values and political action. He rejects the idea that just ends could justify unjust means. He reflects on virtues, such as wisdom, bravery, prudence and justice, dating from ancient times and considers their relevance for the current situation. He also gives his views on other virtues, such as the conflicting – and therefore often vilified – »secondary virtues«: orderliness and punctuality. He does not consider the invention of new additional imperatives and prohibitions worthwhile. He argues rather in favour of tolerance. In his conclusion, he gives an appraisal of the 1993 ›Parliament of world religions‹ which was concerned with the world ethos. In its questions and results, he sees ideas and suggestions that are also valid for socialists.

MARTIN SCHIRDEWAN

2003 is not 1933

For the seventieth anniversary of the transfer of power to Adolf Hitler, the author renews the question of whether a united front of the moderate and radical left in the Weimarer Republic could have prevented the rise of National Socialism. A typology of SPD and KPD shows, that the scientific and political discourse on the question of a united front was and remains merely a phantom debate. The programmatic and political differences separating the German left were irreconcilable.

LUTZ BRANGSCH

How politics is transformed into budgets. On the legitimacy and necessity of a democratized budgetary policy

The current budgetary policy in the Federal Republic leads ever deeper into a dead end. On the one hand, state budgets are increasingly incapable of furnishing the necessary expenditures needed for maintaining the infrastructure and the community. On the other, companies and the social elite elude their commitment to finance these tasks. This contradiction has to be solved by initiating a redistribution. But it can only be achieved by a transformation in the behavior of the citizens which also signifies new tasks and new responsibilities for politicians.

JÜRGEN MEIER

Works of art or the yearning for ideology

Art, liberated from the spell of sorcery and religion, pursued in the mid 19th century, new paths of development. The intellectual basis for artists changed with the defeat of the Paris Commune. Not only was the Paris Commune defeated, but even the influence of realist painters and materialist philosophers vanished. From this point on, the art scene was influenced by idealist painters. Even though they concentrated on the effects of light, they did not express the hope of a distant, divine salvation from the earthly vale of tears as the romantics had done. They expressed human impressions of the nature surrounding them.

The yearning for ideology surely receives satisfaction from many modern artists. But since the ideology of modern idealism only distracts from concrete reality, this yearning will one day seek out new paths.

ROGER BEHRENS

The surrealism in the last century – art, politics and erotic of a civil revolt

In surrealism – a revolutionary art form, destined to be practiced in life – the avant-garde art rebels in Paris, in the twenties, met up with the social forces of revolt of that period. Its solidarity, as an art movement, was with the progressive socialists. The attempt to transpose the radical aesthetic comprehension of liberty, soon became devoted to the artistic and political struggle of surrealists against fascism and Stalinism. The idea: the revolution, itself, should become a work of art. But, in the confrontation with the historical context of the period, surrealism failed to formulate an antipode to the morale imposed by the bourgeoisie. Surrealism was forced into the cultural background. Nevertheless, Behrens emphasizes that surrealism remains a domain within the art field: the first idea of the avant-garde to carry art over into social practice.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von 30000 Zeichen, wovon ein Sechstel auf Mar-

ginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Eine Rücksendung erfolgt nicht. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

ULRICH BUSCH (V.i.S.d.P.),

WOLFRAM ADOLPHI, THOMAS GERLACH,

ARNDT HOPFMANN, ULLA PLENER,

MARTIN SCHIRDEWAN, JÖRN SCHÜTRUMPF,

MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, DIETMAR WITTICH

Redaktionsadresse: Franz-Mehring-Platz 1,

10243 Berlin (Tel.: 030-44 310-157/123, Fax-181)

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,

10245 Berlin (Tel.: 030-29390800)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 98:	je	1 €
Heft 99 bis 134	je	2,50 €